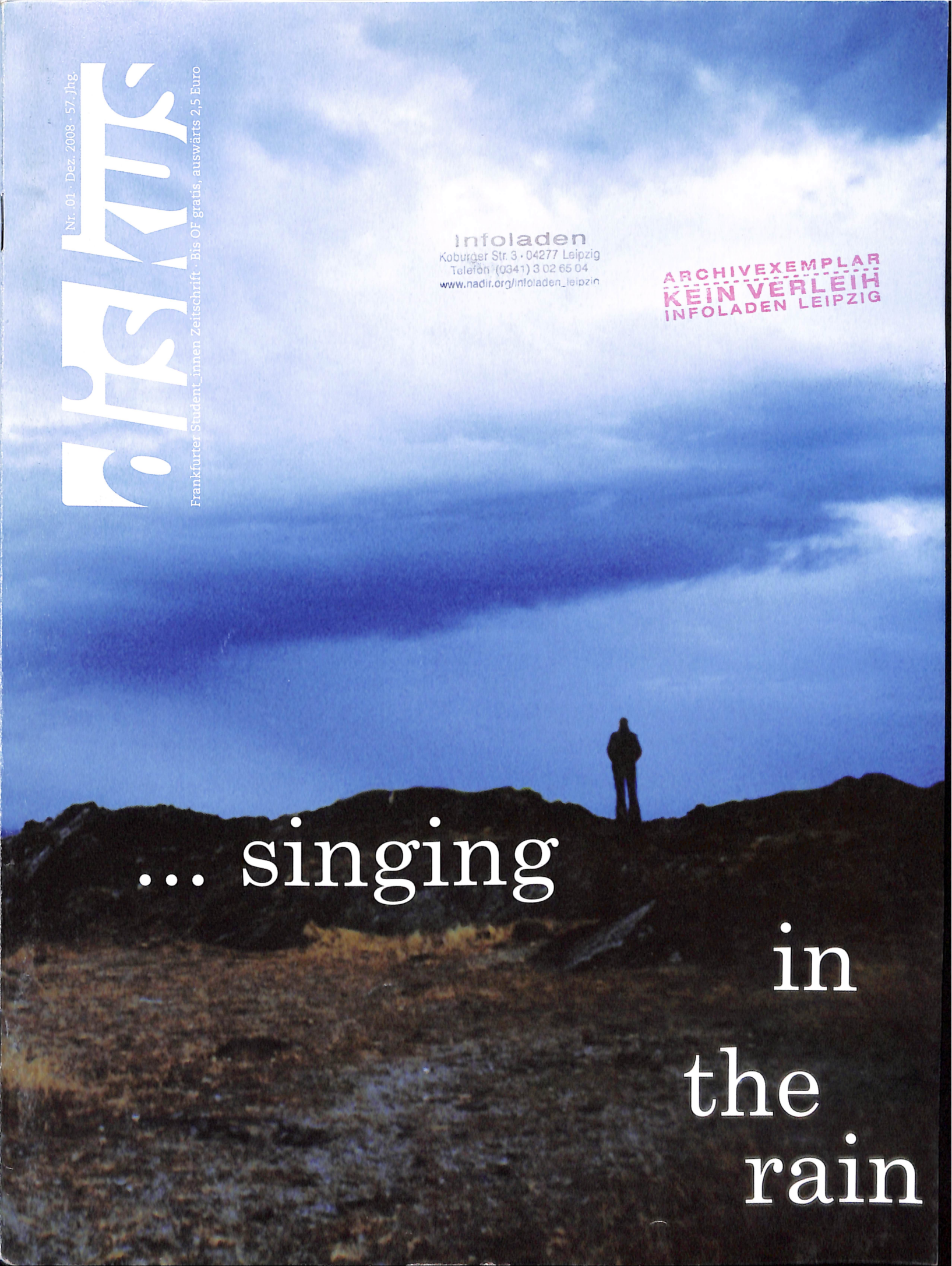
diskus

Nr. 01 · Dez. 2008 · 57. Jhg.

Frankfurter Student_innen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 2,5 Euro

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG



... singing in the rain

AIDS Politik 5

Krise im oder des neoliberalen Finanzkapitalismus? 12

CRISIS? WHAT CRISIS? 19
Zum Verhältnis der Weltwirtschaftskrise 1929 und heute

Stell die Verbindung her 22
Interview mit »Die Sterne«

krise _kleine anfrage 26

_Meine kleine, persönliche Krise des Kapitalismus 27

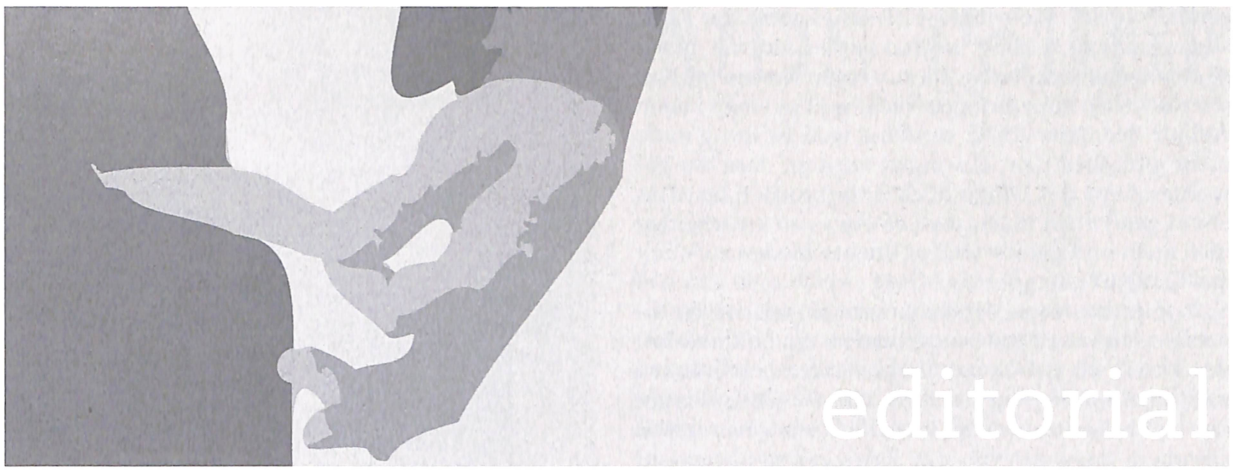
»Normal« – eine Sprechblase? 28
Normalismustheoretische Überlegungen zur kapitalistischen Krise

Frontex oder die Krise der europäischen Migrationspolitik 32
Die Europäisierung der Migrationspolitik

Religion 3.0 oder die Krise der Türme 36

garip dünya 42

impressum 51



In dem Maße, in dem in der aktuellen Krise das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Institutionen schwindet, scheint das der Linken in ihre zu steigen: Die materialistische Kritik der politischen Ökonomie erfährt erneute Bestätigung ihrer Theorie der gesetzmäßigen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Gewiss steht diese Einsicht am Beginn einer linken Reflexion über Krisen, was aber nicht heißt, dass es auch deren Ende und letztes Wort wäre und dass es nichts vor der Reflexion gäbe. So liegt die Bedeutung der Theorie der Krise für die Linke in ihrer kritischen Absicht, die sich nicht darin erschöpft der Doxa der bürgerlichen Ökonomie die Unhaltbarkeit ihrer Harmonieannahmen theoretisch um die Ohren zu hauen: Die Maschine muss nicht einfach häufiger gewartet werden, sondern hat einen grundlegenden Konstruktionsfehler. Aber vor allem ist die marxistische Kritik – und darin liegt ihre ganze Emphase – Ausdruck der Individuen, die von der Krise des Kapitals in Mitleidenschaft gezogen wurden, der Ausdruck, der nicht Kollateralschäden bemängelt oder Schadensregulierung fordert, sondern derjenige, der die bloße Tatsache der Mitleidenschaft in Frage stellt. Insofern die Krise diesen Zusammenhang des Mitleidens schmerzlich zu Bewusstsein bringt ist sie immer schon Grund und Rechtfertigung der Kritik der Krise, also der Mitteilung, dass sich Mensch und Maschine, also gesellschaftlicher Zusammenhang und kapitalistischer Akkumulationszwang trennen müssen.

Auch wenn heute kaum noch jemand ein solches Kontinuum von Krise, Kritik und Abschaffung des Kapitalismus oder gar einen Automatismus (also die bloße Verlängerung der verheerenden Kapitallogik) unterstellt, werden zumindest fragmentarisch die Kernpunkte dieses semantischen Horizontes gerade jetzt wieder aufgerufen: die Irrationalität des ökonomischen Systems, das nicht vernünftig kontrolliert werden kann; die fatalen Folgen für die von der Krise Betroffenen; die Notwendigkeit etwas zu unternehmen. Dabei gibt es so einiges, was linke Leute verunsichern könnte an dieser Krise: So waren es nicht gerade linke Ökonom_innen, die die Botschaft von der Krise in die Welt gesetzt haben, sondern vielmehr recht klassische im Verbund mit wirtschaftsfreundlichen Zeitungen und Banker_innen, die wiederum nicht gerade den von der Krise »real« Betroffenen (den Menschen, die ihr Haus verloren haben etwa) auf den Mund geschaut haben. Eher wurde die Krise abgelesen von den Kursen, Indizes und Kurven, die die mit bloßem Verstand nicht vorstellbaren Kapitalmengen repräsentierbar machen: »das Kapital von einem solchen Akkumulationsgrad, das es Bild wird« (Debord). Schnell war aus der Krise eine »Vertrauenskrise« geworden, die durch Bekundungen des mangelnden Vertrauens nur noch schlimmer wird. Offenbar kann dieses Spektakel der Krise des Finanzkapitals, das uns rund um die Uhr aus Fernsehen, Zeitungen und Internet begleitete, nicht mehr als »Missbrauch einer Welt der Anschauung verstanden werden«. Vielmehr handelt es sich um eine »wirksam gewordene, eine materiell wiedergegebene Weltanschauung. Es ist eine Anschauung der Welt, die sich objektiviert hat«. (Debord) Schließlich rief die Krise ihre Krisenmanager_innen auf den Plan, dieser postfordistische Politikertypus, der nicht mehr planen kann und sich deshalb aufs Retten verlegt hat.

Es ist also schwer geworden, hinter dem Krisenspektakel das Reale der Krise also hinter der Finanzwirtschaft die »Realwirtschaft« aufzuspüren und hinter der Inszenierung der Retter_innen zu den wahren Interessen zu gelangen; schwer die »wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt« (Marx) auszumachen. Die Krise als die Lage erhellend, die Fronten klärend, das Paradigma der Kritik als endliche Aufklärung der Krise ist vorüber, gerade die schrillsten und grellsten Äußerungen der Krise machen alles nur noch schwieriger und dunkler. So war die Krise vielleicht am realsten, bzw. deren Dimension zumindest antizipierbar, gerade in den Momenten, in denen sie auf Seiten der Verantwortlichen betretenes Schwei-

gen hervorrief. Vielleicht ist dieses »Reale« der Krise auch gerade der Grund, warum wir als Aktivist_innen gar nicht anders können, als zu versuchen uns ins Krisengeschehen einzubringen: nicht weil es einen klaren Ablauf der Krise gäbe, sondern weil es ihn gerade nicht gibt, weil das Schweigen anzeigt, dass der gewohnte Lauf der Dinge doch unterbrochen ist, dass etwas geschehen muss, dass es etwas zu entscheiden gibt, auch und gerade weil es unentschieden ist – Zeit der Kritik also!

In diesem *diskus* versuchen wir daher das Nachdenken über Krisen zu intensivieren, ein Nachdenken das sich nicht auf ökonomische Krisen beschränken soll, nicht nur weil es dafür bereits die eine oder andere linke Fachzeitschrift gibt. Vielmehr müssen wir gestehen, dass wir von der Krise selbst überrascht wurden. Ja, als wir Anfang des letzten Jahres ein Heftthema suchten und das Thema Krise vorgeschlagen wurde, löste das zunächst so lange Unbehagen aus, bis wir uns darauf verständigen konnten, dass es mehr Krisen gibt als ökonomische, dass es mehr Logiken der Krise gibt als den Einbruch einer Wachstumskurve. Wir beleuchten daher in diesem Heft unterschiedliche Krisenphänomene (etwa Krise des europäischen Migrationsregimes, Aidskrise und Krise und Normalismus), auch wenn wir auf Grund ihrer Aktualität der ökonomischen Krise relativ großen Raum in diesem Heft gegeben haben. Leider fallen trotzdem einige Artikel zu bestimmten Gebieten raus, die uns eigentlich sehr wichtig gewesen wären. Einerseits ist hier ein kurzfristig abgesagter Artikel zur Aidskrise zu nennen, der gezeigt hätte, wie die Politisierung der Trauer über die Verstorbenen Freund_innnen in der queercommunity in den 1980ern in New York zur Konstituierung einer politischen Homosexuellenbewegung geführt hat. Andererseits hatten wir gehofft, dass ein Artikel über die aktuelle Klimakrise zeigen könnte, wie eine durch Expertise angezeigte Krise zur strategischen Erschließung neuer Politikfelder durch unterschiedlichste Akteur_innen führen konnte. Wie immer sind die Gründe für das Rausfallen von Themen und Texten auch die krisenhaften Strukturen von unbezahlter aktivistischer Arbeit im Kapitalismus.

diskus_red

Gerhard Hanloser / Karl Reitter
Der bewegte Marx
Eine einführende Kritik des Zirkulationsmarxismus

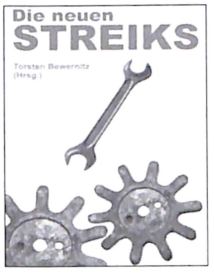
64 Seiten, 7.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-486-1

H. Marcks & M. Seiffert (Hg.)
Die großen Streiks
Episoden aus dem Klassenkampf

264 Seiten, 14.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-473-1

Gerhard Hanloser
Krise und Antisemitismus
Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute

ISBN 978-3897714236
136 Seiten, 13 EUR [D]



Torsten Bewernitz (Hg.)
Die neuen Streiks
Geschichte. Gegenwart. Zukunft.

192 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-480-9

Bini Adamczak
Kommunismus
Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird.

ISBN: 3-89771-430-2
80 Seiten, 8 €

Christian Jakob / Friedrich Schorb
Soziale Säuberung
Wie New Orleans nach der Flut seine Unterschicht vertrieb

228 Seiten, 13.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-484-7

UNRAST Verlag
Postfach 8020 · 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de
UNRAST

AIDS-Politik

Wie aus dem Nichts taucht Anfang der 1980er Jahre ein Schreckbegriff auf: AIDS. Die kurze und heftige Debatte über gesellschaftliche und gesundheitliche Bedeutung der Krankheit bündelt den Entwicklungsstand und die Gestaltungskraft der gesellschaftlichen Kräfte und der fachlichen Logiken, die sich in diesen Diskurs einbringen und sich die Krankheit in jeweils eigenem Sinne zu Nutze machen. Der nachfolgende Beitrag analysiert die Entwicklung der AIDS-Politik aus den Perspektiven von Medizin und Gesundheitsbewegung, schwuler Szene und Politik. Zunächst werden dabei die ersten Reaktionen in den frühen 1980ern dargestellt, auf die einige Jahre später der Definitionskampf um AIDS folgt. Die AIDS-Kritik verschiedener Kinder der Frankfurter Schule ebenso wie die Aktionen von schwuler und AIDS-Selbsthilfe verdeutlichen, wie aufgeladen die Diskussion geführt und welch grundsätzliche Bedeutung ihr beigemessen wurde. Dies erscheint heute im Zuge der Normalisierung von AIDS, weg von einer tödlichen und hin zu einer chronischen Erkrankung, eher überraschend – macht aber zugleich deutlich, dass manches uns heute selbstverständlich Erscheinendes sehr wohl eine spezifische Entwicklungsgeschichte hat und Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche ist. Die unterschiedliche Wirkungskraft der Kritik in USA und Europa ist im Wesentlichen bedingt durch die Integrationsfähigkeit der jeweiligen Gesundheitssysteme: Hier ist das in Europa verbreitete korporatistische Modell wesentlich aufnahmefähiger, wobei diese Systemstabilität andererseits durch Innovationssperrigkeit bedingt ist und eine weitere paternalistisch-bevormundende Entwicklung der europäischen Gesundheitsversorgung vorzeichnet.

Spontandiagnose und Spontanpolitik

AIDS ist die Abkürzung für eine medizinisch definierte Erkrankung und Schwächung des körpereigenen Immunsystems in Folge von Virusinfektionen, die erstmals 1981 diagnostiziert wurden. Als Ursache wird ein Retrovirus angesehen, dem der Name »HIV« gegeben wurde. Die Übertragungswege dieser Infektion – u. a. über sexuelle Praktiken oder den gemeinsamen Gebrauch infizierter Nadeln beim Drogenkonsum – und ihr oft tödlicher klinischer Verlauf machen Behandlungsstrategien bis heute problematisch, da hier gesellschaftlich tabuisierte und teilweise rechtlich diskriminierte Praxen, Lebensweisen und -verhältnisse wie (Homo)Sexualität, Prostitution, sexuelle Gewalt, Drogengebrauch etc. thematisiert werden müssen.

Bis Mitte der 1980er Jahre herrscht eine traditionelle seuchenrechtliche Orientierung zur Bekämpfung von

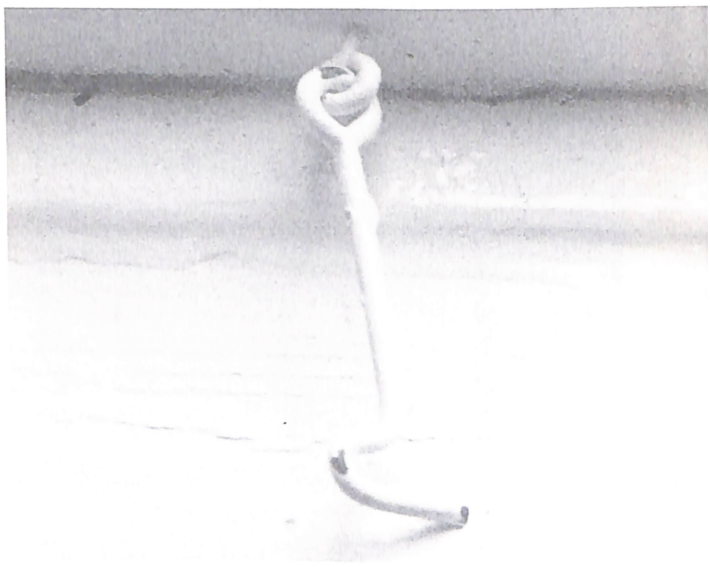
Massenepidemien vor. Die unzureichende biomedizinische Erkenntnis über HIV/AIDS und die fehlende Medikation verstärken medial vermittelte Diskurse um eine AIDS-Katastrophe, die in hysterischen Angstphantasien und heteronormativen Ausgrenzungen artikuliert wird – insbesondere gegenüber Schwulen, Prostituierten und afrikanischen Migrant_innen. Seit Mitte der 1980er Jahre setzen sich jedoch in nahezu allen Industriestaaten konsensorientierte Politiken der Aufklärung und Verhaltensprävention durch, wenn auch national ungleichzeitig und mit unterschiedlichen Ausprägungen und Widersprüchen. Das ungenügende Versorgungsangebot im Gesundheitswesen, wirtschaftspolitische Interessen und bürgerrechtlicher Protest legten nahe, auf selbstversorgende Aktivitäten von Betroffenen und Arbeitenden im Gesundheitswesen zu rekurrieren und diese Dienstleistungen zu ›inkorporieren‹, das heißt sie als Teil eines Modernisierungsprozesses in die bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens einzubinden. Die bis dahin unvergleichlich hohen Investitionen in eine gewinnbringende Medikation zeitigen Ende der 1980er Jahre die Einführung von lebensverlängernden Therapien, die neben der Erfahrung stabiler Infektionsraten zur Entdramatisierung von AIDS beitragen.

Im Zuge des Protestes gegen die Diskriminierung und im Kampf für angemessene Gesundheitsversorgung konnten zugleich schwule Lebensweisen gesellschaftlich thematisiert werden und fanden weithin soziale Integration. In Anlehnung an den in der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation 1986 konzeptionalisierten Ansatz der Gesundheitsförderung wurde im Zusammenwirken der Schwulen- und Gesundheitsbewegung die Institutionalisierung spezifischer Betreuungs- und Versorgungsstrukturen für die ›schwule Community‹ errungen – im Gegensatz zu anderen Betroffenen wie Drogenabhängigen, Prostituierten, Migrant_innen, Frauen.

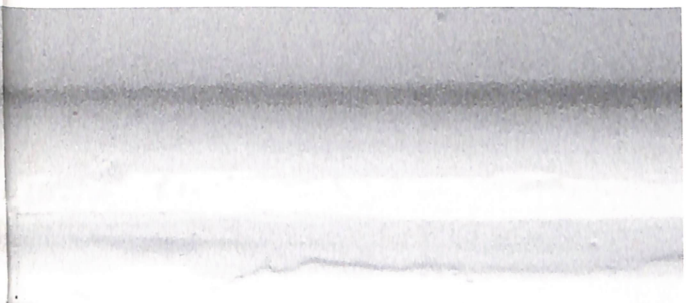
Trotz der allgemeinen Zustimmung bilden selbstbestimmte Versorgungsstrukturen ein marginales Entwicklungskriterium für das gesamte Gesundheitswesen und sind im Zuge neoliberaler Vorgaben zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die nationalstaatlichen Gesundheitswesen durch ›Eigenvorsorge‹ auch finanziell zu entlasten, existenziell infrage gestellt. Bis heute ist umstritten, ob die sogenannte ›AIDS-Katastrophe‹ in den ›dritten Welten‹ eine Hinterlassenschaft »weißer«, kontrollorientierter, epidemiologischer und einseitig virologischer Sichtweisen im Interesse der Entwicklungspolitik und Pharmaproduktion der Industriestaaten ist und so Erkrankung und Verelendung aufgrund Armut und Krieg verdeckt bleibt.

Die Auseinandersetzung um die Definitionsmacht

Virologen und Epidemiologen erhoben den Anspruch zur definitorischen Bestimmung und sicherheitspolitischen Regulierung von HIV/AIDS. Die zunächst in New York und San Francisco diagnostizierten Infektionen werden von lokalen Ärzt_innen zunächst eher



phänomenologisch als ›GRID‹ (Gay Related Immuno-Deficiency) beschrieben, da sie bei Schwulen diagnostiziert werden. In Analogie zur hohen Verbreitung von Geschlechtskrankheiten unter Schwulen konzentriert sich die medizinische Fachpresse darauf, Zusammenhänge zwischen der Übertragbarkeit durch sexuelle Praktiken, den (promisken) Lebensstil von Schwulen in der Subkultur, die Einnahme von Szene-Drogen und dem meist tödlichen Krankheitsverlauf zu erörtern. Gegen die wachsende Einsicht ärztlicher Praxis in unterschiedliche Infektionswege und verschiedene folgende Überbelastungen des Immunsystems vereinheitlicht die US-amerikanische Behörde für Seuchenkontrolle CDC (Centers for Disease Control) 1983 die Erkrankung zu ›einem Syndrom‹ mit der Bezeichnung AIDS (Acquired Immune Deficiency Syndrome) und legt in Folge eher willkürliche Grenzwertangaben fest. In Tradition einer herkömmlichen Epidemiologie, die in linearen Ursachen-Wirkungs-Effekten der Medizin des 19. Jahrhunderts denkt, wird die CDC-Definition weltweit als Orientierungseinheit übernommen. Auf dieser Grundlage beginnt ein Forschungswettbewerb in der Virologie, um Herkunft, Arten und Übertragungswege des Virus und um Bestimmung der Mittel zu seiner Bekämpfung. Konkurrenzkämpfe um Definitionsmacht und die zu gewinnenden Anteile aus Patentrechten für nationale Forschungsinstitute und Pharmakonzerne, wie auch nicht zuletzt um individuelle Karrierevorteile von Virolog_innen – wie die von Robert Gallo und Luc Montagnier – zwingen zu einem internationalen Regierungskonsens 1985, weltweit von einer gemeinsamen Virusbezeichnung HIV (Human Immuno-Deficiency Virus) auszugehen. Dies ermöglicht die Erneuerung der hegemonialen Erklärungsweise für ›die‹ Heilung, ›die‹ Medizin – unter notwendigem Ausschluss ambivalenter Forschungsergebnisse. Sukzessive wird neues biomedizinisches Wissen über ›das‹ HIV vergesellschaftet, welches ›die‹ Krankheit zunehmend differenziert, aber zugleich unter der medizin-, politik- und geschäftsfähigen Einheitsvorstellung ›HIV‹ labelt: wie die mehrfachen Übertragungsweisen ›der‹ Virusinfektion (sexuelle Praktiken, Transfusion infizierten Blu-



tes, Transplantation infizierter Organe, gemeinsamer Gebrauch von infizierten Nadeln bei intravenösem Drogenkonsum, Mutter-Kind-Übertragung u. a.) oder die unterschiedlichen Vorkommensweisen und die Veränderlichkeit des Virus (genetischer Polymorphismus) etc. Im sprachlichen Gebrauch hält sich bis heute die medizinische Unterscheidung zwischen HIV-Infizierten und AIDS-Kranken, womit die Stadien des klinischen Verlaufs der Erkrankung bis zum Tod und auch die Aggressivität des Erregers verallgemeinert werden.

Offene Fragen zum Ursprung des HIV und ›eindeutigen‹ Nachweis des Erregers und seiner Medikation aktivierten den Regulierungsanspruch der traditionellen Epidemiologie: Prognosen der definitionsmächtigen CDC von stark ansteigenden Infektionsraten – und damit der Gefahr einer möglichen Massenepidemie – und ihre Orientierung auf bevölkerungspolitische Maßnahmen der Seuchenbekämpfung erinnern an Szenarien der Beherrschung der Syphilis im 19. Jahrhundert. Bis Mitte der 1980er Jahre werden so Instrumente legitimiert, Infizierte zu identifizieren und zu isolieren – mittels allgemeiner Zwangstestung und der Meldepflicht von Infizierten, ihre räumliche Absonderung und die Rückverfolgung ihrer sexuellen Kontakte. Die sich formierende autoritäre Strategie zur Bewältigung von HIV/AIDS mobilisiert durch Angst und Hilflosigkeit begründete Zustimmung in Politik, Medien und Bevölkerung, aber auch wissenschaftliche Kritik und bürgerrechtlichen Protest. Sukzessive schränken die nationalen Seuchenbehörden den Kreis ›sicherheitsgefährdender‹ Personen ein: Sind zunächst noch vielerorts Staatsbedienstete mitgemeint, konzentriert sich letztlich das Augenmerk auf traditionell gesellschaftlich Diskriminierte wie Schwule, Drogenabhängige, Prostituierte und Armutsmigrant_innen als so genannte »promiske Hauptrisikogruppen«. In den Massenmedien entfaltet sich der spekulative Charakter der AIDS-Epidemiologie: Die bekannteste These war das Eindringen des Virus von wahlweise Afrika oder Haiti in die USA und seine weltweite Verbreitung mittels promisker und mobiler Schwuler als Hauptrisikogruppe. Konnotationen der Infektionskrankheit mit Krieg und Rassenhygiene prägen das medial vermittelte sprachliche Alltagsverständnis von AIDS als »Schwulenpest« oder »Todesseuche«. Die Personalisierung von Aids schreibt Hauptrisikogruppen eine widersprüchliche Lebensweise sexueller Promiskuität zu – als Täter_innen und Opfer. Gegenüber in der Minderheit bleibender wissenschaftlich-aufklärerischer Berichterstattung kommt es zu diskursiven Strategien der vereinfachten Gegensätze, Moralisierung, Skandalisierung, Dramatisierung und Hysterisierung und dem Interesse kommerzieller Medien an der Meinungsführerschaft einer »Testermutigungspolitik«. Sich gegenseitig verstärkende Artikulationen um autoritäre Lösungen in den Medien und konservative gesellschaftliche Kräfte kennzeichnen die Diskurslandschaft, wie zum Beispiel die staatstragende Rhetorik der deutschen Gesundheitsministerin Rita Süssmut[1], die in anderen Ländern ähnlich artikuliert wird.

Unterschiedliche und ungleichzeitige Weisen sozialer Ausgrenzung werden durchgängige Erfahrungen in nahezu allen Industrieländern, zum Beispiel der Ausschluss vieler HIV-Infizierter vom (Vor-)Schulunterricht, Arbeitsplatz, Militär, aus Familien oder von öffentlichen Einrichtungen, auch vom Gesundheitsdienst. In den USA werden in einigen Bundesstaaten Gefangene und Prostituierte in Quarantäne isoliert. Schwulensaunen, Drogenhandel und Prostitution unterliegen nationalstaatlich unterschiedlich scharfer Kontrollen. Bis heute werden Urteile im Strafrecht gesprochen, in denen Infizierte belangt werden, andere – insbesondere durch sexuellen Kontakt – fahrlässig infiziert zu haben. Die Politisierung von AIDS bringt nationalstaatlich diskontinuierliche Weisen der Verarbeitung hervor, abhängig von den jeweiligen kulturell und moralisch besetzten Gepflogenheiten im Umgang mit Sexualität, Drogenkonsum, Privatleben, den Rechten von Minderheiten und dem Bewusstsein einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheit. Der sich einbürgernde Begriff ›Aids‹ in Kleinschrift verweist auf einen den medizinischen Diskurs erweiternden Regulierungskontext von Gesundheit/Krankheit. Dabei ist auch die Bedeutung der Reorganisation der korporatistisch strukturierten Gesundheitssysteme in der sozioökonomischen Krise der 1980er Jahre in den Industrieländern zu berücksichtigen: Wirtschaftspolitische Interessen der Pharmaindustrie verbinden sich durchaus mit einer staatsautoritären Politik der ›Testermutigung‹ genauso wie organisatorische, finanzielle und bürgerrechtliche Gründe das Interesse staatlicher Gesundheitspolitik davon abrücken lassen. Die Neue Rechte in der USA unter Ronald Reagan nutzt AIDS als Angriffspunkt zur Erneuerung nationaler Moral und Autorität gegen »Abweichung« und »Degeneration«, die zugleich außenpolitische Strategien militärischer und wirtschaftspolitischer Vorherrschaft legitimieren soll. Im Kompromiss mit der bürgerlichen Schwulenbewegung – die rechtliche Sicherung des Privatlebens – geht der Verzicht auf eine Politik der Diskriminierung und Zwangsgewalt einher mit der Disziplinierung gegen eine umfassende Inanspruchnahme des Staates für die Gesundheitsversorgung. Die Gesundheitsapparate westeuropäischer

Länder sind stärker auf sozialstaatliche Integration verpflichtet. Der Aufruf zur »Toleranz« und »humanitärer Hilfe« in staatlichen Kampagnen wird an ein (sexuelles) Verhalten der »Zurückhaltung« gebunden und ist zugleich von der Reartikulation von Treue und Familie überlagert. Mit der konsensorientierten Begründung von AIDS als Ausnahmefall normaler Gesundheitspolitik werden nationale Beratungs- und Steuerungsgremien geschaffen. In Ländern mit föderal strukturierten Institutionen und mit anerkannten und mobilisierungsfähigen Schwulenorganisationen partizipieren diese an der Aushandlung kooperativer Maßnahmen AIDS-spezifischer Versorgung, was zu ihrer institutionalisierten Auslagerung aus der allgemeinen Gesundheitspolitik führt. Die Normalisierung der Ausnahme entkräftet strategisch die Kritik an der hegemonialen Interessensicherung von Ärzteverbänden, profitorientiert organisierter Pharmaindustrie und medizinischer Forschung im Gesundheitsapparat, wie auch ihrer Kritik an heteronormativer Vergesellschaftung – dies u. a. in Deutschland, Niederlande, Australien und Kanada. In Ländern mit zentralistisch gesteuerten Gesundheitssystemen wie in Großbritannien und Frankreich wird eine nachholende AIDS-Politik von bürokratischen Gesundheitsexpert_innen dominiert. In Großbritannien wird die Thematisierung von Sexualität von einer Moral der Privatheit kanalisiert, während in Frankreich die Moral eines universalistisch orientierten Sozialstaates die spezifische Betroffenheit Schwuler unterordnet. In südeuropäischen Ländern (katholisches Sozialmodell) wie auch in Japan bleibt AIDS-Politik ein unterdrücktes »Nicht-Thema«; schwule Lebensweisen sind bis heute marginalisiert. In Südeuropa verschiebt sich die Infektion zunehmend auf Drogenabhängige. Außer in den Niederlanden und ansatzweise in Dänemark und in der Schweiz bleiben Integrationspolitiken für Drogenabhängige, Migrant_innen, Prostituierte und Gefangene weitgehend einer restriktiven Sicherheitsmoral untergeordnet. ›Bluter‹ erhalten in den meisten Ländern eine staatliche Entschädigung für die Infizierung über staatlich zur Verfügung gestelltes Blutplasma bei Transfusionen; moralisch legitimiert als »unschuldige Opfer« der Infektion.

AIDS-Kritik

Kritik der Sexualwissenschaften und Psychologie bezieht sich in den 1980er Jahren vorwiegend auf die Bedeutungskämpfe um eine heteronormative, patriarchale und sexualfeindliche Remoralisierung. Psychoanalytisch orientierte Positionen erkennen in der Dramatisierung von AIDS Strategien zur Produktion kollektiver Angst und Schuld gegenüber sexuellen Bedürfnissen und das ›Ventil‹ Aggressionen und Hass auf HIV-Infizierte zu verschieben. Politisch sei eine solche kollektive Hypochondrie zur Erneuerung autoritärer Sexualitätskontrolle nutzbar: Die vielfach wiederholten ideologischen Verankerungen von Enthaltung, Treue und Familie trieben die Legitimation homophober Diskriminierungen voran; »krypto-faschistische Reaktionen« im AIDS-Diskurs reaktivierten »Selektionsphantasien und Sagrotanideologien«,

wie es 1986 im Konkret-Sonderheft zu AIDS heißt. Hier findet sich auch die kulturtheoretische Kritik, dass Sexualität schon seit dem 18. Jahrhundert als Gefährdung gehandelt werde. Die Reduktion der Frage auf die Diskriminierung, Kontrolle oder Anerkennung von Schwulen(sex) im AIDS-Diskurs begrenze Konsens auf der Ebene von Sozialtechniken. Die Sexualwissenschaft zeigt sich als scharfe Wortführer_in im Abwehrkampf gegen den Einbruch der tradierten Zwangsmoral, gewinnt darüber hinaus jedoch kaum an Einfluss. Die Sexualwissenschaft stellt eben das medizinische Paradigma des ›AIDS als Infektionskrankheit‹ nicht substantiell in Frage, so dass sich ihre Ideologiekritik und Krisenanalyse mit dem späteren Vorweisen lebensverlängernder Medikation relativiert. In der hegemonialen Bewegung einer medizinischen Lösung von AIDS reduziert sich der Blick auf das korporatistische Interesse der Pharmaindustrie und Hochtechnologie wie der ihnen unterworfenen Regierungspolitik. Die Zivilisationskritik der Sexualwissenschaft kritisiert die Unterwerfung der schwulen Selbsthilfebewegung in Europa unter die weltweite Hegemonie eines institutionalisierten Sozialdarwinismus, angeführt von einer durch kriegerische Sicherheits- und Sexualneurosen geprägten Innen- und Außenpolitik der USA. Weitgehend unberücksichtigt bleiben darin jedoch die durch sie vorgegebenen Lebensmöglichkeiten und die widersprüchlichen Kämpfe um diese, die ihrerseits wiederum erhebliche Mobilisierungspotenziale beinhalten, wie die schwulen- und bürgerrechtliche Bewegung schon zeitgleich aufzeigt.

In der Abgrenzung von sich erneuernder feministischer und Kapitalismuskritik, kritischer Medizin wie auch von Perspektiven der Gesundheitsbewegung erklärt sich die Ablehnung der Sexualwissenschaft gegenüber der in den USA dominierenden Debatte, AIDS als stigmatisierende Metapher zu interpretieren. Der Rekonstruktion der symbolischen Ordnung von AIDS als Krankheit durch die bekannte amerikanische Kolumnistin Susan Sontag wird vorgeworfen, die Lösungsorientierung auf Stigmamanagement im Sinne

des Soziologen Goffmann zu verstärken, da sie nicht die Ebene der Moral überwindet. In dieser Kritik wird übersehen, dass Sontag die herrschaftliche Bedeutung von Moral an die Analyse männlicher Handlungsfähigkeit bindet und so die Perspektive »sexueller Befreiung« im Kontext selektiver staatlicher Repression und Freiheitsbewegungen in kapitalistischen Reproduktionsverhältnissen verschiebt: In der Verbreitung von risikolosem Freizeit-Sex als unvermeidliche Neuerfindung der Kultur des Kapitalismus, abgesegnet auch von der Medizin, sei die komplementäre Anordnung der Übung in kapitalistischer Flexibilität, begleitet mit Übungen der Selbstkontrolle (Safer Sex) schon vor AIDS zu erkennen. Die in der Abwehr von AIDS eingespannte Disziplinierung reagiert auf die sexuelle Depression und bedient die Verschiebung der Bedürfnisbefriedigung auf Safer-Sex-Märkten. Metaphern wie die Gleichsetzung von AIDS und Katastrophe gerieten zu wirkungsmächtigen kulturellen Vermittlern selektiver Erinnerungen des Kampfes gegen frühere Pest- und Syphilis-Epidemien: Reartikuliert wird die Projektion eines idealisierten gemeinsamen Kampfes gegen die Krankheit, tabuisiert aber die globalisierte moralische Krise, dass durch AIDS die Jagd nach Geld und isolierenden Vergnügungen vor allem von weißen, hochqualifizierten und artikulationsfähigen Männern prakktiziert wird.

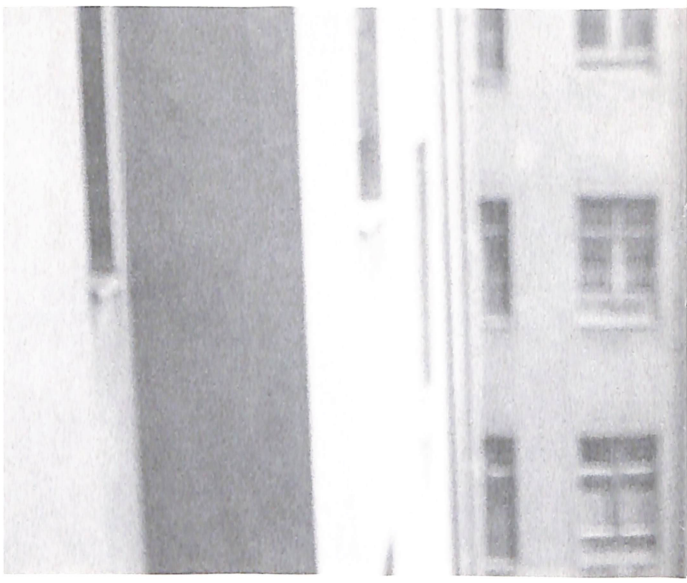
Anders als Sontag greift Wolfgang F. Haug die Leerstelle der Mobilisierungswirkung autoritärer AIDS-Politik im Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise in der Kritik der Sexualwissenschaft auf, um die Stabilisierung herrschender Kontrolle von Sexualität in kapitalistischen Gesellschaften zu erklären. Über Michel Foucault hinausgehend, der Sexualität nicht als Widerpart von Herrschaftsmacht, sondern das Sexuelle als Brennpunkt von Machtbeziehungen und Subjektivation als Produkt von Diskurseffekten versteht, untersucht Haug die Vergesellschaftung in der Herausbildung individueller sexueller Handlungsfähigkeit. Mit dem Rückgriff auf das ideologische Material kultureller, medizinischer und moralischer Diskurse des Syphilis-Paradigmas im 19. Jahrhundert wirken in der AIDS-Politik neue Weisen der Rationalisierung der Lebensweise, Durchsetzung einer Diätetik der Leistungsfähigkeit, Körpertraining, Abhärtung, Willensstärkung: Eine allseitige Mobilisierung der Subjekte für Leistung und Leistungsfähigkeit, die als Gesundheit und Schönheit artikuliert waren, fasst die Praktiken der Selbstnormalisierung zusammen und normiert sie ihrerseits von Staats wegen. In Anlehnung an Antonio Gramscis Fordismusanalyse skizziert Haug neue kulturelle Individualisierungsformen: Individuen über alle Klassen-, Kultur- und Identitätsgrenzen hinweg begegneten sich eigenverantwortlich und in je spezifischer Weise in der massenhaften Nachfrage nach Fitness und Gesundheitspflege zur Aneignung von Qualifikationen in Fragen der Lebensweise und des Kapitalmanagements, als Restauration des Privaten, die Chancen und Karriereräume multipliziert. Dies verbindet sich mit einer neuen sozial- und gesundheitspolitischen Selektion der Leistungsfähigkeit und wird koppelbar mit sexualitätsfeindlicher AIDS-Politik, die an Ängste, Schuldgefühle, Projektionen – eine Verschlingung medizinischer und moralischer Diskurse – anschließen und eine Formation populistischer Dynamiken hervorbringt. In Anbetracht einer derart analysierten staatlichen Funktionalisierung der Gesundheitsinstitutionen verbleiben Gesundheitsbewegung und alternative Kulturbestrebungen als zentrale Hoffnungsträger.

AIDS- und Schwulenbewegung

Angesichts der Erfahrung noch weiter gehender Kriminalisierung von Homosexualität wird die Entstehung einer AIDS-Selbsthilfebewegung von den in den meisten Ländern zunächst noch zersplitterten Schwulenbewegungen initiiert. Vorreiter sind Solidaritäts-, Aktions-, Lobby- und Selbsthilfe-Gruppen in den USA wie die 1981 entstehende »Gay Men's Health Crisis« oder später das übergreifende Bündnis und Netzwerk »People with AIDS Coalition«. Agiert wird zwischen Abwehr, Lobbyarbeit und Aufklärung: Diskriminierung und Ausgrenzung durch offizielle Gesundheitspolitik und Medien, ebenso wie die Projektion der Epidemiegefahr mobilisieren organisierte Gegenwehr; in Tradition der 1970er Jahre werden Gesundheitsprobleme von Schwulen thematisiert und medizinisches Wissen geprüft. Die organisierte Interessenvertretung gegenüber staatlichen Institutionen wird von weißen, gebildeten Schwulen aus der Mittelschicht dominiert, die ihre flexiblen, autonomen und ungebundenen Lebensweisen und die sexuelle Subkultur in den Metropolen durch autoritäre AIDS-Politik angegriffen sehen. In der Verhandlung von Umgangsweisen mit der vornehmlichen Infektion mit HIV / AIDS über sexuelle Praktiken und über gemeinsamen Spritzengebrauch beim Drogenkonsum erfolgt eine frühe Annäherung an die Programme der CDC zur Verhaltensprävention (Safer Sex), auch begründet in der Sicherung des Zugangs zu einer medizinischen Lösung. In der Auseinandersetzung um Privatsphäre, Sexualverhalten, Drogengebrauch und Grenzen staatlicher Intervention und Fürsorge radikalisiert sich der Protest linker, feministischer und anderer oppositioneller

Aktivist_innen, die eine weiße, von der Mittelschicht dominierte AIDS-Industrie in den westlich dominierten AIDS-Organisationen sieht, welche nicht nur die Geldmittel, sondern den gesamten Diskurs kontrolliert. Die daraufhin 1987 gegründete »AIDS-Coalition to Unleash Power« (*ActUp*) stört gezielt die öffentliche Ordnung durch Sit-Ins an zentralen öffentlichen Plätzen, die Erstürmung der New Yorker Börse oder der Besetzung der Nationalen Gesundheitsbehörde und der New Yorker Kathedrale. Ziel ist dabei die Mobilisierung einer informierten Öffentlichkeit gegen die korporatistische Politik von Reagan-Administration und Pharmaindustrie, die den allgemeinen Zugang zu wirksamer Medikation und zu weitergehenden Präventionsprogrammen (wie Spritzentausch für Drogenabhängige) verschleppen. Mit der radikalen Forderung nach völliger Individualisierung der Normen zur Arzneimittelerprobung eilt die Selbsthilfebewegung aber auch den zehn Jahre später artikulierten Strategien zur Verwertung der Gentechnologie voraus. Entgegen eines ethischen Regelsystems sollen nur noch autonome Entscheidungen der potentiellen Versuchspersonen gelten. Demokratisierung und Partizipation werden als Gegenmacht zu Staat, Wissenschaft und Wirtschaft erklärt: An die Stelle der von oben verfügten Forschungspläne, so der Vorschlag, solle ein demokratischeres Modell der Gleichberechtigung treten, bei dem ein Interessenausgleich an die Stelle wissenschaftlicher Autorität treten müsse.

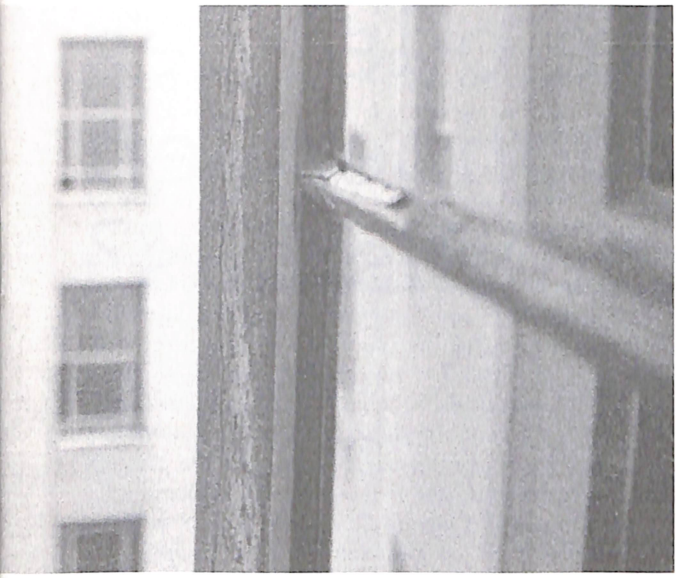
Der Protest von *ActUp* gegen die Ungerechtigkeiten des us-amerikanischen Gesundheitsversorgungssystems, in dem der verarmende Teil der Bevölkerung unzureichend krankenversichert ist, bleibt letztlich wirkungslos. Die Technik der Gegen-Skandalisierung, bei der das hegemoniale medizinische AIDS-Paradigma nie durchbrochen wurde, wird von der entdramatisierenden Einführung lebensverlängernder Medikationen Ende der 1980er Jahre eingeholt. Zugleich bewirkt der sich durchsetzende Moralkodex einer eigenverantwortlichen Verhaltensprävention in der Schwulenszene ein Absinken der Infektionsraten: In dem Maß, wie sich das gesundheitspolitische Augenmerk von den Homosexuellen, bei denen die Zahl der HIV-Infektionen in den letzten Jahren niedrig geblieben ist, auf arme afro- und hispanoamerikanische Drogenkonsument_innen und deren Sexualpartner_innen verlagert, schwindet auch die solidarische Repräsentation einer allgemeinen gesundheitspolitischen Alternative durch die in der AIDS-Kritik dominierende Schwulenbewegung. Die folgenden Kämpfe von *ActUp* konzentrieren sich auf die Preispolitik der Pharmakonzerne, verlieren aber zunehmend an Mobilisierungswirkung. AIDS-politische Aktivitäten der Selbsthilfebewegung verlagern sich zurück in geschlechts-, klassen- und ethnisch segmentierte lokale Versorgungsnetzwerke und Hilfsdienste. Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Protestkultur bilden sich weltweit *ActUp*-Gruppen in vielen Metropolen. In Europa entwickelt *ActUp* keine Wirkungskraft auf die umbrechenden paternalistisch-sozialstaatlich orientierten Politiken und löst sich bald auf, denn die Boykottkampagnen und die versorgungsbezogenen Aktionen von *ActUp* weisen auf eine gesellschaftstheoretisch und



politisch inkohärente Art von politischem Aktionismus hin, bei dem das subjektive Gefühl der eigenen Betroffenheit in den Mittelpunkt gestellt wird, aber kaum politische Kooperationsfelder eröffnet werden. Kulturell haben die Protestformen von *ActUp* nachwirkenden Einfluss auf avantgardistische metropolitane Protest- und Theaterkultur wie auch auf Werbungsästhetik. In den US-amerikanischen Literaturwissenschaften, Gay Studies und Cultural Studies werden die Kategorien der Identität und Repräsentation im Kontext von *ActUp* und AIDS akademisch reflektiert, dabei aber meist die klassengeschlechts-ethnien-übergreifende Perspektive in ihren Kämpfen nivelliert.

Die unterschiedlichen Bedingungen in USA und Westeuropa

Die zugespitzten und vorauseilenden Auseinandersetzungen in der US-amerikanischen AIDS-Politik sind zunächst das dominante Orientierungsmuster in Westeuropa, auch wenn die zentrale Problematik der gesundheitlichen Unterversorgung weiter Kreise der Bevölkerung nur in den USA gegeben ist, nicht jedoch in vergleichbarem Maße in Europa. Auch wenn die Schwulenbewegungen weniger etabliert sind, so erweisen sich die europäischen Solidarsysteme als handlungsfähiger und orientieren sich früh auf Politiken der Verhaltensprävention. Stärker als in den USA wird der epidemiologische AIDS-Diskurs von den Grenzen der staatlich organisierten Gesundheitssysteme gebrochen, die sich in den kommunalen Erfahrungen mit einer unzureichenden Beratung und Versorgung zu HIV/AIDS offenbaren. Gegen staatlich-repressive Vorhaben zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten durch Intimkontakte streiten Selbsthilfeorganisationen – im Zusammenwirken mit Sozialwissenschaftler_innen und Psycholog_innen, Vertreter_innen der Medizin, Pflege und nicht medizinischen Heilberufen – um die Anerkennung alternativer Ansätze der Prävention und Gesundheitsförderung, in denen das naturwissenschaftliche Paradigma und der kurative



Ansatz relativiert werden. Dies bleibt in den USA auf die lokale Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen und gesundheitspolitischen Institutionen reduziert. Im Gegensatz zur Kernkategorie der Pathogenese in der Biomedizin orientiert sich die Gesundheitsbewegung an der Entstehung von Gesundheit und Wohlbefinden in einem soziokulturellen Kontext der sozialen Integration: Die Perspektive von Selbstbestimmung und Eigenkompetenz für einen »befreienden« Umgang mit dem eigenen Körper ist verbunden mit der Herausbildung gesellschaftlicher Lernstrategien. Gesundheitswissenschaftler Rolf Rosenbrock (1992) spricht den Errungenschaften der Gesundheitsbewegung in der AIDS-Politik die Rolle eines Modellfalls zu: »AIDS war und ist seit vielen Jahrzehnten der erste Anwendungsfall einer massiven und nicht primär auf die Medizin gestützten Gesundheitssicherungspolitik«. Allerdings nimmt sich der Anteil alternativer Versorgung verschwindend gering aus gegenüber dem Grad symbolischer AIDS-Politik und der Größe institutioneller Kurativmedizin; das Handlungsfeld umfassender Gesundheitsförderung bleibt marginal. Die staatliche Anerkennung und Finanzierung flexibeler, selbst organisierter und zugleich gesellschaftlich notwendiger neuer Versorgungsformen konzentrierte sich auf die soziale Partizipation der schwulen Gemeinschaft, deren Aktivitäten besser ausgestattet werden als die jeder anderen Krankenselbsthilfe. Die Ausweitung partikularer Handlungs- und Gestaltungsautonomie quer zur allgemeinen korporatistischen Machtstruktur lenkt die Kritik an ihr auf die Teilhabe an ihrer Modernisierung. Am Beispiel der Deutschen AIDS-Hilfe zeigt sich die »Inkorporierung« zunehmend erweiterter Dienstleistungen der nichtmedizinischen Selbsthilfe ins staatliche Gesundheitswesen, die das Behandlungsmonopol der Biomedizin aber nicht problematisieren.

Die sich erweiternde Medikation von HIV / AIDS und die sich durchsetzende Neoliberalisierung der Gesundheitspolitik in den 1990er Jahren verschieben das widersprüchliche Verhältnis von Marginalisierung und Integration in der AIDS-Politik erneut: Der Übergang in eine behandelbare chronische Erkrankung als medizinische Normalisierung von AIDS bricht die vormals enge metaphorische und biologische Verknüpfung von AIDS und Tod auf, zugleich auch der damit begründete Charakter des Besonderen in der AIDS-Politik. In der veränderten Politikkonfiguration einer neoliberal geprägten Skandalisierung von staatlichen Versorgungsstrukturen, die die Unmöglichkeit, ökonomische Steuerungskriterien für das Gesundheitswesen zu entwickeln, überformt, dient die strategische Delegation von Verantwortung als moralisch-konsensuelle Orientierung zwischen Interessengruppen und legitimiert zugleich staatliche Kontrolle der Gesundheitspolitik und –wirtschaft. Die Anforderung, spezifische HIV / AIDS-Versorgung als inhaltliche und organisatorische Tätigkeit in re-privatisierten und konkurrenzorientierten Praxisverhältnissen zu reorganisieren, wirft die Frage des Verhältnisses der Einzelnen zur Sexualität und – vermittelt darüber – die Beziehungen zu anderen neu auf. Mit der sich auflösenden Identitätsstiftung von Schwulen über ihre kollektive soziale Ausgrenzung sind solidarische Praxismuster wie das in der schwulen Selbsthilfebewegung erprobte »Buddy«-Modell in Frage gestellt: die Vermittlung von »Lebensqualität« erweiternden Repräsentations-, Betreuungs- und Pflegekompetenzen an Freund_innen und Verwandte der Infizierten, eingebunden in ein »Community Building« mit umfassender soziokultureller Infrastruktur. Vorbote der Kämpfe um die Absicherung privilegierter Versorgung ist die unzählige Ratgeber_innenliteratur zum Umgang mit AIDS, die die Verabschiedung der Selbsthilfe von bewegungsorientierter, gesundheits- und sozialwissenschaftlicher Kritik anzeigt.

Hier zeigt sich das Dilemma der Inkorporierung durch das Gesundheitssystem: auch wenn die in den USA erfolgte Eskalation vermieden und die AIDS-Versorgung in Europa wesentlich bürgerrechts- und patient_innenorientierter erfolgt, so bleiben die Innovationen doch marginal und können sich kaum im Gesundheitssystem verankern. AIDS bleibt ein Phänomen aus langer Vergangenheit, auf deren Hintergrund die Schwulenbewegung Rechte und Anerkennung erkämpfen kann, ohne dass dieser emanzipatorische Ansatz für durchaus stärker belastete Bevölkerungsgruppen wie Drogennutzer_innen, Prostituierte oder Migrant_innen zum Tragen kommt.

Raimund Geene

//_noten

#1 In dem von ihr selbst geschriebenen Buch zu AIDS heißt es: »Unser Verständnis von demokratischer Gesellschaft und demokratischem Staat, unser Menschenbild und unsere Vorstellungen von Zusammenleben stehen auf dem Prüfstand« (Süssmuth 1987: 24).

//_txt

Rolf Rosenbrock (1992): AIDS. Fragen und Lehren für Public Health. In: Heinz-Harald Abholz et al. (Hg.): Wer oder was ist Public Health? Jahrbuch für Kritische Medizin, Band 18. Hamburg

Rita Süssmuth (1987): AIDS – Wege aus der Angst. Hamburg

Krise im oder des neoliberalen Finanzkapitalismus?

»Kapitulation an der Wall Street« titelte die *Financial Times Deutschland* (16.09.08) anlässlich des Zusammenbruchs der großen Investmentbanken: Von den fünf führenden Global Playern sind nur Goldmann Sachs und Morgan Stanley geblieben, die jedoch das Modell der Investmentbanken mit größeren Risikospielräumen aufgeben müssen und zu normalen Banken unter üblichen Regularien mutieren. Andere traditionsreiche Namen wie Bear Stearns, Lehman Brothers und Merill Lynch sind Geschichte. Dies ist nur der jüngste Vorfall der vermeintlich überraschenden Kette von Pleiten. Die Folgen für das globale Finanzsystem sind noch nicht absehbar. Sicher ist nur: dies ist die umfangreichste Vernichtung von fiktivem und ›realem‹ Kapital seit 1929. Es handelt sich – darin sind sich selbst die ›Herrschenden‹ einig – bei der Finanzkrise 2007 ff. um die schlimmste Krise seit der großen Depression der 1930er Jahre – Kursverluste und Abschreibungen summieren sich auf fast 20 Billionen Dollar (*Die Welt*, 11.10.08).

Noch im Oktober 2007 verkündete der IWF, trotz der seit dem Sommer schwelenden Hypothekenkrise, das globale Wachstum sei in eine stabilere Ära gemündet als in den ›goldenen‹ 1960er Jahren. Im April 2008 jedoch übertraf der IWF alle negativen Meldungen und warnte vor über einer Billion US-Dollar Verlusten in Folge der ausgeweiteten Finanzkrise. Ursache sei ein »kollektives Versagen« der Finanzinstitutionen. Offenbar gelingt es gegenwärtig immer weniger, mit flexiblem Krisenmanagement die Folgen finanzieller Instabilitäten zu begrenzen oder (wie oft erprobt) auf periphere Märkte auszulagern (Asienkrise, Argentinienkrise). Die Krise schlägt im Zentrum des globalen Finanzmarktkapitalismus zu, in den USA. Das hat globale Auswirkungen.

Dabei war die Verbriefung von Krediten in ›strukturierten Produkten‹ nach neoliberaler Lehrmeinung doch ursprünglich eine Innovation, um das Risiko auf eine größere Anzahl von Anleger_innen zu verteilen und damit das individuelle Risiko zu vermindern und das Finanzsystem insgesamt stabiler zu gestalten. Ähnlich wie bei den Derivaten[1] insgesamt, verstärken diese Finanzinvestitionen zur Absicherung von Risiken und Steigerung der Renditen letztlich selbst die Instabilitäten auf den Weltfinanzmärkten.

Die Krise bringt damit die Frage nach der Rolle des Staates zurück in die Debatte. Unter Führung der amerikanischen Zentralbank Fed pumpen die wichtigsten Zentralbanken der Welt koordiniert Hunderte von Milliarden Dollar, Euro und Pfund in die Märkte, um die Liquidität zu sichern. Die Fed organisiert die größte Reform der Finanzmarktkontrolle seit 1945. Die US-Regierung legt milliardenschwere Konjunkturprogramme auf. Die neoliberale Litanei, es sei ›kein Geld da‹ und die Staatshaushalte bedürften der ›Konsolidierung‹, ist über Nacht vergessen. Schließlich sehen sich die britische sowie die US-Regierung dazu gezwungen in Schieflage geratene Banken zu verstaatlichen, faule Kredite für über 700 Milliarden Dollar aufzukaufen und weitere Ausfallgarantien für gefährdete Kredite in Billionenhöhe zu gewährleisten. Dies erscheint als eine Art ›neuer Staatsinterventionismus‹, der über die neoliberale staatliche Produktion weitgehend liberalisierter Finanzmärkte weit hinaus geht.

Allerdings sind Krisen in der Vergangenheit (wie in Asien 1998) auch immer wieder dazu genutzt worden, um weitere Liberalisierungen und Umverteilung im gesellschaftlichen Maßstab voranzutreiben. Mithin gehören periodische Krisen zum neoliberalen Finanzkapitalismus. Jörg Huffschmid warnt, das Problematische am Finanzkapitalismus sei nicht seine Instabilität und Krisenanfälligkeit, sondern seine monströse Umverteilung von Vermögen und Macht. Das Krisengerede lenke daher eher vom ›normalen‹ Funktionieren des Neoliberalismus ab.

Finanzkrisen und Überakkumulation

Die ›Verrücktheit‹ des Geldes wird erst verständlich, wenn zur Analyse des ›Schwindels‹ auch die grundlegende Analyse des zinstragenden Kapitals sowie der Akkumulation hinzu tritt. »Überproduktion von Kapital, nicht von einzelnen Waren – obgleich die Überproduktion von Kapital stets Überproduktion von Waren einschließt –, heißt weiter nichts als Überakkumulation von Kapital« (MEW 25, 261), für welches es an ausreichenden Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten mangelt. Diese »Plethora-Kapitale« werden, so Marx, »dadurch auf die Bahn der Abenteurer gedrängt: Spekulation, Kreditschwindel, Aktienschwindel, Krisen« (ebd.). Dann wird »Gewinnen und Verlieren durch Preisschwankungen von Eigentumstiteln sowie deren Zentralisation [...] mehr und mehr Resultat des Spiels, das an der Stelle der Arbeit als die ursprüngliche Erwerbsart von Kapitaleigentum erscheint« (495). Derartige Aktivitäten erzeugen keinen Reichtum, stattdessen beruht ihre Verzinsung auf ihrer Fähigkeit sich einen Teil des anderenorts erzeugten Reichtums zu sichern.

Insbesondere seit den 1970er Jahren und der schrittweisen Liberalisierung und globalen Integration der Finanzmärkte wurden immer neue Finanzmarktinnovationen – nicht zuletzt die Derivate – entwickelt, um dem Problem der Überakkumulation zu begegnen. Da bei der Bildung des Zinsniveaus von den realen, arbeitsgesellschaftlichen Bedingungen der Produktivitäts- und Profitratenentwicklung aber in der Regel abgesehen wird, kommt es dank der Liberalisierung, wie Marx frühzeitig darlegte, zur »Verselbständigung des Zinses gegenüber dem Profit« (MEW 25, 370), entkoppelt sich die monetäre relativ von der realen Akkumulation. Folge ist eine monetäre Akkumulation, durch deren Verselbständigung der realwirtschaftliche Sektor ausgehöhlt und der Akkumulationsprozess »von der monetären Seite« her tendenziell »blockiert« wird (Hübner 1988, 62). Mit der »Veräußerlichung« des Kapitalverhältnisses im zinstragenden Kapital vollzieht sich für Marx die »Kapitalmystifikation in der grellsten Form« (MEW 25, 405). Im verkürzten Akkumulationskreislauf G–G' entsteht die Illusion, dass wachsende Geldvermögen und Einkommen aus der Spekulation mit Aktien und Anleihen, Devisen oder Derivaten ›erwirtschaftet‹ oder ›gewonnen‹ werden könnten – dass sie selbst als Quelle von Mehrwert fungierten.

Marx erkennt eine Tendenz zur »Verallgemeinerung der Börsenspekulation«, die dazu führt, dass massenhaft Nicht-Kapitalist_innen in die Spekulation hinein gerissen werden, mit der sie ihre Ersparnisse aufs Spiel setzen (MEW 12, 78). Die Aktualität dieser Einsicht wird durch die schrittweise Privatisierung der Rentenversicherung seit den 1980er Jahren bestätigt. Auch börsennotierten Unternehmen bleibt nichts anderes übrig als mitzuspekulieren, um sich gegen die Spekulation abzusichern bzw. um sich gegen die Enteignung durch Spekulant_innen zu schützen. Durch das Kreditwesen erweitert sich der Kreis der ›Mitspieler_innen‹ – immer häufiger treten so genannte Hedge- oder Private-Equity-Fonds auf, die mit geringen Eigenmitteln und einem Vielfachen an Krediten über rein spekulative Aktivitäten enorme Renditen erwirtschaften. In der überwältigenden Mehrheit nimmt die Bevölkerung jedoch nicht direkt Teil am Spiel – vielmehr sind die auf Finanzmärkten gehandelten ›Werte‹ stärker in der Hand Weniger konzentriert als jemals zuvor. Lohnabhängige stehen mehr denn je unter dem Druck von Finanzinvestor_innen und werden einer zunehmenden Ausbeutung unterworfen, noch verstärkt durch die Erhebung von Steuern, die für den Schuldendienst der Regierungen bestimmt sind.

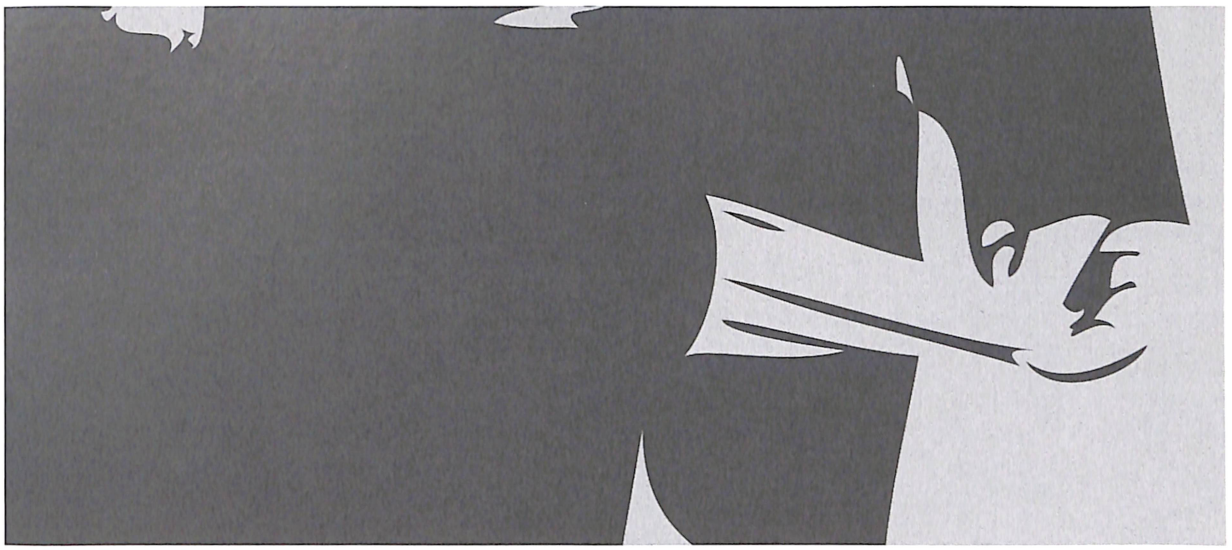
Doch durch Veränderungen in den Verteilungsrelationen werden neue Wege der Kapitalakkumulation möglich. Die Profitablität der Unternehmen wird gesteigert, das Zur-Ware-Werden weiterer gesellschaftlicher Bereiche befördert. Durch die Spekulation werden enorme Finanzmittel zur Finanzierung neuer Branchen und Produkte bereit gestellt, die Umwälzung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Übergang zur informationstechnologischen Produktionsweise beschleunigt. Letzteres drückt aus, was auch Marx als Funktion eines modernern Finanzsektors betrachtet: Neben der Konkurrenz der Kapitale betrachtet er das Kreditsystem als entscheidenden Hebel kapitalistischer Entwicklung (MEW 25, 560): Ein modernes Kreditsystem sammelt die vereinzelten (latent produktiven Geld-)Kapitale, stellt sie den Produzent_innen bereit und treibt die Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals sowie die Herstellung des Weltmarktes voran. Dadurch wird

das Bank- und Kreditwesen »das kräftigste Mittel, die kapitalistische Produktion über ihre Schranken hinauszutreiben, und eines der wirksamsten Vehikel der Krisen« (620f.). Es ist eben dieser »dem Kreditsystem immanenter doppelseitiger Charakter: einerseits die Triebfeder der kapitalistischen Produktion, Bereicherung durch Ausbeutung fremder Arbeit, zum reinsten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem zu entwickeln und die Zahl der den gesellschaftlichen Reichtum ausbeutenden Wenigen immer mehr zu beschränken; andrerseits aber die Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise zu bilden« (457).

Platzt die Spekulationsblase wird fiktives Kapital entwertet und unprofitable Unternehmungen vom Markt verdrängt. Die Kapitalvernichtung schafft zugleich neue Bedingungen für einen weiteren Zyklus der Kapitalakkumulation: Jede Krise ist dabei »Ende eines Zyklus und Ausgangspunkt eines neuen« (MEW 23,662, Fn. 1). Die Spekulation ist also entgegen verbreiteter linker Vorstellungen keine unnötige Übertreibung, sondern fungiert, wie bereits Henryk Grossmann betont, in einer Situation der Überakkumulation als Ausweg, eine Art »innerer Kapitalexport« (1929, 536f). Genügt dies nicht um Überakkumulation abzubauen, sucht sich das Kapital andere Wege zur profitablen Anlage, durch Kapitalexport in andere Weltgegenden: Spekulation und imperialistische Strategien sind daher »Parallelerscheinungen« (543). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelt sich die erneute Intensivierung der »Akkumulation durch Enteignung« zu einem »neuen Imperialismus« (Harvey) bzw. zu imperialen Strategien der In-Wert-Setzung.

Doch mit dem Wachstum der Geldvermögen steigen auch die Zinsansprüche und damit der Zwang zur Produktion weiteren Mehrwertes. Die relative Selbstständigkeit der Finanzmärkte treibt »bis zu einem Punkt, wo der innere Zusammenhang gewaltsam, durch eine Krise, wiederhergestellt wird« (316). Sie ergibt sich, wie zuletzt 2001 und 2007, weniger aus der »Verrücktheit des Geldes«, als aus dem Widerspruch »zwischen dem industriellen und loanable Kapital – zwischen dem Kapital, wie es in den Produktionsprozess direkt involviert ist und wie es als Geld selbständig (relativement) außer demselben erscheint« (42/316). Die (Über-)Akkumulation zinstragenden und fiktiven Kapitals erhöht die Ansprüche und Forderungen auf Zinszahlungen und Dividenden, die aus produktiven Investitionen erwirtschaftet werden müssen. Selbst angesichts der Anhebung des Ausbeutungsgrades seit Ende der 1970er Jahre und der vollen Eingliederung Chinas in den Weltkapitalismus, übersteigen diese Forderungen massiv das Maß, das von der ›realen Ökonomie‹ abgedeckt werden kann. Die Beschleunigung der Umschlagszeiten zinstragenden Kapitals führt zwar über verbesserte Möglichkeiten der Kapitalmarktfinanzierung von Unternehmen sowie dem Druck zur Steigerung von Produktivität und damit Profitabilität auch zu erhöhter Mehrwertproduktion, geht letztlich aber über sie hinaus. An Unternehmungen werden Renditeerwartungen gestellt, die, wenn die Zins- über der Profitrate liegt, zwangsläufig aus der produktiven Substanz bedient werden müssen – Unternehmen oder Betriebsteile, denen dies nicht gelingt, werden abgestoßen oder brachgelegt, ihr Kapital entwertet bzw. vernichtet. Die Steigerungsraten des Surplus sind jedoch energetisch, stofflich, sozial und daher auch ökonomisch begrenzt (die Grenzkosten des Produktivitätsfortschritts steigen überproportional an; der Widerstand gegen die ›Gewalt des Geldes‹ wächst). Daran ändern keine Finanzinnovationen etwas (Altvater/Mahnkopf 1996, 168). Insbesondere Überakkumulation und Überproduktion (Brenner 1998) setzen der Steigerung der Mehrwertmasse Grenzen. Der Widerspruch von Produktiv- und Geldkapital tritt periodisch immer dann auf, wenn die Kurse fiktiven Kapitals und die Bedienung von Zinsen nicht mehr der Leistungsfähigkeit der realen Produktion und der Profitabilität der Unternehmen entsprechen: Ein wesentlicher Indikator dafür ist das so genannte Kurs-Gewinn-Verhältnis, also das Verhältnis von Aktienkursen in realen Preisen und Profiten der börsennotierten Unternehmen.

Die Kursentwicklung entkoppelt sich immer wieder von der realen Wertentwicklung (Kapitalrentabilität) in den Unternehmen und führt zur gigantischen Aufblähung der Kurse fiktiven und zinstragenden Kapitals – Aktien beispielsweise erreichen während des



Booms der 1990er Jahre eine geschätzte Überbewertung von 50 Prozent (*asset-price-inflation*). Dieses Verhältnis erreicht Ende 1999 Rekordhöhen, die nur zurzeit vor dem Schwarzen Freitag 1929 noch übertroffen wurden, als die Profite gegen Null tendierten und Aktien dennoch ihren Wert halten konnten. Entsprechend kommt es periodisch zu Krisen. Der intermittierende Zusammenbruch der New Economy hat allein 2002 geschätzte 1,4 Billionen Dollar fiktiven Kapitals vernichtet. Doch heißt Vernichtung fiktiven Kapitals in vielen Fällen auch echte Stockung der Reproduktion, Bankrott von Banken, Unternehmen, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Ersparnissen, Pensionsansprüchen etc.

Wann der Zeitpunkt der Krise genau auftritt bleibt unkalkulierbar, so dass die Unsicherheit selbst durch bewusste Kalkulation des Risikos zum Gegenstand des Spekulationsspiels wird. Dann kommt es zu kumulativen Effekten, wenn Verpflichtungen nicht eingelöst werden können, weil unerwartete Zins- und daher Kursbewegungen von den Wertpapieren eintreten, Verträge platzen und das Kartenhaus einzustürzen beginnt, weil, wie Marx verdeutlicht, »an hundert Stellen die Kette der Zahlungsobligationen an bestimmten Terminen« zu brechen droht und das ganze Kreditsystem in Gefahr gerät, was »zu heftigen akuten Krisen, [...] wirklicher Stockung und Störung des Reproduktionsprozesses« (MEW 25, 264f) führt. Daher brechen Krisen regelmäßig »zuerst aus auf dem Gebiet der Spekulation« und greifen dann erst über auf die Produktion – so erscheint nicht »die Überproduktion, sondern die Überspekulation, die selbst nur ein Symptom der Überproduktion ist, [...] der oberflächlichen Betrachtung als Ursache der Krise« (MEW 7, 421).

Gegenüber verkürzten Vorstellungen von Reformen auf der Ebene der Zirkulation des Geldes warnt Marx denn auch, es sei »unmöglich«, die »Verwicklungen und Widersprüche, die aus der Existenz des Geldes« hervorgehen, aufzuheben, »solange der Tauschwert die gesellschaftliche Form der Produkte bleibt. Es ist nötig, dies klar einzusehen, um sich keine unmöglichen Aufgaben zu stellen und die Grenzen zu kennen, innerhalb deren Geldreformen und Zirkulationsumwandlungen die Produktionsverhältnisse und die auf ihnen ruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse neugestalten zu können« (MEW 42, 80).

Entsprechend gelingt es angesichts der enormen Umverteilung des Mehrwerts zugunsten von Kapital- und Vermögensbesitzern seit den 1980er Jahren (zu den Ursachen vgl. Candeias 2004/2008, 105 ff.) auch nicht, die Überakkumulation tatsächlich abzubauen. Neben der ständigen Verfeinerung der Finanzmarktinstrumente und -strategien, gehört die Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten durch Einbeziehung neuer Räume (etwa Ostasien), Erschließung bisher nicht in Wert gesetzter Bereiche (z. B. durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen) oder Entwicklung neuer Produkte und Produktionsmittel (z. B. den Informationstechnologien und der sog. New Economy) zu den wesentlichen Strategien, um Überakkumulationstendenzen zu begegnen. Hinzu kommt, dass die Reproduktion der Arbeiter_innenklasse immer umfassender zu einem unmittelbaren Bestandteil der Kapitalverwertung geformt wird, maßgeblich durch die fordistische Verknüpfung von Massenproduktion und -konsum. Erheblich dazu beigetragen haben nicht zuletzt Finanzinnovationen zur Integration der Arbeiterklasse in Kreditverhältnisse: über die Einführung und Ausweitung von Ratenzahlungen, Konsumentenkrediten, Hypotheken- und Bausparkrediten mit entsprechenden staatliche Förderungen, der Erfindung der Kreditkarten oder der Privatisierung der Rentenversicherung (auf Kapitalbasis) – oder eben die unten näher ausgeführten Sub-Prime-Kredite.

Von der Hypotheken- zur Finanzkrise

Die massive Umverteilung von Mehrwert über die Finanzmärkte sicherte glänzende Renditen. Doch wohin mit dem vielen (überakkumulierten) Geld, mit dem ›Meer an Liquidität‹? Am besten in China oder anderen aufblühenden Märkten anlegen. Über einen Mangel an Investitionen kann sich China aber nicht beschweren, es bemüht sich sogar, das überdrehte Wachstum zu bremsen. Aber kreative Finanzmarktinnovationen schaffen Abhilfe: z. B. die sogenannten

Sub-Prime-Kredite, mit denen sogar jenen Hypothekenkredite aufgedrängt wurden, die sich mangels Einkommen eigentlich keine Immobilien leisten können. Ein niedriges Zinsniveau – befördert durch den Vorsitzenden der Fed Alan Greenspan, der durch historisch einmalige Zinssenkungen zur Linderung der Krise nach der sogenannten dot.com-Blase von sechseinhalb auf ein Prozent beitrug – ermöglichte den Deal: Die Hypothekenkredite kurbelten den Immobilienmarkt an, steigende Häuserpreise suggerierten höhere Vermögen der Hausbesitzer_innen, der gefühlte Reichtum beförderte weiteren Konsum per Kreditkarte. In kaum einem anderen Land spielt der private Konsum, auf Pump finanziert, eine ähnlich große Rolle wie in den USA. Zur Sicherheit verknüpfte man die ›Unterschicht‹-Kredite mit anderen Krediten und Anleihen zu komplizierten Paketen, die in dieser verbrieften Form wieder weiterverkauft wurden. Große Kreditnehmer_innen wiederum, wie verarmte Kommunen z. B., ließen ihre Zahlungen von spezialisierten Finanzdienstleister_innen versichern, um ihre Bonität zu verbessern und günstigere Zinsen zu ergattern. Verbriefung, Bündelung und Versicherung von Krediten ließ die Rating-Agenturen überdurchschnittlich gute bis exzellente Bewertungen ausstellen, denn solange die Zinsen niedrig blieben, war dies ein sicheres Geschäft und das (Rest-)Risiko wurde von den Hypothekenbanken auf den gesamten Finanzmarkt global verteilt und damit für die individuelle Anleger_in geringer.

Wenn die Wirtschaft brummt, der Konsum surrt, Preise steigen, die Arbeitslosigkeit niedrig ist, dann steigen die Zinsen (von 1% in 2004 auf 5,25% in 2006). Seit Anfang 2007 häuften sich die säumigen Schuldner_innen, die ihre Hypothekenzinsen nicht mehr bedienen konnten. Über eine Million Menschen verloren bereits buchstäblich ihr Dach über dem Kopf – bis zu weiteren sechs Millionen könnten folgen, schätzt die Ratingagentur Moody's (Wall Street Journal 23.10.08). Zahlreiche Familien leben nun in Wohnwagenkolonien, Obdachlosenunterkünften oder tatsächlich auf der Straße. Der Immobilien-Boom hatte die Hypothekenbanken in die amerikanische Provinz gelockt. Im Süden und Westen oder in Staaten wie Connecticut ballen sich daher die Opfer der Krise. Ganze Nachbarschaften sind betroffen – die vielen Leerstände senken auch den Wert anderer Privathäuser und Immobilien. Das soziale Gefüge ganzer Regionen ist gefährdet. Vor allem aber wächst sich der American Dream, ein eigenes Haus zu besitzen, für die kleinstädtische weiße und insbesondere schwarze Arbeiter_innenklasse zu einem amerikanischen Albtraum aus. Infolge der Überschuldung dehnt sich die Zahlungskrise auf andere Segmente aus, z. B. Kreditkarten und Autokredite.

Doch anders als in den 1980er Jahren brachen nur wenige Banken zusammen. Die Zerstreuung des Risikos funktionierte als Schutz. Außerdem war dies ein auf die USA beschränktes Phänomen, dachten Analyst_innen. Die eine oder andere Bank in Europa, die sich zu gierig mit Sub-Prime-Paketen eingedeckt hatte, geriet ins Straucheln. Doch insgesamt kamen die europäischen Geldhäuser deutlich besser weg als die US-Banken, die dreistellige Milliardensummen abschreiben mussten. Darüber hinaus sei die Realwirtschaft nicht betroffen, hieß es. Tatsächlich brummte die Wirtschaft in den USA weiter, die Arbeitslosigkeit blieb niedrig. In Europa kam die Konjunktur 2007 gerade in Fahrt. In Ostasien sowieso. Um eine Kreditklemme zu vermeiden und die Liquidität der Wirtschaft zu sichern, pumpten die Zentralbanken dreistellige Milliardenbeträge in die Märkte, die EZB allein über 350 Milliarden Euro, also eine halbe Billion Dollar. Optimismus aller Orten: Die Märkte sind stabil.

Mittlerweile haben Banken bis zu über 1,6 Billionen Dollar abgeschrieben. Die Kredit- wird zur Finanzkrise und beginnt auf die Gesamtökonomie durchzuschlagen. Zunächst platzte die Immobilienblase in den USA und entwertete das Vermögen zahlreicher Hausbesitzer_innen aus der Mittelschicht. Damit sind weitere Hypotheken- wie auch Konsument_innenkredite

ungedeckt. Die Konsumrate beginnt zu sinken. Auch die Banken sind vorsichtiger geworden, nicht einmal untereinander leihen sie sich noch Geld, da keiner weiß, wie viele geplatzte Kreditpakete die andere in ihren Bilanzen versteckt hat. Nicht einmal die Vorstände der Banken wissen, wie groß die Belastungen der eigens für solche Spekulationsgeschäfte gegründeten Zweckgesellschaften sind, deren Posten nicht in der regulären Bilanz auftauchen.

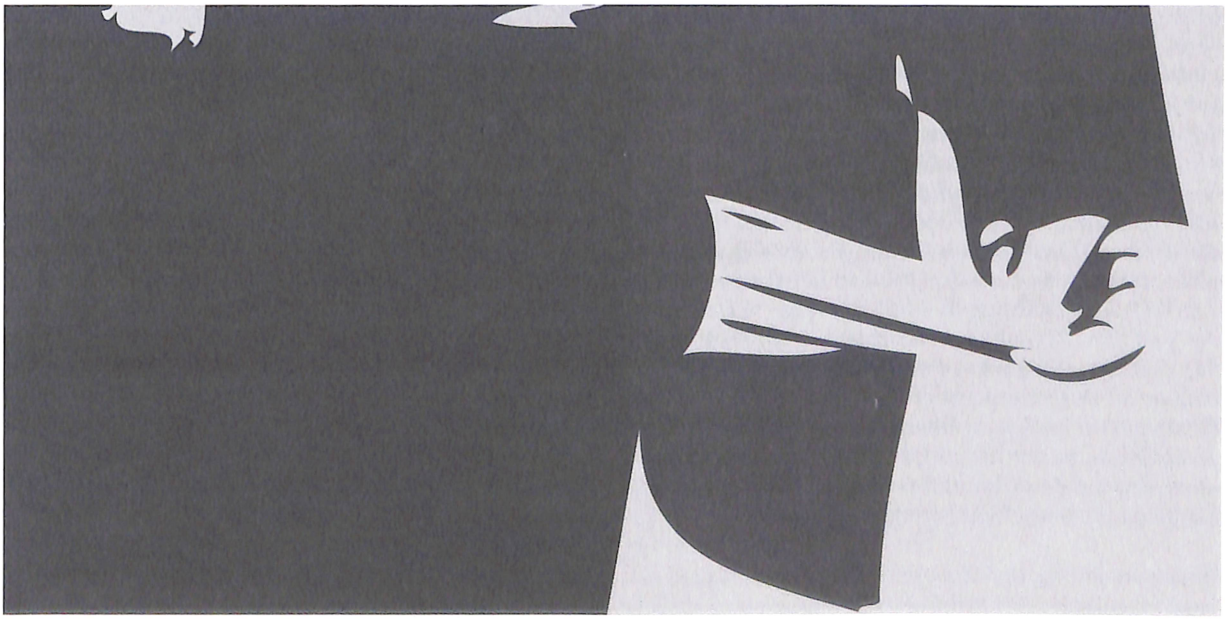
Eine Chronik der (angekündigten) Katastrophen

Panik und eine tiefe Vertrauenskrise im Bankensektor prägen das Bild. Bekanntermaßen kommt es zu zahlreichen Insolvenzen oder Zusammenbrüchen, Not-Übernahmen und gigantischen ›Wertberichtigungen‹. Unzählige kleinerer Hypothekenbanken müssen schließen oder Gläubigerschutz beantragen. Erstes prominentes Opfer ist der Hypothekenfinanzierer New Century Financial. Ein weiterer Höhepunkt ist der Bankrott der IndyMac Bank, des größten unabhängigen börsennotierten Baufinanzierers. Die Unsicherheit drohender Zahlungsunfähigkeit löst einen Bank Run aus, bei dem Anleger_innen innerhalb weniger Tage mehr als 1,3 Milliarden Dollar abheben. IndyMac wird unter die Kontrolle der Federal Deposit Insurance Corporation gestellt, d.h. verstaatlicht. Der Zusammenbruch von IndyMac ist der zweitgrößte Bankencrash in der Geschichte der USA.

Zuvor sind bereits die beiden größten parastaatlichen Hypothekenbanken technisch bankrott gegangen. Fannie Mae und Freddie Mac wurden im Rahmen des New Deal 1938 gegründet, um das Eigentum an Immobilien für Familien zu fördern. Als staatliche Institutionen mussten sie geringere Rücklagen als normale Banken bilden und genossen günstige Refinanzierungsbedingungen bei der Fed. Von Steuern und Abgaben an Gemeinden und Bundesstaaten waren sie freigestellt. Auch nach der (Teil-)Privatisierung behielten die beiden Banken ihre Privilegien, was den Anteilseigner_innen außerordentliche Profite sicherte. Sie ›erfanden‹ die Bündelung und Verbriefung von Hypotheken in so genannten Asset Backed Securities und haben Hypothekenkredite in Höhe von 5,2 Billionen Dollar in ihren Büchern. Das ist etwa die Hälfte aller Immobilienkredite, die in den USA vergeben wurden. Im Zuge der Krise haben diese mehr als 50 Prozent ihres Marktwertes eingebüßt. Der Börsenwert der Banken verlor 76 Prozent ihres Werts, Tendenz fallend. Auch die Investment- und Großbanken verzeichneten Abschreibungen und Verluste in Milliardenhöhe.

Einen weiteren Schock lösen die Probleme der fünftgrößten US-amerikanischen Investmentbank Bear Stearns aus. Die Rekordsumme von 200 Milliarden Dollar muss abgeschrieben werden. Liquiditätsprobleme drohen die Insolvenz nach sich zu ziehen und damit eine ganze Kette von Zahlungsverpflichtungen zu zerreißen. Die Großbank JP Morgan Chase und Co wird von der Regierung gedrängt Bear Stearns ein Übernahmeangebot zu unterbreiten (schon um als größte Gläubigerin von Bear Staerns den eigenen Zusammenbruch zu vermeiden). Dazu wird von der Fed ein Rettungspaket geschnürt, das vor sieht, dass die amerikanische Notenbank Verlustrisiken von Bear Stearns bis zu einem Gesamtbetrag von 29 Milliarden Dollar übernimmt, während JPMorgan Chase & Co. die erste Milliarde eventuell anfallender Verluste übernimmt.

Angesichts der Gefährdung zahlreicher Kredite und Banken entschließen sich mitten in der Krise die Rating-Agenturen wie Standard & Poor's, die alle an der übermäßig guten Bewertung der ›strukturierten Produkte‹ beteiligt waren, zur Korrektur und stufen namhafte Großbanken herab, was ihre Refinanzierungsmöglichkeiten deutlich erschwert. Dabei sehen sich die Banken gezwungen frisches Kapital aufzunehmen, um ihre Liquidität zu sichern und Eigenkapitalvorschriften einzuhalten. Da Investor_innen knapp sind, greift man auf die Staatsfonds der arabischen und asiatischen Schwellenländer zurück.



Das Problem: Die Banken müssen Kreditderivate ihrer in Schieflage geratenen Zweckgesellschaften in die Bilanzen nehmen. Diese ›strukturierten Produkte‹ müssen nicht etwa zu ihrem ursprünglichen Nennwert als vielmehr zu ihrem aktuellen Marktwert verbucht werden. Da der Markt für diese Produkte jedoch praktisch zusammengebrochen ist, lässt sich kein Wert ermitteln. Daher wird eine Art mathematischer Modell-Wert (»mark to model«) ermittelt und gebucht. Da es sich dabei nur um Schätzwerte handelt, muss weiterhin mit einem erheblichen Bedarf von Wertberichtigungen gerechnet werden, weshalb die Krise weiter schwelt, insbesondere weil einige amerikanische Banken ein Mehrfaches ihres Eigenkapitals mit solch riskanten Produkten verbuchen müssen.

Die Banken versuchen ihre Bilanzen durch Notverkäufe zu bereinigen. Merrill-Lynch verschafft sich Luft, indem sie Hypothekenanleihen und andere Schuldenderivate mit einem Wert von 30,6 Milliarden Dollar mit einem Abschlag von 80 Prozent für nur 6,7 Milliarden Dollar an den Finanzinvestor Lone Star abstößt. Auch die Deutsche Bank verbessert ihre Bilanz mittels eines Deals mit Lone Star. Und schließlich übernimmt der so genannte Geierfond Lone Star von der staatlichen deutschen KfW auch noch ihren Mehrheitsanteil von 90,8 Prozent an der in Schieflage geratenen IKB zu einem Schnäppchenpreis von geschätzten 150 Millionen Euro. Die KfW muss dabei nicht nur von ihrer Preisvorstellung von 800 Millionen Euro abrücken, sondern es bleiben auch erhebliche Risiken bei der KfW. Lone Star steht dabei für eine Tendenz, die Marx wie folgt beschreibt: »Was nun den Fall von bloß fiktivem Kapital, Staatspapieren, Aktien etc. betrifft – soweit er es nicht zum Bankrott des Staates und der Aktiengesellschaft treibt, soweit dadurch nicht überhaupt die Reproduktion gehemmt wird [...] –, ist es bloß Übertragung des Reichtums von einer Hand in die andere und wird im ganzen günstig auf die Reproduktion wirken, sofern die Parvenüs, in deren Hand diese Aktien oder Papiere wohlfeil fallen, meist unternehmender sind als die alten Besitzer.« (MEW, 26.2, 496 f.)

Der Druck auf das Banken- und Finanzsystem lässt nicht nach. Morgan Stanley schätzt, dass die gegenwärtige Finanzkrise noch bis 2010 anhält, nicht ahnend, dass die Krise nur Wochen später das Ende des Modells der Investmentbanken selbst bringen würde. Lehman Brothers allein hat 613 Millarden Dollar Schulden angehäuft – unwahrscheinlich, dass deren Konkurs keine Auswirkungen auf Investor_innen weltweit hat: ob chinesische Staatsfonds oder europäische Banken, Pensions- oder Hedgefonds. Die BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) rechnet schon zuvor mit »einem langen und tiefen Abschwung der Weltwirtschaft« (*FR*, 01.07.08). Der Vorsitzende der Fed, Ben Bernanke, befürchtet gar einen Kollaps des gesamten Finanzsystems mit unkalkulierbaren Folgen für die amerikanische wie globale Wirtschaft. Flexibles Krisenmanagement ist gefragt, aber auch umfassende Reregulierungen werden in Angriff genommen, die den Charakter des neoliberalen Finanzkapitalismus betreffen.

Es geht nicht um den Zusammenbruch des Kapitalismus, aber eben auch nicht einfach nur um eine ›bereinigende Krise‹, in der sich die verbleibenen Unternehmen günstig ihre angeschlagenen Konkurrent_innen einverleiben. Die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter und die gegenwärtige Funktionsweise der Märkte an sich sind gefährdet. In Konjugation mit anderen Krisenelementen, von der ökologischen Krise, über die Verschiebung von politischer und ökonomischer Macht auf dem Weltmarkt, bis hin zu Repräsentations- und Legitimationskrisen sowie wachsender gesellschaftlicher Desintegration und unterschiedlichster Revolten, steht voraussichtlich eine längere Periode von ein bis zwei Dekaden der Suche und der Auseinandersetzung um ›post-neoliberale‹ Formen der Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsweise bevor. Vielleicht wird ein autoritär abgesicherter grüner Kapitalismus neue Akkumulationsmöglichkeiten und Konsenspotenziale produzieren. Die Finanzmärkte werden dabei wieder eine entscheidende Rolle spielen. Die Reserven des nach wie vor dominierenden Neoliberalismus als organisierende Ideologie im Übergang zur informationstechnologischen transnationalen Produktionsweise sind jedenfalls erschöpft. Seine Ablösung wird durch heftige globale gesellschaftliche Auseinandersetzungen geprägt sein (vgl. Candeias 2009).

Mario Candeias

//_noten

#1 Auf dem Markt für Derivate geht es um den Handel mit Finanzprodukten, die sich auf die künftige Entwicklung der vorgenannten Finanzierungsinstrumente, z. B. den Kurs von Anleihen oder Aktien oder einer Währung beziehen, also von diesen abgeleitet sind. Derartige Geschäfte werden getätigt, »um ein Basisgeschäft abzusichern, also z. B. den Erlös eines Exportgeschäftes, der erst nach einer bestimmten Zeit fällig wird, gegen Wechselkursschwankungen abzusichern (Hedging); um bestehende Ertragsdifferenzen zwischen verschiedenen Geldanlagen (an verschiedenen Orten und zu verschieden Zeiten) auszunutzen (Arbitragegeschäfte); [oder] um von einer erwarteten Veränderung (von Kursen, Zinsen oder Wechselkursen) zu profitieren (Spekulation)« (Huffschmid 1997, 74).

//_texte

Altvater, Elmar; Birgit Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, Münster 1996.

Brenner, Robert, The Economics of Global Turbulence, *New Left Review* 229, 39. Jg., London 1998.

Candeias, Mario, Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktionsweise, Berlin-Hamburg 2004/2008.

Candeias, Mario, Krise des Neoliberalismus – Ankunft des grünen Kapitalismus, Berlin 2009.

Grossmann, Henryk, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Leipzig 1929.

Huffschmid, Jörg, ›Dominanz globalisierter Finanzmärkte. Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz‹, in: Z. 31, 8. Jg, September 1997, 69–84.

Hübner, Kurt, ›Flexibilisierung und Verselbständigung des Weltmarktes‹, in: *Prokla* 71, 18. Jg., 1988, 49–65.

IWF, Global Financial Stability Report, Washington DC, April 2008.

CRISIS? WHAT CRISIS?[1]

Zum Verhältnis der Weltwirtschaftskrise 1929 und heute

Wie es scheint haben die Krise von 1929 und die derzeitige nichts gemein. Die aktuellen Bilder zeigen keine aufgeregten Schlangen von Kund_innen vor den Banken, die panikartig versuchen noch an ihr Geld zu kommen; die Schlangen vor Lebensmittelausgaben und Suppenküchen gibt es zwar, allerdings in den verschämten Nischen der Gesellschaft.

Gleichwohl gibt es einige Parallelen, aber auch einige gewichtige Unterschiede. Parallel sind zunächst einmal die weltweite Dimension der Krise sowie der Sachverhalt, dass die Krise von den USA ausging und mit dem Platzen einer Spekulationsblase dort zusammenhängt. Bezog sich die Blase von 1929 vor allem auf die Spekulationen im Lebensmittel- und Rohstoffsektor und ging mit einem Börsenfieber infolge des Nachkriegsbooms in den USA einher, ist der zentrale Auslöser der derzeitigen Krise das Platzen von drittklassigen Immobilienkrediten mit denen in alchemistischer Manier versucht wurde, aus (so gut wie) nichts Geld zu machen. Und es ist wohl lediglich eine Frage der Zeit, bis die Krise des Finanz- und Bankensektors endgültig auch auf die Realwirtschaft übergeht. Mensch kann gespannt sein, ob in den Geschichtsbüchern einst das Jahr 2008 als zentrales Datum für den Beginn einer Krisenperiode stehen wird, wie dies gemeinhin mit dem Jahr der Ölkrise von 1973 geschieht.

Ähnlich ist auch, dass beiden Krisen eine Zeit des wirtschaftspolitischen ›laissez-faire‹ und der Liberalisierung der Finanzmärkte vorausging. So wurden die USA infolge des Ersten Weltkrieges zur ökonomischen Weltmacht und Gläubigernation und abgesehen von einer kurzen Nachkriegsrezession in den Jahren 1920/21 setzte dort ab 1922 ein bis 1929 einhaltender Boom ein. Unter dem Schlagwort des ›Back to normalcy‹ sollte die dirigistische US-Wirtschaftspolitik der Kriegsjahre wieder dereguliert werden. Entsprechend war es kein Wunder, dass »die zur Geschäftsleutepartei gewandelte Republikanische Partei« (Adams 2000, 47) die Wahlen von 1920 deutlich gewannen und Präsident Calvin Coolidge (1923–1929) »zum Inbegriff konservativer laisser-faire Politik zugunsten eines freien Unternehmertums, dessen natürliches Regulativ die freie Konkurrenz auf dem Marktplatz war« wurde (ebd., 48), was sich auch unter Coolidges Nachfolger Herbert C. Hoover (1929–1933) fortsetzte.

Es waren die drastischen Erfahrungen der Krise seit 1929, bei der zeitweise ein Viertel der US-Amerikani-

schen Bevölkerung arbeitslos war, über 6000 Banken zerbrachen und über 85000 Firmen, deren Aktien wertlos geworden waren, Konkurs anmeldeten (vgl. ebd., 55), die schließlich den Demokraten Franklin D. Roosevelt an die Macht brachten, der mit dem ›New Deal‹ »unter beispielloser Ausdehnung der Kompetenzen der Bundesregierung« (ebd., 62) versuchte, der Krise entgegenzuwirken. Darüber hinaus wurden 1944 im Arrangement von Bretton Woods unter der Federführung von Harry Dexter White und John Maynard Keynes Institutionen mit dem Ziel ins Leben gerufen, die internationalen Kapitalbewegungen der politischen Kontrolle zu unterwerfen (vgl. Helleiner 1993, 22f.; Bieling 2007, 83 ff.). Keynes und White waren sich im Kern darin einig, dass es im Gegensatz zur liberalen Ordnung vor dem Krieg »internationalen Kapitalbewegungen nicht mehr erlaubt werden konnte, die politische Autonomie des neuen interventionistischen Wohlfahrtsstaates zu stören. Ihr Hauptanliegen war es die neuen, in den 1930er Jahren entwickelten makroökonomischen Planungsmaßnahmen abzusichern.« (Helleiner 1996, 33; Übers. J.K.)

Und genau hiergegen richtete sich die spätestens seit Mitte der siebziger Jahre einsetzende neoliberale Offensive. Unter der Führung von Ronald Reagan und Margaret Thatcher und den hinter ihnen stehenden Fraktionen der Geld-Vermögenden wurde im Zuge der Krise der siebziger Jahre die Liberalisierung der Finanzmärkte erneut als Wundermittel gepriesen und entsprechende Schritte in die Tat umgesetzt, wodurch die Dynamik der miteinander um die besten Anlagemöglichkeiten konkurrierenden »Nationalen Wettbewerbsstaaten« eingeleitet wurde (vgl. Kannankulam 2008, 107 ff.).

Trevor Evans (2008) beschreibt anschaulich, wie die aktuelle Krise im Zuge der Liberalisierungspolitik seit Reagan auch durch die Reaktion der Federal Reserve Bank (FED) in den USA verursacht wurde. Angesichts drohender Finanzknappheit senkte die FED schon Ende der neunziger Jahre ihren Leitzins, um einer Krise des Kreditsektors entgegenzuwirken. Diese Politik des billigen Geldes (und Dollars) beförderte einerseits den US-Exportsektor, andererseits aber auch kreditfinanzierte Investitionen und Spekulationsblasen im IT-Sektor, die im Jahr 2000 dann platzten. Als Reaktion hierauf senkte die FED erneut den Leitzins von 6,5 Prozent im Januar 2001 auf ein Prozent im Jahr 2003. Mit dieser massiven Kreditexpansion einher ging einerseits ein Boom in denjenigen Märkten, die diese Kredite bündelten und handelten. Gehandelt wurden dabei jedoch nicht allein tatsächliche Kredite, sondern auch Erwartungen auf Kredite, Gewinne, die durch zeitliche Verschiebungen auftreten können oder Spekulationen auf Wechselkursschwankungen. Andererseits eröffnete diese Verschiebung und Bündelung von Krediten den Kreditnehmer_innen die Möglichkeit, schon vorhandene Kredite durch weitere Kredite »gegenzufinanzieren« – natürlich zu ungleich höheren Zinssätzen. Vor dem Hintergrund dieser Möglichkeit ist auch der Boom im US-Immobiliensektor zu bewerten, denn angesichts des billigen Geldes und der Suche nach hohen Gewinnen wurden den unteren Klassen in den USA immens risikohafte, aber auch hochverzinste Immobiliendarlehen massenhaft angeboten, die dann wiederum gebündelt und dadurch von ihrem Risiko »weißgewaschen« wurden. So ein Spiel geht so lange gut, wie die Erwartungen auf die Immobilienpreisentwicklung weiterhin hoch sind, die Schuldner_innen halbwegs sicher zahlen und vor allem keiner merkt, auf welch wundersame Weise hoch risikohafte Papiere zu »soliden« und enorm gewinnträchtigen Papieren umgewandelt wurden. Fliegt dies alles auf, passiert das, was wir seit einigen Monaten erleben: Banken gehen pleite und Kredite platzen, der Immobiliensektor bricht ein und diejenigen Banken, die zumindest vorläufig mit einem blauen Auge davon gekommen sind, halten wie Dagobert Duck ihr Geld mit Zähnen und Klauen fest.

Ein zentraler Unterschied zu der Krise 1929 ist jedoch, dass derzeit keinerlei ernstzunehmende wirtschaftspolitische Alternative sowohl kapitalismusimmanent, aber auch darüber hinaus in Sicht zu sein scheint. Ein Grund dafür ist wahrscheinlich, dass im Gegensatz zu 1929 der (realexistierende) Sozialismus, aber auch der Faschismus nicht als realexistierende Bedrohung im Hintergrund lauert und die herrschende Politik sich entsprechend auch nicht in größeren Rechtfertigungszwängen befindet. Der New Deal in den USA wie auch die einsetzende Konjunktur keynesianischer Wirtschaftspolitik als Reaktion auf die Krise von 1929 sind ohne das sozialistische Schreckgespenst, aber auch die vielfach vorhandene Faszination für den Faschismus (vgl. Vollmer 2006) wohl kaum zu erklären. Entsprechend verwundert es auch nicht, wenn Angela Merkel das Ansinnen Nicolas Sarkozys nach einer europäischen Wirtschaftsregierung ablehnt und die sich als Alternative darstellende LINKE durch Gregor Gysi in den Nachrichten (13.10.08) verkündet, dass man dem über 400 Milliarden Euro schweren »Bankenrettungsplan« der Bundesregierung zustimmen werde, da bei ausgehender Liquidität ja Gefahr bestehe, dass die Krise auf die Realwirtschaft übergeht. Dass LINKE und GRÜNE schließlich dann doch nicht zustimmten, erfolgte nicht aufgrund der grundsätzlichen Ablehnung einer solchen politischen Maßnahme, sondern mit der Begründung, dass sie an den Verordnungen, mit denen die Regierung das Gesetz spezifiziert, nicht beteiligt werden. Angesichts einer solchen Oppositionspolitik stellt sich die Frage, wie ernst es die LINKE und ihr Haus- und Hofpopulist Lafontaine mit ihrer Kapitalismuskritik meinen. Deutlich wird hier erneut die Verklärung des ›guten‹ (deutsch)nationalen fordistischen Kapitalismus und die Verteufelung des bösen neoliberalen US-Finanzkapitalismus. Ausgeblendet wird dabei jedoch die deutsche und europäische Beteiligung an der Liberalisierung der Finanzmärkte seit den achtziger Jahren, woran nicht zuletzt der ›Erfolg‹ des Neoliberalismus auch in der BRD hing. Ausgeblendet wird auch, dass ein Zurück zu nationalprotektionistischer Wirtschaftspolitik in Zeiten der globalen Verflechtung der Weltwirtschaft nicht (mehr) möglich ist. So wünschenswert aus keynesianischer Perspektive eine Rückkehr zu einem Regime fixer Wechselkurse auch sein mag, so illusorisch ist sie aktuell. Anstatt also das Kind beim Namen zu nennen und zu sagen, dass das, was uns derzeit entgegenschlägt, nicht bloße Entgleisungen eines ansonsten schon ganz netten Wirt-

schaftsystems sind – oder wie der ehemalige Deutsche Bank-Chef Hilmar Kopper gar den rhetorischen Spieß umzudrehen und die Gier der Leute nach immer höheren Renditen für die halsbrecherischen Spekulationen verantwortlich zu machen –, wäre es für eine wirkliche Opposition an der Zeit den Kapitalismus als das zu benennen was er ist: Eine Produktionsweise, die ganz sicher nicht das Wohl der Menschheit zu ihrem Zweck hat. Nicht von ungefähr schrieb Marx angesichts des von ihm im achten Kapitel des »Kapital« so eindrücklich beschriebenen Elends der Arbeiterklasse: »Das Kapital, das so ›gute Gründe‹ hat, die Leiden der es umgebenden Arbeitergeneration zu leugnen, wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne. In jeder Aktienschwindelei weiß jeder, daß das Unwetter einmal einschlagen muß, aber jeder hofft, daß es das Haupt seines Nächsten trifft, nachdem er selbst den Goldregen aufgefangen und in Sicherheit gebracht hat. Après moi le déluge! [Nach mir die Sintflut!] ist der Wahlruf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalistennation. Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird. Der Klage über physische und geistige Verkümmrung, vorzeitigen Tod, Tortur der Überarbeit, antwortet es: Sollte diese Qual uns quälen, da sie unsre Lust (den Profit) vermehrt? Im großen und ganzen hängt dies aber auch nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten ab. Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend« (MEW 23, 285–86).

Angesichts der mangelnden parlamentarischen Opposition und des Tiefschlafs der üblichen Verdächtigen wie ATTAC ist es umso dringender, dass eine radikale Kritik sich organisiert und zusammen mit Arbeitloseninitiativen, Hartz IV-Betroffenen und anderen den offenkundigen Skandal politisiert, der darin liegt, dass diejenigen die vor Zeiten die politischen Weichen für die horrende Vernichtung von Kapital gestellt haben, nun ohne weiteres Milliarden von Euro zur ›Rettung‹ ihrer Misere ausgeben können. Gleichzeitig sollen bspw. Hartz IV-Empfänger, die sich laut Berlins Finanzsenator Sarrazin von 3,76 Euro am Tag »völlig gesund, wertstoffreich und vollständig« ernähren können, weiter daran glauben, dass wenn sie sich rasieren und sich einen »ordentlichen« Haarschnitt verpassen lassen (Kurt Beck), sie schon aus ihrer Situation herauskommen. Und wer daran zweifelt, dem versucht ›Überwachen und Strafen-TV‹ in Formaten à la »Achtung Kontrolle! Einsatz für die Ordnungshüter« oder »Raus aus den Schulden« schon die rechte Gesinnung einzubläuen. Und für diejenigen, die sich selbst davon nicht überzeugen lassen, gibt es immer noch die große Exit-Perspektive à la »Goodbye Deutschland!« – und das am besten nach Nordkorea wie Holger Appel in der *FAZ* (07.10.08) forderte. Aber vielleicht ist das ja nicht die einzige Möglichkeit um auf die Frage: »CRISIS? WHAT CRISIS?« zu reagieren.

John Kannankulam

Für wertvolle Diskussionen, Anregungen und Kritiken bei der Erstellung dieses Artikels möchte ich Dietmar Flucke und Alek Ommert danken.

//_noten

#1 Unter dieser Überschrift (genauer: CRISIS? WHAT CRISIS? Rail, lorry, jobs chaos – and Jim blames press) polemisierte die britische *Sun* gegen den britischen Premierministers James Callaghan, der im Winter 1978/79 nach der Rückkehr von einem G7-Gipfel in Guadeloupe von der britischen Presse zu den eskalierenden innerbritischen Auseinandersetzungen befragt wurde und wie folgt antwortete: »Well, that's a judgment that you are making. I promise you that if you look at it from outside, and perhaps you're taking rather a parochial view at the moment, I don't think that other people in the world would share the view that there is mounting chaos.« Der britische ›Winter of Discontent‹ war ein Meisterstück der Offensive der rechten Boulevardpresse und trug wesentlich zum Machtgewinn Margaret Thatchers bei. Jener Winter wurde mit Bildern von Abfallbergen auf den Straßen und geschlossenen Schulen, da sie nicht gereinigt wurden, inszeniert. Bilder von mangels Bettwäsche in Alufolie eingewickelten Patient_innen in Krankenhäusern oder sich türmenden Särgen, da die Totengräber_innen von Liverpool ihre Arbeit verweigerten, prägten diese Inszenierungen.

//_texte

Adams, Willi Paul (2000): Die USA im 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg.

Bieling, Hans-Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden: VS.

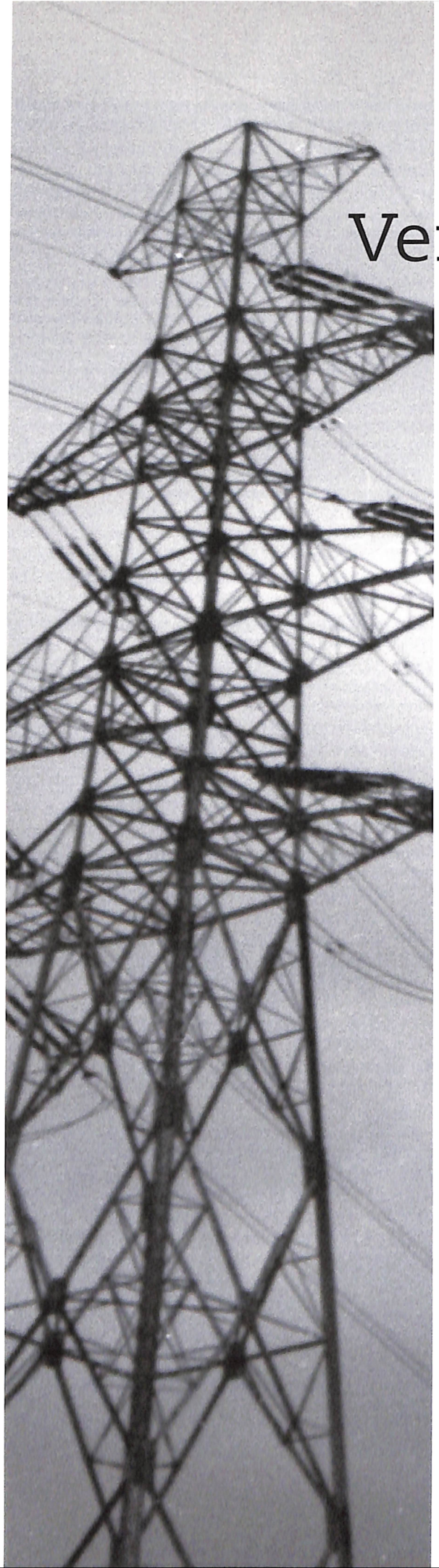
Evans, Trevor (2008): Marxists on the capitalist crisis 5: Trevor Evans. Auf: Solidarity 3/134, 26th June 2008, www.workersliberty.org/taxonomy/term/719 [11.08]

Helleiner, Eric (1996): States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s. Ithaca, London: Cornell.

Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Hamburg: VSA.

Marx, Karl (MEW 23): Das Kapital, Band 1. Berlin: Dietz.

Vollmer, Florian (2006): Faschismusrezeption amerikanischer Eliten der 1920er und 1930er Jahre. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W. Goethe-Universität, Frankfurt am Main.



Stell die Verbindung her

Für den Themenschwerpunkt Krise haben wir die Hamburger Band »Die Sterne« als Expert_innenrunde für eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Aspekte der Krise angefragt. Seit der ersten Single »Fickt das System« (1992) singen die Sterne über Krisen in der Alltagswahrnehmung und in Freund_innenschaftskontexten, über Prekarisierung, Beziehungs- oder Finanzkrisen und verbinden dabei auf mittlerweile neun Alben charmant individuelles Erleben von Krisensituationen und Systemkritik.

In dem Interview unterhalten sich reini und malaika vom diskus *mit Frank Spilker, Gitarrist und Sänger bei »Die Sterne«, über den Begriff der Krise, aktuelle Entwicklungen der Finanzkrise und die Auswirkungen der Hartz IV-Gesetzgebungen auf den Bereich der künstlerischen Produktion.*

Frank Spilker // Wenn ich arbeite, habe ich keinen Leitbegriff wie Krise im Kopf. Wenn man mit so einem Begriff daran geht, stellt man plötzlich fest, das sind ja alles Krisensituationen. Ich frage mich aber auch, worüber man sonst schreiben soll. Es geht ja immer darum, dass man einen Konflikt, eine unaufgelöste Situation hat.

»Riskiobiographie« oder »Universal Tellerwäscher« sind im Grunde auch Songs über –, nicht das Prekariat, das hieß damals noch nicht so –, sondern das Praktikant_innenwesen, etwa in der Unterhaltungsbranche. Da war es damals bereits üblich, dass die Leute umsonst gearbeitet haben und gerne da arbeiten wollten.

diskus // Uns ist aufgefallen, dass gerade in den ersten Alben, also etwa bei »Universal Tellerwäscher« oder »Risikobiographie« Krise meistens noch auf einer Ebene des individuell Erlebten und der Frage: »Wie verorte ich mich darin?« funktioniert.

Frank Spilker // Für die frühen Alben kann ich sagen, ein großer Einfluss war New School Hip Hop. Es gab deutschsprachigen Hip Hop nur rudimentär. Wir haben uns damals überlegt: Wir wollten nicht Hip Hop machen, aber wir wollten auch so ähnliche Themen aufgreifen. Diese Edutainment-Idee. Ich versuche

> Verirrt im eigenen Treppenhaus, in der ersten Morgenbrise. Ich hab nichts gegen eine Nachricht. Bloß nicht schon wieder diese. Was soll das heißen hier, ich krieg nichts mehr? Ich bin bankrott – Na und? Und ihr? Keine Lust mich überhaupt darum zu kümmern. Diese Scheiße mit dem Geld und ihr Verlauf, reibt dich nur auf.

nicht, den Leuten ein Startum vorzugaukeln, sondern inszeniere mich als Teil der gesellschaftlichen Beziehungen – nicht Paarbeziehungen, sondern in der Gruppe oder in der Arbeitsumgebung, in dem tatsächlich Erlebten. Heute würde man Prekariat sagen, damals eher Subkultur-Boheme. Das bringe ich auf die Bühne, das versuche ich zu vermitteln. Gerade auf den ersten beiden Platten sind das Themenschwerpunkte, die man auch raus hört. Deswegen auch »Universal Tellerwäscher«.

diskus // Ihr werdet auf Euren Alben zunehmend politisch konkreter, gerade bei »Das Weltall ist zu weit«. Wenn man dort in die Texte geht, wird schon deutlich, dass das Album auch gesellschaftliche Verhältnisse und die Lebenssituationen von Leuten beschreibt. Ihr habt das Album bei eurem Auftritt auf dem Soziologiekongress in Jena auch selbst als Kampflieder-Album bezeichnet.

Frank Spilker // Das war fast schon eine Inszenierung. Ich denke nicht, dass wir politischer geworden sind, sondern dass wir das politische Lied, wie man es kennt, inszeniert haben, um klar zu machen, dass das auch geht. Dass das nicht außerhalb unserer Möglichkeiten liegt, außerhalb unseres Kosmos. Die Entscheidung nicht so parolenhaft zu sein, war immer eine ästhetische oder eine strategische. Anfang der 90er konnte man niemandem damit kommen, weil die Parolenhaftigkeit völlig zementiert war, mit Vorurteilen behaftet, entweder eine Alt-68-Ecke oder eine Alt-Punk-Ecke, mit dieser Art von Sprache ist man nicht fresh oder wirkungsvoll. Selbst 2004 oder 2005 war es noch schwierig. Viele Leute reagieren mit einer Abwehrhaltung auf solch eine Deutlichkeit.

diskus // Uns hat das damals sehr gefreut. Ihr habt das Album ja in einer Zeit rausgebracht, in der Hartz-IV eingeführt wurde und damit eine tiefgreifende Veränderung der Sozialsysteme einher ging. Da fanden wir es eigentlich ganz nett, musikalisch mal wieder konkreter zu werden. Nicht nur das Individuelle zu beschreiben, sondern auch Systemfragen zu stellen, wenn man diese Entwicklung unterbrechen will.

Frank Spilker // Diese inhaltliche Aussage haben wir ganz am Anfang schon gemacht: »Fickt das System«, aber man muss einfach weiterdenken. Es ist auf jeden Fall künstlerisch interessanter, das System zu hinterfragen als sozialdemokratisch zu fragen, wo man das System ein bisschen erträglicher machen könnte oder wie das richtige Leben im falschen funktioniert. Es ist künstlerisch immer interessanter zu fragen: »Wo ist der Fehler im System?«, auch wenn man mit der eigenen Einschätzung daneben liegt.

Uns ist auch noch einmal aufgefallen, dass viele Songs von »Räuber und Gedärm« sich unglaublich gut auf die aktuelle Finanzkrise münzen lassen. Das hat auch damit zu tun, dass es vorher diesen Finanzhype gab und die völlig überbetonte Wichtigkeit des Finanzwesens. Ich glaube, dass man das in den Jahren vor dieser Krise gespürt hat: Es soll jetzt alles durchkapitalisiert werden, man soll möglichst viel Geld mobil machen für Kapitalanlagen. Es soll möglichst nichts mehr auf dem Sparbuch sein, alles in Aktien. Das kam mir schon ziemlich lange komisch vor. Es gibt diesen Song »Es gibt nichts spannenderes« als Gegenreaktion auf dieses Beballertwerden: »Jetzt leg doch mal dein nicht vorhandenes Geld an«.

diskus // Wie denkst Du die Krisenstimmung, die ja im Bereich der Finanzkrise sehr aufgedreht ist, mit anderen gesellschaftlichen Bereichen, beispielweise mit Momenten der Prekarisierung zusammen? Glaubst Du, dass sich dort nochmal eine Verschiebung oder Verschärfung der Situation beobachten lässt?

Frank Spilker // Ich denk gerade darüber nach. Direkt nach unserem Konzert auf dem Soziologiekongress kam jemand im Hotel auf mich zu und meinte, dieses ganze Gerede von Prekariat sei lediglich die Ängste von jungen Akademiker_innen, die den Schritt vom Studium in den Beruf schaffen wollten und man da nicht wirklich von Krise sprechen könne. Und ich kann das ein bisschen nachvollziehen. Ich denke, dass viele Leute, die von Krise reden, Krise auf einem Ni-

> Jedenfalls, wenn mal einmal unten ist, kommt man nicht so leicht wieder hoch. Das muß man erst mal begreifen – aber spüren tut es jeder Idiot!

veau meinen, wo es wirklich nicht um die Existenz geht, sondern vielleicht um ein bisschen schlechtere Aufstiegschancen. Wenn z. B. Apotheker_innen sich beklagen oder Ärzt_innen, wird das öffentlich sehr breit getreten, aber da kann man eigentlich nicht von Krise reden. Was wirklich ein Einschnitt ist, mal abgesehen von der Weltwirtschaft, ist diese ganze Agenda

2010 oder Hartz IV-Geschichte in Deutschland. Denn das hat wirklich das Leben von Massen verändert und zum Schlechten verändert. Und wie sich das langfristig auswirkt, wird man sehen. Ich denke, dass ist alles noch gar nicht abzusehen. Ich glaube, dass da bei vielen Leuten noch Reserven sind, die irgendwann auch komplett weg sein werden, wodurch es noch mal härter wird.

> „Gewalt ist keine Lösung und reicht auch nicht als Strategie. Wir rufen ausdrücklich nicht dazu auf doch die, die Druck ausüben um uns in die Knie zu zwingen, die sind gewalttätig während wir nur singen:
> Hier kommt die Kaltfront – ein Meer der Frische.
> Nur ohne Fische – alles unberührt. Hier kommt die Kaltfront und zwar die Größte, die es je gab und die Alles zerstört.

diskus // Es sind auch Entwicklungen, deren Beschreibung ich in Euren letzten beiden Alben mitlesen kann. Aber das finde ich gerade gut, weil ich schon das Gefühl habe, das da noch mal eine qualitative Veränderung eingetreten ist, da es eben auch eine viel breitere Masse trifft weil Sozialversicherungssyteme einfach komplett wegfallen oder bestimmte Möglichkeiten, über die man sich vorher auch temporär finanziell absichern konnte, nicht mehr so einfach nutzbar sind.

Frank Spilker // Also ich sehe das in meinem Umfeld. Ich wusste ja teilweise gar nicht, was es alles für versteckte Subventionen und Hilfen früher gab, weil ich als Musiker davon nicht betroffen war. Zum Beispiel konnten sich Leute, die beim Film gearbeitet haben, ähnlich wie Schriftsteller_innen und andere Künstler_innen, nach einem Job – auch wenn sie in dem nur zwei Monate gearbeitet haben, arbeitslos melden. Nicht Hartz IV und nicht Sozialhilfe, sondern eben Arbeitslosengeld. Dann auch ein ganzes Jahr oder so und dann haben sie wieder zwei Monate gearbeitet. Das sind ja paradiesische Zustände. Wenn ich mir das überlege, dass ich das könnte, das wäre ja toll. Denn bei einer Rockband ist es ja auch immer so, man ist dann auf Tour, verdient ganz viel Geld. Und wenn man sich dann danach arbeitslos melden kann, auf dem Niveau, das wäre eine tolle Sache. Ist natürlich bei uns nie so, war auch bei Musiker_innen nie so. Aber die Veränderung ist eben die, dass das alles nicht mehr geht, das heißt, du musst mit den zwei Monaten Job, die du hast, das ganze Jahr überleben. Das ist natürlich ein ganz großer Einschnitt und das ist mehr als ein nicht an die Inflation angepasster Lohnausgleich, sondern ein ganz harter Einschnitt, gerade in diesem Bereich der Kulturproduzent_innen. Vor vier Jahren, vor Hartz IV, konnte man eben noch Schriftsteller sein, jetzt kann man es nicht mehr, jetzt ist man einfach Hartz IV-Empfänger_innen. Deshalb ist dieser Bereich vielleicht auch interessant, der Bereich der künstlerischen Produktion. Also da hinzugucken, was passiert da. Weil da viel härtere Einschnitte sind als anderswo.

> „Jetzt leg doch mal Dein nicht vorhandenes Geld an

diskus // Aber das führt doch wahrscheinlich zu erhöhter Konkurrenz, beispielsweise bei der Finanzierung von Projekten. Merkt man das?

Frank Spilker // Auf jeden Fall. Ich war gerade bei einer Diskussion auf einem Künstler_innenkongress in Hamburg. Da wurden über alle Genres und Schranken hinweg Leute zusammengesetzt, um herauszufinden, was sie auf dem Herzen haben. In den Gesprächen konnte ich heraushören, wie hart dieser Konkurrenzkampf um die Gelder, die noch da sind – Kulturgelder, staatliche Gelder – ist. So dass es dort wirklich existenzielle Bedürfnisse gibt, an diese Budgets ranzukommen. Das existiert in der Rockmusik so nicht. Da gibt es diese Gelder nicht oder nur sehr wenig und insofern muss man sich dann auch nicht gegenseitig darum streiten. Es gibt sicherlich auch Konkurrenz, aber die spielt eher auf einer abstrakten Ebene, einer inhaltlichen oder Diskursebene. In der Popmusik geht es immer sehr stark darum, wer den Diskurs dominiert, was auch modeabhängig ist, aber das ist noch mal was anderes als dieses Konkrete: Wer bekommt jetzt wie viel von diesen Budget, das für Kunst da ist, im Haushalt 2007?

diskus // Wobei ich mir vorstellen kann, dass das – vermittelt über Konzerte – auch spürbar ist, weil die Institutionen, die vorher gefördert haben und Konzerte veranstalten konnten, weniger machen können.

Frank Spilker // Ja, okay. Was gefördert wird, sind ja Jugendzentren und in Hamburg ein bisschen die Clubszene. Das ist aber auch nicht wirklich so, dass du als Musiker_in davon betroffen bist. Sondern dann eher die Clubs selber, die irgendwelche Prämien kriegen für ihre Programmgestaltung. Ich finde, das funktioniert eigentlich alles ganz gut, da habe ich auch nicht das Gefühl, dass es zusammenbrechen würde. Es ist eher so: Je weniger gefördert wird, desto weniger Bands gibt es, die sich dieses Rockband-Leben über-

> Der Handel blüht auch wie bescheuert, überall Verträge. Wenn's nicht mehr liefe, wüßte einer, woran das dann läge.

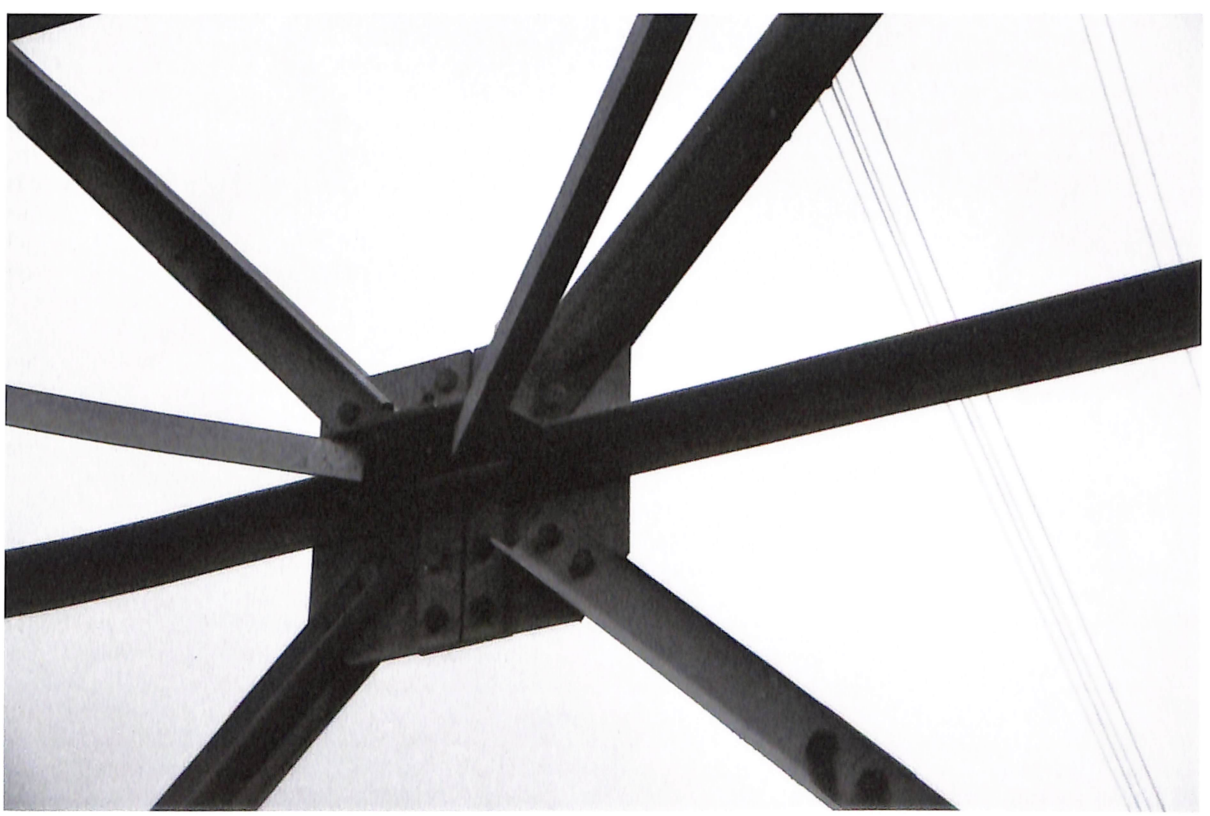
haupt erlauben können. Es wird also immer mehr eingeengt auf die erfolgreichen Acts. Aber das sind dann auch die, die wirtschaftlich funktionieren und Clubs, die groß genug sind, solche Acts zu buchen, machen dann auch dementsprechend Gewinn.

diskus // Woran arbeitet ihr jetzt?

Frank Spilker // Wir haben ein paar neue Stücke und testen die auch auf den Konzerten live aus. Momentan geht es so in eine Raverichtung, frühe 90er-Hacienda, aber mit anderen Mitteln. Wir sind ja auch eine Rockband und zehn Jahre später hört sich das einfach anders an. Ein bisschen der Geist von Krautrock und elektronischer Musik. Es ist so eine Dance-Logik. Das heißt nicht, dass jetzt elektronische Instrumente einen größere Rolle spielen als vorher. Mann kann es mehr tanzen, aber tanzen war ja auch immer schon wichtig. Es gibt bestimmte Songlogiken und Signale. Gestern auf der Bühne ist mir das wieder aufgefallen. Wenn man ganz lange nichts macht, nur Rhythmus, dann fällt irgendwann bei den Leuten der Schalter: Ah dance, tanzen. Das Tempo der Ereignisse spielt eine wichtige Rolle. Bei einem Song wären die Leute schon längst genervt, weil ein Song eine viel größere Aufmerksamkeit fordert. Wenn eine Band sich vor dem Publikum aufbaut, fordert sie eine ganz andere Aufmerksamkeit von dem Publikum als ein DJ. Es gibt wesentlichere Unterscheidungspunkte zwischen Dancemusik und songorientierter Musik als die Instrumente. Auf jeden Fall macht es mir und der Band gerade sehr großen Spaß, damit zu experimentieren.

Mehr und aktuelles zu »Die Sterne« auf ihrer Homepage http://www.diesterne.de/

> Es steigt. Es steigt. Es steigt.
> Es steigt. Es steigt. Es steigt.
> Es steigt. Es steigt. Es steigt.
> Es steigt. Es steigt. Es steigt.
>
> Es hält. Es hält. Es hält.
> Es hält. Es hält. Es hält.
> Es hält. Es hält. Es hält.
> Es hält. Es hält. Es hält.
>
> Ach nein, doch nicht.



krise_kleine anfrage

diskus fragt an:

Mitten in der gegenwärtigen Finanzkrise interessiert sich – diesmal ganz untypisch am Puls der Zeit – auch *diskus* für: KRISEN. Und zwar für große, bedrohende und für kleine, charmante Krisen, für weltbewegende, politische, wie auch für intime oder »private« – für alle Krisen also, von denen die Finanzkrise ja nur die gegenwärtige Lieblingskrise der Tageszeitungen ist.

Um dabei zu bleiben: Nicht uninteressant wären hier Antworten auf die Fragen, wo *in dieser Situation* überhaupt noch sicher Geld anzulegen resp. mit Geld umzugehen ist? Und was zeichnet »diese Situation« eigentlich aus? Welches sind denn die Zutaten, aus denen Krisen gemixt werden? Hast du eigentlich ein Instrument zum Vergleich der Wichtigkeit von Krisen? Welche war/ist eigentlich die überbewerteteste, welche die unterbewerteste Krise? Und was ist der Unterschied zwischen einer Krise und einer Katastrophe? Hast du eine eigene Krisen-Theorie?

Welches war/ist eigentlich deine Lieblingskrise? Was magst du an Krisen? Und warum has(s)t du sie? Vor welcher Krise hast du am meisten Angst? Und warum ist dir die ökologische Krise (nicht) egal? *diskus* ist außerdem sehr interessiert daran, warum dir eine Beziehungskrise (nicht) wichtiger ist als eine Krise auf der Arbeit? Und wie du geschickt persönliche Krisen da einsetzst, wo die Ohnmacht der allgemeinen, »objektiven« Krise dir den Hals zuschnürt. Neugierig ist *diskus* darauf, was du schon alles durch eine selbst hergestellte Krise erreicht hast?

Andererseits ist angesichts der Frage nach deiner Dauer-Krise, die wir nicht auslassen wollen, zu fragen, was bei dir am besten gegen Krisen hilft?

Was versprichst du dir von der Großen Krise? Was kommt nach der letzten Krise ... und wann kommt sie?

Die diskus-redaktion

Meine kleine, persönliche Krise des Kapitalismus

Die ersten Nachrichten von der aktuellen Finanzkrise gingen noch an mir vorbei. Ich hab das gar nicht ernst genommen, und dachte, dass da in ein paar Wochen niemand mehr drüber redet, wie über den Börsencrash in Japan oder das Platzen der dot.com-Blase. Dann kamen diese krassen Fernsehberichte über die riesigen Summen, die die Regierung den Banken zur Verfügung stellt, ob nun als reales oder fiktives Geld. Irgendwie echt drastisch, hab ich so gedacht. Und dann wieder, mit meinen rudimentären Marx-Kenntnissen, na klar, der Kapitalismus ist eben krisenhaft, passiert halt manchmal. Dann kamen die ganzen Tagespresse-Artikel, die das Schreckgespenst des Sozialismus an die Wand malen und fast gebetsmühlenartig sagten, dass man doch jetzt bitte nicht den Glauben an den Markt verlieren solle. Der werde schon wieder.

Und was, dachte ich mir so, sollen wir jetzt bitteschön tun? Ist das nicht ein historisch einmaliger Moment, in der Anne Will-Show die Abschaffung des Kapitalismus zu fordern? Das müsste doch unmittelbar einleuchten, und: Was sollten sie denn dagegensetzen? Die Enttäuschung und Wut der so genannten kleinen Frau müsste doch außerordentlich sein, wenn sie von Hartz IV lebt und sieht, wie plötzlich Milliarden locker gemacht werden, die angeblich nicht da waren, als es um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ging. Ich meine, das ist ja auch ein Skandal, darauf hinzuweisen klingt aber ganz schön populistisch. Obwohl, so ein Rettungspaket für ein besseres Leben, warum nicht?

Aber es blieb doch insgesamt sehr ruhig in der Radikalen Linken. Die Tür zur Abschaffung des Kapitalismus hatte sich meiner Ansicht nach aufgetan, und Keine_R nimmt die Klinke in die Hand. Schockstarre, Ratlosigkeit, das Gefühl von Ohnmacht, aber auch reale (Existenz-)Ängste. Denn was passiert, wenn am Geldautomat plötzlich nichts mehr rauskommt? Wenn das mühsam Ersparte, das doch noch fürs nächste halbe Jahr reichen soll beziehungsweise muss, nichts mehr Wert ist, oder vielmehr einfach nicht mehr da? Wenn im Supermarkt die Plünderungen beginnen? Die Wohnungen sind irgendwann kalt, die Regale leer. Was dann? Den deutschen Mob wünscht man sich nicht auf den Straßen. Für die Vorstellung, wer da gelyncht wird, muss man nur einen Blick in die Neuziger Jahre werfen, als Asylbewerber_innenheime brannten.

Und, vielleicht die wichtigste Frage, was sollen wir dem entgegensetzen, dieser Angst? Welche konkrete Utopie, welche Wege zur Veränderung der Gesellschaft anbieten? Wie mein Mitbewohner immer sagt, wir kommen aus der bleiernen Zeit des Neoliberalismus, in denen Utopien erdrückt wurden von der Last immer sich engerziehenden Reglementierungen, Verschlechterungen, sich verschärfender sozialer Ungleichheiten. Wie die Leute bei ihren Ängsten abholen und trotzdem eine radikale Kritik an den bestehen Verhältnissen formulieren? Da stehen sie da, die Linksradikalen, die Kommunist_innen, die Anarchist_innen, und wissen nichts zu antworten auf die Frage: Was wollt ihr denn?

Und dann, in den Küchentisch-Krisen-Fraktionen, in spontanen Ad-hoc-Krisen-Diskussionen, den Tür-aus-den-Angeln-Gesprächen: Wir müssen Räte bilden! Wir müssen fordern, dass die Leute die Milliarden selbst verteilen, dass sie zusammenkommen und gemeinsam überlegen, wie man den Kapitalismus abschafft. Und wir müssen aufklären, und Flugblätter schreiben und Transparente malen und in die Anne Will-Show. Und wir müssen. Wie auf kitschigen sozialistischen Bildern erschien in weiter Ferne der Sonnenaufgang einer bessern Gesellschaft; vor uns lag der mühsame, harte Kampf einer Berufsrevolutionär_in.

Stattdessen sinken die Gas- und Ölpreise. Es kann wieder billiger getankt werden, die Heizkosten werden voraussichtlich sinken. Hier und da hört man von Freund_innen, dass sie jetzt vielleicht Aktien kaufen wollen, denn da wäre doch was zu holen. Oder besser noch, das Ersparte in Gold anlegen. Sicher ist sicher. Der Alltag ist da, und es ändert sich mal wieder trotz allem: Nichts. Zumindest nichts Grundlegendes.

»Normal« – eine Sprechblase?

Normalismustheoretische Überlegungen zur kapitalistischen Krise

Im hegemonialen mediopolitischen Diskurs ist angesichts der größten kapitalistischen Krise seit langer Zeit (die zudem gänzlich immanent produziert wurde, weil der Kapitalismus bis auf weiteres auf der gesamten Welt alternativlos implementiert ist und es keine größeren Klassenkämpfe gab) häufig auch vom Verlust der »Normalität« die Rede. In »normalen Zeiten«, hören wir, vertrauen sich die Banken gegenseitig und vertrauen die Menschen den Banken – aber dies seien eben keine normalen Zeiten (mehr). Das hört sich wie eine nichtssagende Sprechblase an – so als ob ich zu meiner Freundin sagen würde: »He! Hallo? ich find Dein Verhalten echt nicht mehr normal!« Abweichend von einer solchen achselzuckenden Normalitätsauffassung bin ich in der Studie »Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird«[1] zu der Auffassung gelangt, dass selbst eine so sprechblasenverdächtige Aussage wie: »Wir leben nicht mehr in normalen Zeiten« sich auf reale gesellschaftliche Strukturen beziehen lässt, die mehr oder weniger exakt beschrieben und analysiert werden können, und dass diese Strukturen ein für moderne Gesellschaften mit-konstitutives Netz von Dispositiven bilden, das ich das des »Normalismus« zu nennen vorgeschlagen habe.

Woran sehen (oder eher: fühlen) wir momentan im Oktober 2008, dass die Zeiten nicht mehr normal sind? Vor allem an abwärts zeigenden (symbolisch: »abstürzenden«, »crashenden«) Kurven des DOW und des DAX auf unseren Bildschirmen. Diese Kurven sind Teil der »normalistischen Kurvenlandschaft«, wie es in meiner Studie heißt – und sie werden uns zusammen mit Fotos von Banktürmen unter drohend dunklen Wolken und lauter schief fotografierten Banktürmen serviert. Dazu sehen wir ernst dreinblickende Banker und Politiker, deren »message« auf »Schluss mit lustig« hinausläuft. Das entsprechende *Spiegel*-Cover zeigt ein eingedeutschtes schwarz-rot-goldenes Sofakissen ohne Sofa und ohne sonstiges Zubehör mit dem Titel: »Das Ende der Gemütlichkeit« (20. 10. 2008). In der *Zeit* (16. 10. 2008) übt sich derweil Bernd Ulrich in »Kulturdiagnose«, die sich so liest: »Rund um den Globus herrscht Angst. Aber leben wir in einem Zeitalter des Unglücks? Nein, das Normale erlebt eine Renaissance.« Im Einzelnen führt er aus: »Die Mensch-

heit ist also in ihrer exponentiellen Phase.« Darin sieht er aber eine Chance zur raschen und glatten Normalisierung: »Der gewöhnliche Mensch weiß nun, dass in den vergangenen Jahren nicht er verrückt gewesen ist. Das Normale erlebt eine Renaissance. [...] nein, es ist nicht spießig, ein Sparbuch zu haben; nein, unsere Kinder müssen nicht von Geburt an dressiert werden für den Weltmarkt.« Hätte Ulrich den »Versuch über den Normalismus gelesen«, könnte er nicht so locker von der Exponentialkurve zur Normalität zurück kommen. Tatsächlich gehört die (symbolische) Exponentialkurve (d.h. eine Wachstumskurve mit wachsendem Steigungswinkel) zu den wichtigsten Komponenten der »normalistischen Kurvenlandschaft«, die die Subjekte in Richtung Normalität orientieren soll – nur steht sie für krasse Denormalisierung (Verlust der Normalität). Vor einer genaueren Erörterung des Kontextes der aktuellen Krise also in aller Kürze (sehr gerafft und vereinfacht) ein Konzentrat des Konzepts Normalismus:

Kurzdefinitionen zum Normalismus

1. Unter »Normalismus« sei die Gesamtheit aller sowohl diskursiven wie praktisch-intervenierenden Verfahren, Dispositive, Instanzen und Institutionen verstanden, durch die in modernen Gesellschaften »Normalitäten« produziert und reproduziert werden. Konstitutiv sind dabei insbesondere die Dispositive der massenhaften Verdatung, d.h. die statistischen Dispositive im weitesten Sinne: auf der Ebene der Datenerfassung einschließlich der Befragungen, auf der Ebene der Auswertung einschließlich der mathematisch-statistischen Verteilungstheorien, auf der Ebene der praktischen Intervention einschließlich aller sozialen Um-Verteilungs-Dispositive. Dabei sind die produzierten und reproduzierten Normalitäten in der Synchronie im wesentlichen durch »gemittelte« Verteilungen gekennzeichnet (breiter mittlerer »normal range« mit dichter Besetzung und zwei tendenziell symmetrische, »anormale« Extremzonen mit dünner Besetzung), idealiter einer »symbolisch gaußoiden Verteilung« angenähert. In der Diachronie ist der Idealtyp das »normale Wachstum« in Gestalt der »endlos wachsenden Schlange« (einer kontinuierlichen Folge logistischer Kurven, also gelängter S-Kurven). Diese Dispositive regelmäßiger, systematischer und flächendeckender Verdatung stellen nach diesem Ansatz das historische Apriori des Normalismus dar, der demzufolge also erst seit dem 18. Jahrhundert entstanden wäre.

2. Normalismus und Kapitalismus. Der Normalismus als ein auf flächendeckende statistische Verdatung und normalisierende Um-Verteilung von Massen gestütztes Regime des Industrialismus und der »Moderne« ist theoretisch im Prinzip autonom gegenüber dem Kapitalismus. Er ist nicht eine bloße und notwendige »Ableitung« des Kapitalismus. Auch nicht-kapitalistische politökonomische Regime des Industrialismus bzw. der Moderne wären auf statistische Verdatung und Um-Verteilung angewiesen, wie es auch die Leninismen gezeigt haben. Historisch ist allerdings seit dem 18. Jahrhundert eine enge Kopplung zwischen Kapitalismus und Normalismus entstanden, die durch lange Koevolution und insbesondere durch Schübe von »Reformen« in mehreren schweren Krisen so eng geworden ist, dass ich im »Versuch über den Normalismus« prognostiziert habe: Kapitalismus ohne Normalismus ist auch in Zukunft nicht vorstellbar. Die kapitalistischen statistischen Kurven, symbolisch am sichtbarsten die Börsenkurven, bilden eine wesentliche Komponente der normalistischen »Kurvenlandschaft«.

3. Normalitätsgrenzen und Anormalität. In einer symbolisch gaußoiden Verteilung (also einer Massenverteilung mit starker Zentraltendenz und gegen Null sich verdünnenden Ausläufern der Kurve an den Extremen) nimmt der Grad an Normalität, der in der »Mitte« am größten ist, in Richtung der Extreme ab. Irgendwo endet die Normalität ganz: An dieser Grenze beginnt die Anormalität. Beispiel Soziales: supernormaler Reichtum bzw. subnormale Armut. Je nach historischer Phase und je nach Gesellschaft können die Normalitätsgrenzen ›enger‹ oder ›weiter‹ gelegt werden. Beispiel Sexualität: Entweder bloß monogame Heterosexualität ist normal und alles andere anormal, oder Inklusion/Integration möglichst vieler früherer »Anormalitäten« in das normale Spektrum.

4. Protonormalismus und flexibler Normalismus. Die normalistische Strategie mit engem Normalspektrum, breiten Bereichen der Anormalität und massiven Normalitätsgrenzen (Knast-, Anstalts- und KZ-Mauern) nenne ich Protonormalismus, die heute herrschende umgekehrte Strategie mit breitem Normalspektrum, maximaler Inklusion und porösen Normalitätsgrenzen des flexiblen Normalismus.

5. Denormalisierung/Normalisierung. Denormalisierung ist Verlust der Normalität – z.B. dadurch, dass eine symbolisch gaußoide Verteilung stark schief wird (»Schieflage«). Jede Denormalisierung schafft im Normalismus dringenden »Handlungsbedarf« nach Normalisierung.

6. Normalitätsklassen und Normalitätsklassen-Kämpfe. Das normalistische Regime mit seinen normalistischen Dispositiven hat sich seit dem 18. Jahrhundert in Schüben im Westen entwickelt. Mit der westlichen globalen Hegemonie hat es sich auf die ganze Welt ausgedehnt. Der Grad der normalistischen Penetration ist allerdings äußerst unterschiedlich. Grob gesehen, existieren fünf Normalitätsklassen: Erste und Zweite Welt sowie drei Klassen der Dritten Welt: obere Schwellenländer, mittlere Durchschnittsländer der 3. Welt, schließlich ganz unten die »least developed countries« mit ihren »failed states« und »black holes of governance«. Die UNO mit ihren Institutionen und Parallelinstitutionen (IMF, Weltbank) verdatet alle Länder, wobei sich statistisch grob gesehen die 5 Klassen ergeben (parallel dazu spielen auch die privaten Ratingagenturen eine enorme Rolle: Sie können ein Land durch Senkung der Bonität eine Klasse absteigen lassen). Dabei nimmt die statistische Transparenz, abgesehen von ihrer ständigen Prekarität im Kapitalismus, außerdem in den unteren Normalitätsklassen drastisch ab. Viele Länder der unteren Klassen beschäftigen ganze normalistische Bürokratien, deren einzige Aufgabe darin besteht, durch statistische Manipulationen internationale Hilfe zu erhal-

ten bzw. zu bewahren. Je weiter nach unten, um so mehr dominiert die statistisch opake informal economy über die angeblich »normale«. Tatsächlich besitzen die Länder der vierten und fünften Klasse kaum eine bzw. gar keine Normalität. Sie sind bereits vor der jetzigen Krise völlig denormalisiert.

Multidimensionalität des Normalismus

Normalismus als auf Verdatung gestütztes Regime um-verteilender Normalisierung ist eine Art großer »Formalismus«, der keine eigene Substanz besitzt. Die verschiedenen gesellschaftlichen Praktiken und Diskurse – also außer Ökonomie auch Soziales, Politik, Militär, Technik, Recht und Kultur usw. – lassen sich gleichermaßen einem normalistischen Verdatungs- und Um-Verteilungs-Regime unterwerfen. Dabei werden die zu verdatenden Massen aber nach je eigenen Regeln, unabhängig vom Normalismus, produziert, während das normalistische Dispositivnetz keineswegs alles erfasst noch erfassen kann (z. B. im Bereich der Subjektivitäten – vgl. etwa die prekäre Verdatung der Sexualität). Der Normalismus ist also ein lockeres, lückenhaftes und nicht flächendeckendes, ›parasitär‹ an verschiedene vorgängige Substanzen gekoppeltes Dispositiv-Netz, ein ›Archipel‹.

Ökonomische Normalität besteht aus einem Bündel von Wachstumskurven (wobei im Kapitalismus die Wachstumskurve der Profitrate dominant ist), die sich jeweils in einem »Korridor der Normalität« mit Normalitätsgrenzen oberhalb und unterhalb der Kurve des langjährigen Durchschnitts entwickeln (ich komme darauf zurück). Soziale Normalität besteht im modernen Kapitalismus idealtypisch in der »sozialen Zwiebel«, d. h. einer Verteilung des Lebensstandards nach Art eines symbolischen Gaußoids: breite »Mittelklasse«, wenige sehr Reiche oben, aber auch wenige sehr Arme unten. Diese soziale Normalität ist also nicht bloß in den unteren Normalitätsklassen, wo sie nie auch nur eine annähernde Hoffnung war, sondern längst auch in der 1. Normalitätsklasse erodiert (Zweidrittelgesellschaft). Politische Normalität besteht analog dazu in einem Wahlverhalten, das die (symbolische) »Mitte« stärkt und die »Extreme links und rechts« ausdünnt (wiederum symbolisches Gaußoid).

Politische Anormalität – Not- und Ausnahmezustand

Die Dynamik der politischen Denormalisierung kann von der Carl Schmitt'schen These ausgehen, dass die politische Normalität (d. h. bei uns der binäre Regierbarkeits-Parlamentarismus nach dem Links-Rechts-Mitte-Extreme-Modell, also die parlamentarische Mini-Demokratie) allererst auf einer Entscheidung des Souveräns beruht und dass der wirkliche Souverän daran erkennbar ist, dass er über den Ausnahmezustand (d. h. über die politische Anormalität) herrscht. Anders gesagt führt eine Mega-Denormalisierungskrise politisch zu notständischen Tendenzen, d. h. zu Ermächtigungsgesetzen, Notstandsregierungen und Notstandserklärungen. Die ungeheure Virulenz der Krise von 2008 und der enorme Impakt der Ökonomie zeigen sich darin, dass über Nacht – jedenfalls auf dem wirtschaftlichen Gebiet – Ermächtigungsgesetze durch die Parlamente gepeitscht wurden, wie man sie tatsächlich seit den 1930er Jahren nicht mehr erlebt hat. Überall wurden über Nacht De-facto-Notstandsregierungen gebildet (dadurch, dass die bestehenden Regierungen sich umdefinierten bzw. die jeweiligen parlamentarischen Oppositionen in die Regierung einbanden). Überall dankten die Parlamente ab und ermächtigten die Exekutive zu einem Regime der Notverordnungen. In Deutschland ist die Große Koalition zwar nicht verfassungsgemäß, aber de facto das Regime des Notstands. Die Koalition Merkel-Steinbrück war demnach in ihren ersten drei (normalen) Jahren eigentlich systemwidrig (»unnötig«), was zur Schwächung des hegemonialen Parteiensystems führte – durch die Krise ist sie aber über Nacht in ihre eigentliche Funktion gerückt. Wir leben jetzt de facto unter einer Notstandsregierung.

Die Dynamik der Krise vom Herbst 2008 ff. normalismustheoretisch skizziert

Es ist ein altes Problem, wie sich die verschiedenen gesellschaftlichen »Ebenen«, »Teilsysteme« (Luhmann), »Felder« (Bourdieu), kurz Praktiken und Diskurse (Althusser, Foucault), in ihrer Kopplung entwickeln (Koevolution). Eine starke ökonomische Krise wie die mo-

mentane wird die Versuchung wieder erwecken, in Ökonomismus zu regredieren. Was ist Ökonomismus? Die Auffassung von der »Ableitbarkeit« aller anderen gesellschaftlichen Praktiken aus der Ökonomie. Kann Marx diese Auffassung geteilt haben? Dann müsste er gemeint haben, eine Beethovensinfonie ließe sich aus der Ökonomie »ableiten«. Ich persönlich kann Marx eine solche Absurdität nicht unterstellen. Er hat sich einfach zu diesen Fragen nicht im Einzelnen geäußert, voilà. Wenn also keine Ableitbarkeit herrscht, haben wir es mit je eigenen Materialitäten zu tun, die allerdings sämtlich aufs engste strukturell gekoppelt sind.

Meine These wäre, dass dabei der Normalismus als Kopplungs-Dispositiv in modernen Gesellschaften eine enorm wichtige Rolle spielt. Er liefert sozusagen den meisten Praktiken/Diskursen eine gemeinsame ›Sprache‹, eben die der Verdatung, statistischen Bearbeitung und ggf. Um-Verteilung. Das zeigt sich exemplarisch in der Krise: Während die »Ansteckung« (wie die Symbolik des mediopolitischen Diskurses sagt) zwischen Ökonomie und Sozialem noch ableitbar ist (wenn die Kurve der Profitrate nach unten geht, geht auch die Kurve Beschäftigung nach unten und zwangsläufig die Kurve Armut nach oben), ist das bei anderen Praktiken/Diskursen nicht so einfach der Fall (etwa bei der Subjektivität eben nicht automatisch eine Schwächung des flexiblen Normalismus bei etwaiger Inklusion der Homosexualität).

Hieraus ergibt sich die Frage, wie die Chancen einer raschen ökonomischen Normalisierung stehen? Dazu ist zunächst die Krisenlogik normalismustheoretisch zu betrachten: Es gibt eine geradezu antagonistische Kopplungsfriktion zwischen Normalismus und Kapitalismus, die darin besteht, dass der Kapitalismus ein »exponentielles« Ausscheren der ökonomischen Wachstumskurven, insbesondere derjenigen der Profitrate, aus dem normalen Korridor nach oben (»Kursraketen«, »Kursfantasien«, »Big Bangs«, »The Party's going on, it's up up and away!« usw.) nicht präventiv zu ›bremsen‹ vermag, weil er damit seine Dynamik blockieren und die Profitrate in den Keller bugsieren würde. Da eine (symbolisch, nicht mathematisch) exponentielle Aufwärtskurve aber nicht dauern kann, folgt irgendwann der Crash und damit die Denormalisierung. Naomi Klein vertritt in ihrer Studie »The Shock Doctrine« die These, dass der sogenannte Neoliberalismus (der ja überhaupt nichts Liberales hat) absichtlich eine Serie künstlicher Crashes provoziert habe, um die normalisierenden Dispositive des Keynesianismus zu zerstören.

Eine nicht-normale Krise? Ein neues 1929 ff. (Depression) am Horizont?

Die Notstandgesetze und Notverordnungen vom Oktober 2008 ff. wurden von den Regierenden mit der historischen Analogie 1929 ff. legitimiert: größte Gefahr seit 1929 (Merkel) – bis hin zu apokalyptischen Szenarien einer neuerlichen Great Depression (dabei haben wir doch gelernt, dass die quasi logische Antwort auf 1929 gelautet habe: 1933). Normalismustheoretisch gibt es normale (zyklische: im 8- bis 10-Jahresrhythmus 1 bis 2 Jahre Rezessionen) und nicht-normale, außernormale Krisen. Die außernormalen Krisen heißen ökonomisch Depressionen (ihr Wesen liegt in einer langen, oft zehn oder mehr Jahre dauernden niedrigen Profitrate mit den Folgen »Investitionsstreik« der Kapitalistenklasse, Massenarbeitslosigkeit, Massenelend und Deflation). Ökonomische Depressionen (anormale Krisen) ziehen wegen der engen Kopplung der Praktiken und Diskurse anormale politische Krisen (Notstandsregime) und allgemein kulturelle Krisen nach sich und führen so zu einer Tendenz lang anhaltende Denormalisierung auf allen Ebenen, sowie zu einer sehr starken Tendenz zur Militarisierung und zu Kriegen, die ökonomisch »ankurbeln«, politisch »Burgfrieden« schaffen und allgemein kulturell für »Ordnung und Disziplin« sorgen (Protonormalismus). Denormalisierung und Notstand tendieren also zu einer enormen Stärkung des Militärischen in der Gesellschaft.

Was die Lektüre der Vorerinnerung »Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee« zu all dem bringen kann.

Zu den Prämissen der Vorerinnerung[2] (wie auch des Projekts der Zeitschrift *kultuRRevolution*)[3] gehörten von Anfang an prognostische Szenarien und insbesondere das Szenario eines großes Crash und einer »2. Depression« in einer Zukunft »2001 plus x«. Die Vorerinnerung probt das alles aber in subjektiven Geschichten und satirischen Perspektiven der Beteiligten vergnügsam durch. Sie simuliert z. B. die Stimme des V-Trägers (Verantwortungs-Trägers) satirisch und den Diskurs der ökonomisch-politischen Eliten destruktiv-ironisch, der uns jetzt durch die Medien in die Ohren dröhnt, obwohl er real durch den Crash ebenfalls gecrasht ist und in Scherben liegt. Als ob alle diese diskursiven Blasen nicht mit den Finanzblasen mit geplatzt wären! Wer die Vorerinnerung gelesen hat, wird sozusagen in einer aktualhistorischen Landschaft wieder aufwachen, die sie_er als die reale von 2008ff. wiedererkennen wird. Sie_er wird dabei mit gutem Gewissen wach sein und hoffentlich auch ein bisschen befähigt, sich nicht hilflos passiv überrollen zu lassen von den kommenden notständischen Normalisierungsschlägen und »Schock-Therapien«.

Jürgen Link

//_noten

#1 3., erweiterte Auflage Göttingen (Vandenhoeck) 2005 (1. Aufl. Opladen 1996.

#2 Jürgen Link, Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee. Eine Vorerinnerung (Roman), Oberhausen 2008. 923 Seiten detailliertes Inhaltsverzeichnis, so dass Kapitel einzeln lesbar sind. Geschichte einer Gruppe von 68ern_innen im Ruhrgebiet, ihres Langen Marsches durch den Normalismus, mit Simulationen der Stimme des V-Trägers (Verantwortungs-Trägers) und künftiger Krisen und Kriege im 21. Jahrhundert.

#3 *zeitschrift für angewandte diskurstheorie* erscheint seit 1982 (bisher 54 Hefte), Klartext-Verlag Essen (Organ für Interdiskurstheorie, Normalismustheorie, Kollektivsymbolanalyse usw., verbindet theoretische Reflexion mit praktisch-aktualhistorischen Analysen, z. B. der jeweils laufenden Mediopolitik).

Frontex oder die Krise der europäischen Migrationspolitik

Die Europäisierung der Migrationspolitik

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem zunehmenden Zusammenwachsen Europas steht die Regulation der Einwanderung nach Europa auf der politischen Tagesordnung. Der Vertrag von Amsterdam, welcher 1999 in Kraft trat, markiert in dieser Hinsicht eine Zäsur: Migration ist nun nicht mehr Thema intergouvernementeller Absprachen, sondern fällt in die Verantwortung der EU, insbesondere der Kommission.

In den elf Jahren seit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags hat sich jedoch wesentlich weniger bewegt als mensch es vermuten würde. Die EU ist zwar bei einer gemeinsamen Visapolitik vorangekommen, auf den Feldern Einwanderung und Asyl zeichnet sich jedoch weder die Harmonisierung der Gesetze noch die Schaffung einer europäischen Gesetzgebung ab. Der aktuellste Versuch einer Wiederbelebung ist der im Oktober 2008 verabschiedete »Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl«. Ob dieser jedoch umgesetzt wird oder nur eine weitere Absichtserklärung ist, wird sich zeigen.

Dennoch wäre es falsch anzunehmen, in der europäischen Migrationspolitik hätte sich im vergangenen Jahrzehnt gar nichts verändert. Mag es noch nicht zu dem großen Wurf gekommen sein, so ist auf zwischenstaatlicher Ebene viel passiert, wie auch die Kommission ihre Zuständigkeit immer stärker ausfüllt. Das vorherrschende migrationspolitische Paradigma ist dabei der so genannte »Global Approach to Migration«, der nicht mehr so stark zwischen erwünschter und unerwünschter Migration differenziert, sondern zum einen auf Migrationsursachen und zum anderen auf den Bedarf der EU an billiger migrantischer Arbeitskraft abzielt. Über eine Verquickung von Migration und Entwicklungshilfe sollen die Herkunfts- und Transitländer wesentlich stärker in das Migrationsregime eingebunden werden. Wesentliche Kennzeichen dieser Politik ist die Externalisierung, also der Vorverlagerung der Migrationskontrolle in Herkunfts- und Transitstaaten und der Ausbau des repressiven Charakters des Grenzregimes.

Es ist kein Widerspruch zu dieser Politik, dass die wesentlichen Akteure des Grenzregimes über die Durchlässigkeit der Grenze wissen. Die verschiedenen Staaten, die mit einer Situation vermehrter Migration konfrontiert sind, haben ihre eigenen Wege gefunden, diese Situation zu bewältigen. Spanien und Italien ab-

sorbieren die Migrant_innen als ultraprekäre Illegalisierte in den Arbeitsmarkt, Griechenland wiederum verweigert den Zugang zum Asylsystem und fordert die Migrant_innen nach kurzer Haft auf, das Land zu verlasssen. Und auch Frontex-Exekutivdirektor Ilkka Laitinen gab in einem Gespräch unumwunden zu, dass es niemals eine 100-prozentig kontrollierte Grenze geben würde.

In einer solchen Situation ist der Ausbau des repressiven Grenzregimes, vor allem aber ein öffentlicher Diskurs darüber zentraler Baustein in der Externalisierungspolitik. Denn die Transit- und Herkunftsstaaten von Migration haben in den letzten Jahren ihre Verhandlungsmacht erkannt und lassen sich ihre Kooperation im Migrationsregime immer teuerer bezahlen. Die Strategie der EU ist es, so genannte »Mobilitätspartnerschaften« mit ausgewählten Ländern auszuhandeln. Dabei sollen Migrationskontingente im Gegenzug für Mitwirkung in der Migrationskontrolle vergeben werden. Dies wäre allerdings kein »attraktives« Angebot, so lange es weiter einen undokumentierten Zugang zum Territorium der EU gibt.

Der Diskurs, der den Ausbau des repressiven Grenzregimes stützt, ist durch die Inszenierung von Krisen gekennzeichnet. Spanien etwa war schon seit Anfang der 1990er Jahren Ziel nordafrikanischer Migration. Die Abschottung der spanisch-nordafrikanischen Grenze Ende der 1990er Jahre war jedoch begleitet von Bildern und Berichten, die suggerierten, Spanien wäre plötzlich Ziel vermehrter Migration. Es ist in dieser Zeit, in der auch die ersten Bilder von kleinen, überfüllten Booten, die Migrant_innen über das Meer nach Europa tragen, in Deutschland auftauchten. Ein ähnlicher Krisendiskurs ist im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe zu beobachten. Die diskursive Figur des »Klimaflüchtlings« wird benutzt, um die aus der rassistischen Mobilmachung der 1990er Jahre bekannten Bedrohungsszenarien (»Flut«, »Ansturm«, »Flüchtlingsströme«) wieder zu aktivieren. Weitere Inszenierung von Krise folgten etwa auf die Ereignisse von Ceuta und Melilla 2005 und werden routiniert im Sprechen über die Ankunft von Migrant_innen auf den Kanarischen Inseln, Malta, Lampedusa und Griechenland bemüht. Dabei wird immer entweder suggeriert, dass eine unglaublich große Anzahl von irregulären Migrant_innen angekommen sei, oder aber dass diese nur die Vorhut einer wesentlich größeren Gruppe seien (»Wenn wir die erst reinlassen, dann kommen ja noch viel mehr«). Dass dieser Diskurs kein genereller Diskurs über irreguläre Migration nach Europa ist, zeigt sich anhand der Tatsache, dass sich auch die EU bewusst ist, dass die große Mehrheit der undokumentiert in Europa residierenden Migrant_innen keineswegs auf »klandestine« Weise nach Europa gelangt sind, sondern als so genannte »visa over-stayer« legal eingereist, aber nach dem Ablauf des Visums nicht wieder ausgereist sind.

Innerhalb Europas bleibt die Migrationspolitik jedoch fragmentiert. Die Kommission mag regelmäßig mit großen Entwürfen aufwarten, die eigentliche Migrationspolitik wird jedoch von einzelnen Mitgliedsstaaten vorangetrieben. Auf Grund der Dublin II Verordnung, welche vorsieht, dass der EU-Mitgliedsstaat der ersten Einreise für den einzig möglichen Asylantrag zuständig ist, wird Staaten mit einem großen Anteil an der EU-Außengrenze ganz wesentlich die Aufgabe der Kontrolle und Verwaltung der ankommenden Flüchtlingen und Migrant_innen aufgebürdet. Die fehlende »Lastenverteilung« (EU-Jargon) ist dabei Resultat europäischer Versuche der Migrationskontrolle (früher konnte in jedem EU-Staat ein weiterer Asylantrag gestellt werden) und mittlerweile wieder heftig umstritten.

Auftritt Frontex

In diesem Klima eines repressiven Grenz- und Externalisierungsdiskurses, einer stockenden Europäisierung der Migrationspolitik und der fehlenden »Lastenverteilung« nahm 2005 die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen«, kurz Frontex, ihre Arbeit auf. Aufgabe der Agentur, die relativ autonom operieren kann, ist es, die Mitgliedsstaaten in der Kontrolle der EU-Außengrenze zu unterstützen und diese schrittweise in eine europäisierte Verantwortung zu überführen. Dabei soll die Arbeit von Frontex genau jene oben geschilderten Probleme innerhalb der EU adressieren. Frontex ist daher ein Produkt der Krise der Europäisierung der Migrationspolitik. Frontex' Aufgabenfelder sind daher relativ weit gestreut und lesen sich wie ein Wunschzettel der einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Felder sollen nun kurz vorgestellt werden, bevor die konkreten Aktivitäten von Frontex untersucht werden.

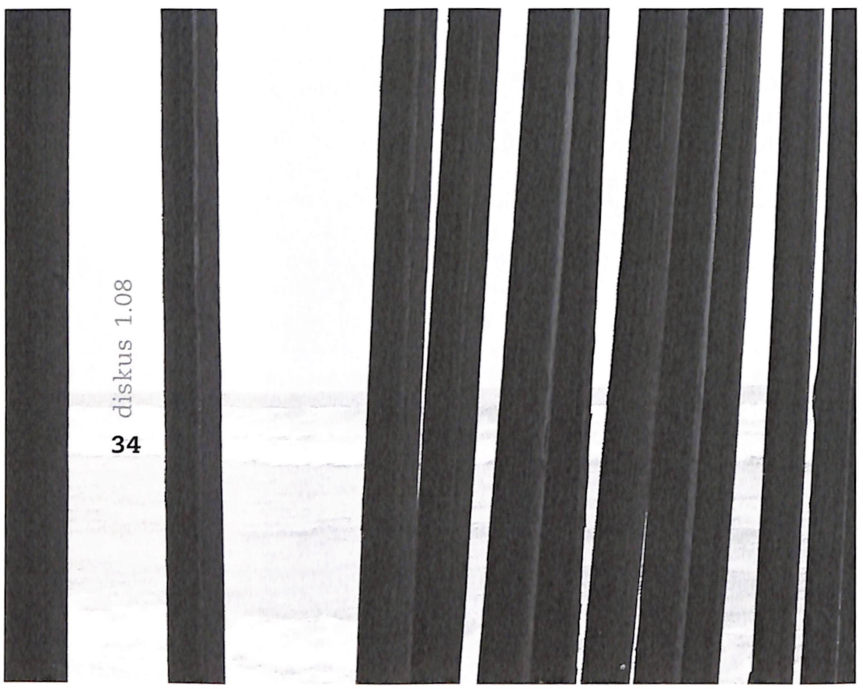
Passend zur Krisenrhetorik erstellt Frontex, als Grundlage aller anderen Aktivitäten, ein so genanntes »Risikoanalysemodell«. Migration wird also als Risiko gesehen, über welches Wissen generiert werden muss. Das Modell soll die aktuelle Lage an den Grenzen der europäischen Union abbilden, sprich erkunden, welche Routen der irregulären Migration vorhanden sind und wo Kontrollbedarf besteht.

Zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten in der Grenzkontrolle unterhält Frontex eine so genannte »toolbox«, in die alle Mitgliedsstaaten der EU Grenzschutzressourcen (Schiffe, Hubschrauber, Nachtsichtgeräte, CO_2-Detektoren etc.) einbringen und Frontex zur Verfügung stellen sollen. Als Ergänzung des ursprünglichen Mandats unterhält Frontex mittlerweile so genannte »rapid border intervention teams« (RABIT), Grenzschutzeinheiten, die im Fall einer »Krise« schnell vor Ort eingreifen können. Unter Krisen versteht Frontex dabei beispielsweise den Zusammenbruch eines Staates und die davon ausgelösten Migrationsbewegungen, aber auch Szenarien wie der Einsatz der RABITs während des Libanonkriegs auf Zypern wurden durchgespielt.

Auf Grundlage des »Risikoanalysemodells« und der zur Verfügung stehenden Resourcen plant Frontex so genannte »gemeinsame Operationen«, die von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten dauern können. In diesen Operationen kooperieren Grenzschutzeinheiten der verschiedenen Mitgliedsstaaten. Diese Operationen fungieren wie ein Laboratorium, in der eine europäische Grenzschutzpraxis erprobt wird. Denn sicherlich gibt es viele Probleme bei einer sol-

chen Zusammenarbeit: Sprache, kompatible Ausstattung und vor allem unterschiedliche gesetzliche Grundlagen der einzelnen Staaten. Diese Operationen, zur Zeit rund 20 pro Jahr, haben nicht zum Ziel, die gesamte EU-Außengrenze abzuschotten, sondern werden nach dem Prinzip einer »Feuerwehr« nur an Orten besonderen Interesses durchgeführt.

Weitere Aufgaben von Frontex sind die Forschung im Bereich und Bereitstellung von modernen Grenzschutztechnologien (Drohnen, Biometrie), die Schaffung eines gemeinsamen Ausbildungsstandards für Grenzschützer in der EU, die Organisation von gemeinsamen Abschiebungen sowie die Kooperation mit Sicherheitsbehörden von Drittstaaten.



Frontex und die Praxis: Gemeinsame Operationen

Frontex erreichte die größte Aufmerksamkeit mit den »gemeinsamen Operationen«. Diese sind oft gut publiziert, denn sie vermitteln, dass die EU und all ihre Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung im Bereich der Kontrolle der gemeinsamen Außengrenze nachkommen. Anhand dieser Operationen lässt sich die Praxis der Externalisierung sowie der Europäisierung ebenso nachzeichnen wie auch sichtbar wird, wie verheerend die Abschottungspolitik der EU ist.

Die bekanntesten Operationen von Frontex tragen den Codename »Hera« und »Nautilus«, die seit dem Jahr 2006 stattfinden. Ziel ist es jeweils, die Ankunft von Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln (Hera) und Malta (Nautilus) zu unterbinden.

Im Fall von Hera lässt sich die Externalisierungspolitik der EU gut darlegen. Denn die Abschottung eines Kontinents, oder in diesem Falle der exponierten Kanarischen Inseln, lässt sich menschen- und seerechtskonform nur schwer gestalten, insbesondere wird jedoch das Recht auf Asyl massiv unterlaufen. Auf offenem Meer können Flüchtlingsboote nicht aufgebracht werden, dies wäre erst innerhalb der Hoheitsgewässer Spaniens möglich. Allerdings könnte dies die Verpflichtung zur Durchführung eines Asylverfahrens mit sich bringen. Zwar ist die Zurückweisung von Flüchtlingen an der EU-Außengrenze eine gängige Praxis, aber seit Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen solche Fälle vermehrt publiziert haben, wird diese Praxis weniger angewandt. Viel »innovativer« ist die von Frontex in Zusammenarbeit mit Spanien praktizierte Strategie. Spanien hat mit den Regierungen Mauretaniens und des Senegals Abkommen geschlossen, die u.a. Frontex-Operationen in den Hoheitsgewässern dieser beiden Staaten erlauben und die Marine und Polizei dieser Staaten miteinbezieht. So werden Flüchtlinge und Migrant_innen schon an der westafrikanischen Küste, 2000 Kilometer vor der europäischen Außengrenze zurückgewiesen. Diese Kooperation wird im Rahmen des »Global Approach« mit anderen Vergünstigungen (Visaerleichterungen, niedrigere Steuern auf Rücküberweisungen, Migrationskontingente, Einfuhrerleichterungen, »Entwicklungshilfe«) erkauft. Eine Möglichkeit zur Stellung von Asylanträgen als letztem Mittel für einen zumindest temporären Aufenthalt in der EU gibt es nicht.

Im Falle der Operation »Nautilus« vor Malta und Lampedusa ist Frontex bisher weniger erfolgreich gewesen. Seit dem EU-Beitritt Maltas 2004 ist diese kleine Inseln im Mittelmeer Ziel vieler Migrant_innen geworden, und auf Malta gibt es eine starke Stimmung unter der Bevölkerung, die der EU vorwirft, Malta »allein mit dem Flüchtlingsproblem« zu lassen. Schon 2007 ließ Frontex-Exekutivdirektor Ilkka Laitinen »Nautilus« öffentlichkeitswirksam für gescheitert erklären. Seine Begründung war, dass die EU-Mitgliedsstaaten nicht genug Ressourcen zur Verfügung gestellt hätten, obwohl dies vorher versprochen gewesen sei. Damit war die Operation logistisch unmöglich und wurde abgebrochen. Das öffentlichkeitswirksame Scheitern lässt sich als eine Taktik Frontex' lesen, sich Verfügbarkeit von Ressourcen zu sichern und die gemeinsame Verantwortung aller Mitgliedsstaaten für die EU-Außengrenze erneut zu beschwören.

2008 schien dieses Problem gelöst zu sein, dennoch erklärte Ilkka Laitinen am 20. September 2008, auch Nautilus 2008 sei gescheitert, und in der Tat sogar kontraproduktiv verlaufen. Er argumentierte, dass es den Migrant_innen und den Schleusernetzwerken bekannt gewesen sei, dass eine Frontexoperation im Gange wäre, und dass daher umso mehr seeuntüchtige Boote Malta angelaufen hätten, um sich von den Frontex-Schiffen retten zu lassen.

Hintergrund dieser Situation ist, dass es zum einen 2008 wesentlich stärkere Kritik an Frontex gab, da Ilkka Laitinen erklärt hatte, Frontex wäre nicht für die Rettung Schiffbrüchiger verantwortlich. Dies wurde allgemein als Hinweis genommen, dass die EU, trotz gegenteiliger Verlautbarungen, nichts gegen das Sterben auf hoher See tue. Hier sah sich Frontex nun gezwungen, sich stärker bei der Seerettung zu engagieren. Zum anderen gibt es eine Diskussion über den rechtlichen Hintergrund einer Rettung Schiffbrüchiger und der Verantwortung für gestellte Asylanträge. Eine Position ist, dass Schiffbrüchige schon auf dem sie rettenden Schiff die Möglichkeit hätten, einen Asylantrag zu stellen. Dies führte zu einem regelrechten Streit,

welches Land denn nun für die Aufnahme der Flüchtlinge zuständig wäre.

Frontex wiederum verfolgte auch für »Nautilus« von Anfang an die externalisierte Lösung, hier: die Einbindung Libyens. Noch im Frühjahr 2008 erklärte Ilkka Laitinen, ein Abkommen mit Libyen stehe kurz vor dem Abschluss, was eine ähnliche Lösung wie vor Senegal und Mauretanien erlaubt hätte, nämlich zum einen das direkte Engagement Libyens in der Migrationskontrolle sowie die Rückschiebung von Flüchtlingen nach Libyen. Dieses Abkommen ist jedoch nicht zustande gekommen, und so war auch letztlich »Nautilus 2008« zum Scheitern verurteilt. Auf Malta heizte dies die Debatte um das Versagen von Frontex und der EU nur an, was nun wieder zu der bekannten Situation führt, dass sich einzelne Länder zusammenschließen, um ihre Interessen in der EU zu vertreten. Im November 2008 haben daher die Innenminister Maltas und Griechenland vereinbart, zusammen mit Zypern und Italien dafür zu werben, den »Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl« auch tatsächlich umzusetzen. Ihr Hauptinteresse liegt dabei auf Abschiebeprogrammen, Vereinbarungen mit Transit- und Herkunftsländern sowie die Schaffung eines europäischen »Lastenausgleichs«.

Kritik

Frontex beteuert, bei allen Operationen Menschenrecht und Asylrecht oberste Priorität zu geben. Berichte von an Operationen Beteiligten lassen dies jedoch als Lippenbekenntnisse erscheinen. So berichtete ein italienischer Offizier von der Praxis, Flüchtlingsbooten Treibstoff und Lebensmittel zu entnehmen, um die Insassen an der Weiterfahrt zu hindern. Auch Berichte aus Malta weisen daraufhin, dass nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten wird, der Minimalkonsens des Flüchtlingsschutzes.

Frontex ist zurzeit der aktivste Posten in der Entwicklung einer umfassenderen europäischen Migrationspolitik und dabei vor allem die Verkörperung der repressiven Seite des Grenzregimes. Diese Fokussierung hat allerdings katastrophale Folgen. Die Aktivitäten vor Westafrika haben zu einer Verlängerung der Migrationsrouten geführt, was das Risiko bei der Überfahrt erheblich erhöht hat.

Grenzregime – quo vadis

Dieses Jahr kam es zu einer ersten Evaluation der Aktivität von Frontex durch die EU-Kommission sowie weiteren Debatten um die Zukunft von Frontex. In deren Zuge hat die EU weitere Vorschläge präsentiert, nämlich die Schaffung des so genannten »Visa Information System (VIS)«, welches über biometrische Daten aller über ein Visum Eingereisten verzeichnet und im Falle des Ablaufens des Visum ohne registrierte Ausreise diese Person zur Fahndung ausschreiben soll. Um dies möglich zu machen, plant die EU die Einrichtung eines so genannten »Entry/Exit Systems«, welches alle europäischen Grenzen mithilfe biometrischen Maßnahmen aufrüsten soll und alle Ein- wie auch Ausreisevorgänge erfassen soll. Ein weiterer Vorschlag ist die Schaffung eines weit über die EU hinausreichenden Überwachungssystems namens »EuroSUR« (European Surveillance System), welches durch Koppelung von Satelliten, Drohnen, Radar- sowie mobiler Überwachungsstationen einen totalen Überblick über die Lage an der Grenze, aber auch beispielsweise an der Küste von Herkunftsstaaten verschaffen soll. Im Zentrum dieses Panoptikums der Migrantionskontrolle soll Frontex stehen. Auch der Bericht der »Future Group«, einer hohen informellen Arbeitsgruppe von EU-Innenministern fordert eine Ausweitung der Aktivitäten von Frontex, wie sie auch im »Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl« festgeschrieben sind.

Diese Vorschläge weisen auf eine wesentliche Ausweitung des repressiven Charakters des europäischen Grenzregimes hin. Auch wenn im »Europäischen Pakt« anerkannt wird, dass es keine »Null-Migration« geben kann, werden die migrationspolitischen Leitideen von Kontrolle, Repression und Externalisierung verstärkt verfolgt und Frontex wird auch weiterhin das zentrale Symbol dieser Politik sein.

Eine grundsätzliche Kritik muss sich jedoch weniger an Frontex als an der Konzeption der aktuellen europäischen Migrationspolitik entzünden, die Einrichtungen wie Frontex zur Folge hat. Diese Politik verweigert sich der Tatsache, dass Migration zum einen stattfindet, sich zum anderen aber auch nicht kontrollieren lässt. So soll etwa das deutsche »Gastarbeitersystem«, welche aus der Sicht von Migrationskontrolle gescheitert ist, unter dem Stichwort »zirkuläre Migration« wiederbelebt werden. Die mannigfaltigen Formen von Migration, die sich der Souveränität und Kontrolle der Staaten entziehen, sollen jedoch weiter bekämpft werden.

Die Folge ist die Transformation der europäischen Grenze von einer Linie zu einem sich immer weiter um Europa herum erstreckenden Grenzraum, in dem sich alles den Interessen der EU unterordnen zu hat und ein Diskurs, der Migration stigmatisiert und kaum geeignet ist, die dringend anstehende Diskussion um die Realität und Autonomie von Migration zu thematisieren.

Sicherlich gibt es viele Themen emanzipatorischer Politik, die verstärkt auf europäischer Ebene verfolgt werden müssen. Es erscheint jedoch so, als ob Migration eines der dringendsten Themen ist: Zum einen wird es mittlerweile verstärkt auf europäischer Ebene verhandelt, zum anderen lässt sich über das Thema Migration die Diskussion führen, inwiefern die EU von der anachronistischen nationalstaatlichen Idee der Einheit von Bevölkerung, Territorium und Rechten geprägt werden soll.

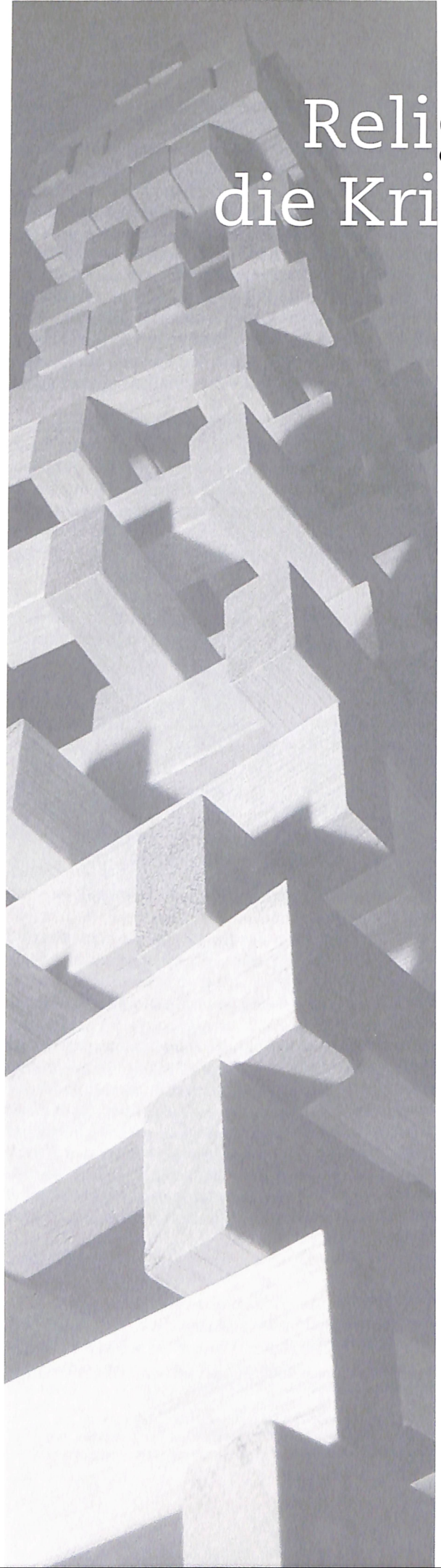
Bernd Kasparek

//_web

frontexwatch (http://frontex.antira.info) verfolgt die weitere Entwicklung von Frontex und bietet Analysen und Medienauswertung.

Broschüre zu Frontex: http://frontex.antira.info/2008/01/11/frontex-broschuere/

Zukunft von Frontex: http://frontex.antira.info/2008/02/24/perfektion-des-grenzregimes-das-border-package-der-eu-kommission/



Religion 3.0 oder die Krise der Türme

Sich unvorsichtigerweise in »die Traditionen der europäischen Akademien des 18. und 19. Jahrhunderts« stellend formulierte die Stiftung für Kulturwissenschaften in Essen im Dezember 2007 eine Preisfrage, deren Beantwortung in Form eines Essays zu erfolgen habe: »Die Preisfrage lautet: Darf ein Minarett höher sein als ein Kirchturm?« Denn, wer hätte es geahnt, uns fehlt es nicht an Orientierung, sondern: »Um kulturelle Orientierung wird gerungen, häufig mit Symbolen. Für die Beteiligten geht es dabei, symbolisch, ums Ganze.«
Puh! Nicht so flott, wir bleiben lieber bei der Philosophie, die die Welt eben nicht verändert, sondern nur neu interpretiert: »Für ein Nachdenken über Grundfragen symbolischer Repräsentanz kultureller Orientierung bleibt wenig Raum.« Dieser Raum wird zudem von Minaretten, Kirchtürmen, Kuppeln und anderen Gebäuden (Sparkassen, Banken, Superdomes und V2-Abschussrampen) massiv beansprucht und erschien somit eines Essays würdig (Zitate bis hierher aus dem Ausschreibungstext).

Ein Blick aus unserem Frankfurter Fenster ergab den klaren Befund, dass kapitalistische über religiöse Repräsentanz dominiert. Daher sahen wir es in der für den Essay gegründeten »Forschungsgruppe Integration Frankfurt am Main« als notwendig an, diese Dimension in die Kulturwissenschaften einzubringen, um auf konstruktive Art den Dialog zu suchen, und reichten folgendes (für die diskus *gekürztes) Essay ein:*

Darf ein Minarett höher sein als ein Kirchturm?

Derzeit verbietet kein Gesetz, ein Minarett höher zu bauen als einen Kirchturm. Baupläne für Kirchen und Minarette müssen sich, wie andere Bauvorhaben auch, an die von Städten und Kommunen vorgegebenen Bebauungs- und Flächennutzungspläne halten, weitere Einschränkungen gibt es derzeit keine. Juristisch lässt sich diese Frage für die Gegenwart also klar bejahen. Fragen wie die des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen scheinen jedoch darauf hinzuweisen, dass ein weiterer Regelungsbedarf bestehen könnte. Vielleicht gibt es gar eine Gesetzeslücke, die zu schließen eine interdisziplinäre Auseinandersetzung erfordert? Wir müssen überlegen, ob es sinnvoll ist, ein Gesetz zu fordern und zu formulieren, welches die Höhe religiöser Bauten reguliert. Denn zusätzlich zu der juridischen Dimension bleibt die kultur- und sozialwissenschaftliche Frage, ob ein bauliches Übertrumpfen anderer Religionen vermieden werden sollte, um eventuelle Gewaltausbrüche von Mitgliedern einer Gesellschaft zu verhindern.

Vorab müssen wir uns allerdings darüber klar werden, dass diese Fragestellung sich nicht an einem demokratischen Ideal ausrichtet. Vergleicht man etwa Entwürfe von demokratischen, sich auf Partizipation und Transparenz verpflichtenden Architekt_innen, so stellt man fest, dass diese nicht auf Höhe abzielen, sondern flache Hierarchie, Erreichbarkeit und Transparenz bevorzugen.[1]

Von Sozial- und Kulturwissenschaftler_innen oft vernachlässigt, gilt es, die Bedeutung von Architektur für die Subjektkonstitution gebührend zu berücksichtigen – ist sie doch Teil der materialisierten symbolischen Ordnung einer Gesellschaft und wesentlich beständiger als andere Faktoren der Lebens- und Umwelt: Der Wettbewerb um bauliche Superlative ist kein demokratischer, er ist ein Ausdruck von einem machtgeleiteten Repräsentationsbedürfnis und der Selbstinszenierung bestimmter Gruppen.

Deutlich wird diese symbolische Repräsentanz am Beispiel der Geschichte Frankfurts. Lange Zeit war der Frankfurter Dom das höchste Gebäude der Stadt. Der 1972 fertig gestellte »AfE-Turm« der Johann Wolfgang Goethe-Universität hielt mit 116 Metern bis 1975 die Spitzenposition inne. Er war nach seiner Fertigstellung das Gebäude, das der Autofahrer_in signalisierte, welche Stadt vor ihr liegt. Der Turm beherbergte damals wie heute die sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universität – zur Zeit seines Baus war dieser Fachbereich von Vertretern (weniger Vertreterinnen) der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule dominiert, von einer Wissenschaft also, die sich in die Tradition der Aufklärung stellte, für soziale Gerechtigkeit eintrat, die Verbrechen der Nationalsozialist_innen mit unterschiedlichen Methoden zu erklären versuchte und für eine Welt eintrat, in der man »ohne Angst verschieden« (Theodor W. Adorno) sein konnte. Doch nur nach drei Jahren musste die Wissenschaft ihre hervorgehobene Stellung wieder abgeben.

Heute liefern sich Banken und Handel, die beiden einträchtigsten Segmente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, den Wettbewerb um das größte Gebäude: Fährt man die Neue Mainzer Landstraße entlang, wird man Zeuge des gegenseitigen Übertrumpfens. Von 1990 bis 1997 war der Frankfurter Messeturm mit 257 Metern das höchste Gebäude Europas, dann wurde er vom Frankfurter Commerzbank-Tower um 2 Meter übertroffen (der mit Antenne sogar 300 Meter misst). Der Wettstreit darum, dem Himmel am nächsten zu sein, wird also von den Vertreter_innen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unter sich ausgefochten.[2]

Eine Untersuchung der erlaubten Bauhöhe von repräsentativen Gebäuden muss die derzeitigen Rekordhalter berücksichtigen. Daher erweitern wir die Fragestellung: Darf eine Moschee oder ein Kirchturm ein Bankgebäude überragen? Daraus ergibt sich wiederum die Frage, ob Deutschland sowohl den höchsten Kirchturm als auch die höchste Moschee bzw. um genauer zu sein, das höchste Minarett der Welt beherbergen möchte. Denn der höchste Kirchturm der Welt ist bereits hier: Der 1890 fertig gestellte 161,53 Meter hohe Turm des Ulmer Münsters ist der höchste Kirchturm der Welt.

Um den Bankgebäuden Konkurrenz zu machen, müsste also ein Kirchturm, der nahezu doppelt so hoch ist wie der derzeit höchste, erbaut werden. Ein Projekt, das sich angesichts des Besuchermangels in christlichen Kirchen nur schwer rechtfertigen ließe. Ähnlich verhält es sich mit dem Bau eines den Commerzbank-Tower übertrumpfenden Minaretts: Das weltweit höchste Minarett ist 210 Meter hoch und gehört zur 1993 fertig gestellten Moschee Hassan II in Casablanca, Marokko. Es geht also nur um den zweiten Platz in der Gebäude-Hierarchie, womit wir hoffen, der Dramatik der Frage einiges an Wind aus den Segeln genommen zu haben: Derzeit konkurrieren zwei Weltreligionen – das Christentum und der Islam – um die Silbermedaille.

Diese Problematik ist aber nicht nur für Statiker_innen und die Herausforderung suchende Bauherr_innen interessant. Auch Theolog_innen müssten eine Machbarkeitsstudie zur Frage des Überragens von Bankgebäuden in Auftrag geben. Denn sowohl im Koran als auch im alten Testament finden sich bedenkenswerte Äußerungen zum Bau hoher Gebäude:

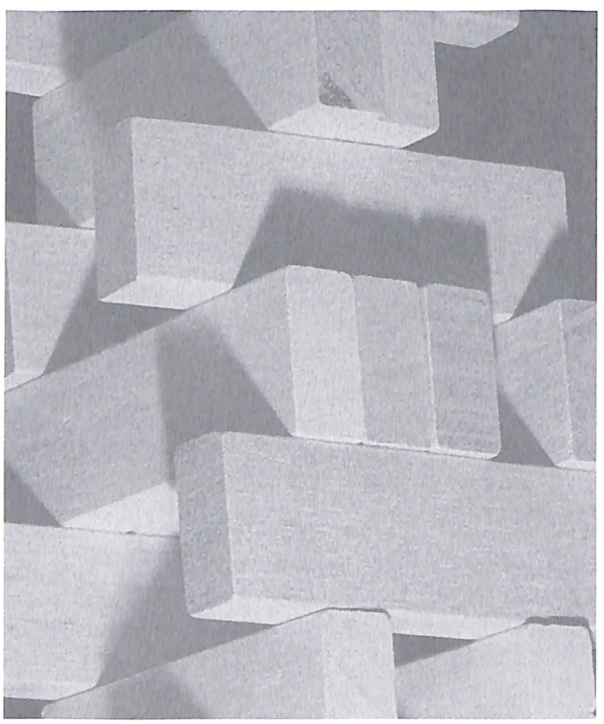
Koran, Sure 28, Verse 38–40: »Und Pharao sagte: ›Oh Ihr Vornehmen, ich kenne keinen anderen Gott für Euch außer mir; so brenne mir, o Haman, Ziegel aus Ton und mache mir einen Turm, damit ich den Gott Moses erblicken kann, obgleich ich ihn für einen Lügner erachte.‹ Und er und seine Heerscharen verhielten sich ohne Recht hochmütig im Lande. Und sie meinten, nie zu uns zurückgebracht zu werden. So erfassten wir ihn und seine Heerscharen und setzten sie mitten im Meer aus. Schau darum, wie der Ausgang der Missetäter war!«

Noch deutlichere Vorbehalte müssten Vertreter_innen der christlichen Religionen gegen eine unbegrenzte Höhe ihrer Gebäude haben. Schließlich gehört die Geschichte des Turmbaus zu Babel zu der Grundlagentextsammlung des Christentums. Diese Geschichte besagt, dass der Versuch der Menschen, einen enorm hohen Turm – »mit einer Spitze bis zum Himmel« (Einheitsübersetzung) oder »bis an den Himmel« (Luther-Übersetzung) zu bauen, um sich »einen Namen zu machen«. Dies provozierte Vorbehalte seitens Gottes, der den Menschen zutraute, dass ihnen nun alles gelingen könne, was sie sich vornähmen, was die Allmächtigkeit des Gottes letztendlich relativieren würde. Daraufhin verpasste Gott den Menschen verschiedene Sprachen, sodass sie sich nicht mehr verständigen und den Turmbau nicht fortführen konnten und verstreute sie in die ganze Welt (vgl. Die Bibel, Genesis 11,1–11,9). Deutlich wird die räumliche Ordnung, die Gott den Menschen zuweist: Sie sollen sich horizontal, nicht vertikal ausbreiten.

Falls sich aus dieser Untersuchung ein Gesetzesvorhaben zur Regulierung der maximalen Bauhöhe für Sakralbauten entwickeln sollte, möchten wir Untersuchungen zur Archäologie in Synthese mit Erkenntnissen der Architektur- und Technik-Geschichte anregen. Diese könnten ermitteln, wie weit die Kenntnisse zur Zeit des Turmbaus entwickelt waren und damit einschätzen, wie hoch der Turm zu Babylon höchstens gewesen sein konnte. Dies sollte einen nicht zu überschreitenden Grenzwert für christliche Kirchen,

Synagogen und Moscheen verbindlich festschreiben. Dies erfordert aber zunächst die Beantwortung der Frage, ob der Vergleich religiöser mit kapitalistischer Repräsentanz überhaupt legitim ist. Dazu müssen wir klären, was eine Religion ist und was Banken und Messegebäude mit ihr gemein haben.

Religionen sind Erzählungen, die Außenstehenden meist als befremdlich erscheinen, die aber in ihrem Einzugsgebiet das Verhalten der Menschen bemerkenswert synchronisieren, so dass viele Betroffene diese Phantasien für die einzig erstrebenswerte, akzeptable und schlussendlich mögliche Daseinsform halten. Die derzeit auf der Erde unbestritten mächtig-



ste Erzählung ist der Kapitalismus. Sie beruht auf den so genannten »Marktgesetzen«. Diese fußen auf dem Glauben daran, dass alle Menschen stets versuchen würden, sich gegenseitig zu übervorteilen. Das empfohlene kapitalistische Verhalten ist daher, den Eigennutzen möglichst zu maximieren und altruistischem Verhalten keinen Raum zu geben. Dem persönlichen Vorteil wird so Vorrang gegenüber gesamtgesellschaftlichem Nutzen eingeräumt. Weil niemand gerne in der Opferrolle verharren möchte, ist es ratsam, an die Marktgesetze zwar nicht unbedingt zu glauben, aber sie doch zu kennen und zu beherzigen. Hier ist eine erstaunliche Ähnlichkeit zwischen der Erzählung des Kapitalismus und der anderer Religionen zu konstatieren.

Die Gemeinsamkeiten gehen aber noch weiter. Auch der Kapitalismus predigt einen paradiesischen Zustand: den freien Markt. In ihm sind alle Individuen über alle Vorgänge am Markt jederzeit vollständig informiert. Alle Bedürfnisse werden durch Waren befriedigt und die Bedürfnisse entsprechen stets exakt dem Angebot. Die Ökonomie bezeichnet sich selbst als die Wissenschaft des Tausches. Ihr liegen jedoch keine Theorien zugrunde, die versuchen, die Wirklichkeit zu beschreiben.[3] Stattdessen bemüht sie imaginierte Modelle, die keinerlei Bezug zur Realität haben. Das ist bereits erkennbar an fehlenden Definitionen analytischer Begriffe wie ›Wert‹ oder ›Nutzen‹ in der modernen Ökonomie. Stattdessen finden sich Postulate wie ›Optimum‹, ›Effizienz‹ und ›Gleichgewicht‹, die keinerlei analytischen Gehalt besitzen. Das Fehlen logischer Grundlagen versuchen die Ökonom_innen durch ausgefeilte Arithmetik auszugleichen, die jedoch nichts beschreibt, als sich selbst. Es gibt in der ökonomischen Lehre keine Markttheorie und so ist sie letztlich zirkulär. [...]

Wie eben dargestellt, gibt es gute Gründe, den Kapitalismus als eine der Religion ähnliche Erzählung zu betrachten und in der Frage, wer den höchsten Turm hat und haben darf, zu berücksichtigen. Es gibt jedoch Unterschiede in der historischen Entwicklung von Christentum und Islam auf der einen Seite und dem Kapitalismus auf der anderen Seite. In Europa stellten sich bis vor wenigen Jahrhunderten Gottesdienstverweiger_innen ins soziale Abseits. Noch heute gehört es bei vielen Einwohner_innen der EU zum guten Ton, unmündige Kinder taufen zu lassen und in einen Religionsunterricht zu schicken. In einigen europäischen und amerikanischen Landstrichen ist die aktive Mitgliedschaft in einer religiösen Vereinigung notwendig für Prestige und Wohlstand. Auch in muslimisch geprägten Weltgegenden ist es in der Regel förderlich, sich religiös zu gebärden. Die kapitalistische Leit-Erzählung hat den Einfluss der klassischen Religionen stark reduziert. Dieser Wandel wird oft nicht bemerkt. Die Ursache dafür ist, dass die Ökonomie sich als Naturwissenschaft tarnt. Das ermöglicht die Mitgliedschaft in (einer) der ortsüblichen Religionsgemeinschaft(en) und zugleich die inoffizielle, aber gleichwohl erheblich aktivere Teilnahme am Kultus des Mehrwerts. Zudem sind die Möglichkeiten der Beendigung der Mitgliedschaft erheblich reduziert bzw. besteht diesbezüglich ein erheblicher Forschungsbedarf zu den Möglichkeiten der Beendigung der Mitgliedschaft, da kein formal-administrativ gesichertes Austrittsverfahren analog zu dem einiger Religionsgemeinschaften besteht. [...]

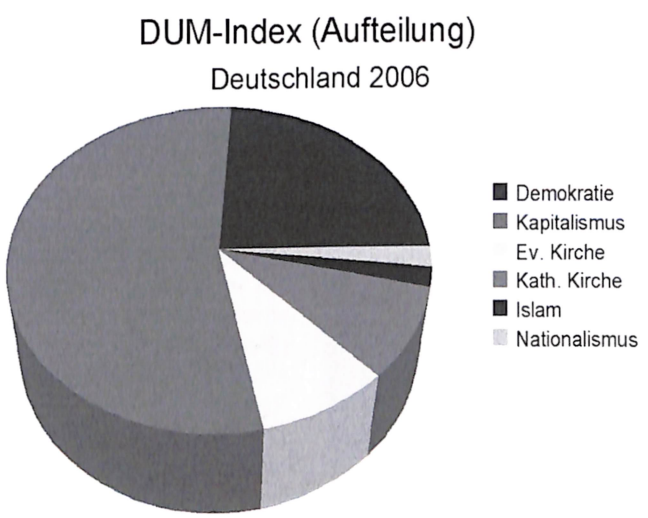
Doch verlieren wir unsere Ausgangsfrage nicht aus den Augen und kommen wir zurück zur Frage, wer die zweithöchsten Türme bauen darf – Moslems oder Christen. Da dies, wie festgestellt, kein demokratischer Diskurs sein und die gesellschaftliche Akzeptanz daher nicht nach demokratischen Mehrheiten allein bemessen werden kann, scheidet ein Plebiszit zur Entscheidungsfindung letztlich aus. Die gewichtigste Frage bleibt somit, ob es zu einem Bürgerkrieg oder Massaker führen würde, wenn ein Minarett in Deutschland das Ulmer Münster überragte. Es gilt, eine Methode zu entwickeln, die Demokratie und Herrschaft erfassen kann.

Der DUMI

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen ist es nötig, einen objektiven Maßstab einzuführen, der hilft, eine

Antwort zu finden. Kern dieses Maßes ist die realistische Beurteilung der Machtverhältnisse. Dazu muss zunächst ermittelt werden, wie viel Herrschaft insgesamt im Bezugssystem ausgeübt wird. Wir verwenden dafür den demokratisch unbeherrschten Macht- Index (DUM-Index oder auch DUMI).[4] Ein DUMI von 0 zeigt dabei die ideale Basisdemokratie an, in der nur Institutionen einen exakt definierten Einfluss haben, die direkt und mit imperativen Mandaten von einer überwältigenden Mehrheit gewählt wurden und deren Funktionäre jederzeit absetzbar sind, ebenso wie die gesamte Institution.

Bei einem DUMI von 100 sind sämtliche demokratischen Aspekte beseitigt. Ein DUMI von 100 bezeugt dabei nicht notwendigerweise die Alleinherrschaft eines Diktators. Ein DUMI von 100 kann auch auftreten, wenn verschiedene Interessengruppen einen Krieg um die Macht führen. Zu betrachten ist also nicht allein der Wert des Index, sondern auch, wer welchen Anteil am Index hält. Dies kann für die Erstellung von Prognosen hilfreich sein. In einer fiktiven Region mit einem DUMI von 90 bei einer Aufteilung von 40:40:10 besteht die Gefahr von Pogromen an der kleinsten auf Herrschaft ausgerichteten Gruppe – die demokratischen Kräfte sind zu schwach, um dem Herrschaftsstreben wirksam etwas entgegenzusetzen; zudem werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach wegen potenzieller Subversion dezimiert werden. In diesem Szenario wird sich mit einiger Wahrscheinlichkeit der DUMI erhöhen, beispielsweise auf 95. Die Aufteilung könnte dann 50:45 betragen – ein typisches ›Kalter Krieg‹-Szenario.



Der DUM-Index ist innerhalb vielfältiger Bezugssysteme anwendbar. In der Praxis kann ein DUMI von 0 beispielsweise in kleinen Organisationen und Verbänden vorkommen. Hier jedoch untersuchen wir die Frage, ob Minarette höher sein dürfen als Kirchtürme. Da die Frage auf Deutsch gestellt wurde, wählen wir als Bezugssystem den deutschen Staat. Dazu müssen wir feststellen, wer in Deutschland am ehesten ein solches Verbot oder eine solche Erlaubnis durchsetzen könnte – und das sind, ob des formalen und realen Gewaltmonopols des Staates, einzig dessen bewaffnete Einheiten, namentlich Polizei und Militär.

Auch in Deutschland hat die kapitalistische Erzählung den höchsten Einfluss – noch vor den Religionen und dem Nationalismus. Die »Forschungsgruppe Integration Frankfurt am Main« hat für 2006 bei ihrer Untersuchung gesellschaftlicher Machtverhältnisse für Deutschland exemplarisch einen DUMI von 76 ermittelt – mit steigender Tendenz. Mit 54 Punkten bildet der Kapitalismus den höchsten Anteil, neun Punkte verursachen jeweils die beiden christlichen Religionen, je zwei Punkte machen Muslime und Nationalist_innen aus. Die demokratischen Institutionen ordnen sich längst diesem Primat unter und nennen diese Huldigung ›Sachzwänge‹. Die gängige Bezeichnung dieses Konkordats ist ›soziale Marktwirtschaft‹. An Boden verlieren die nach wie vor nennenswerten demokratischen Kräfte. Immer seltener fallen demokratische Argumentationen auf fruchtbaren Boden, um echte freiheitliche Errungenschaften wie z.B. den freien Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge aller durchzusetzen und zu verteidigen. Den DUMI erhöhen neben der Marktwirtschaft noch die beiden christlichen Kirchen, eine muslimische Minderheit sowie der Nationalismus.

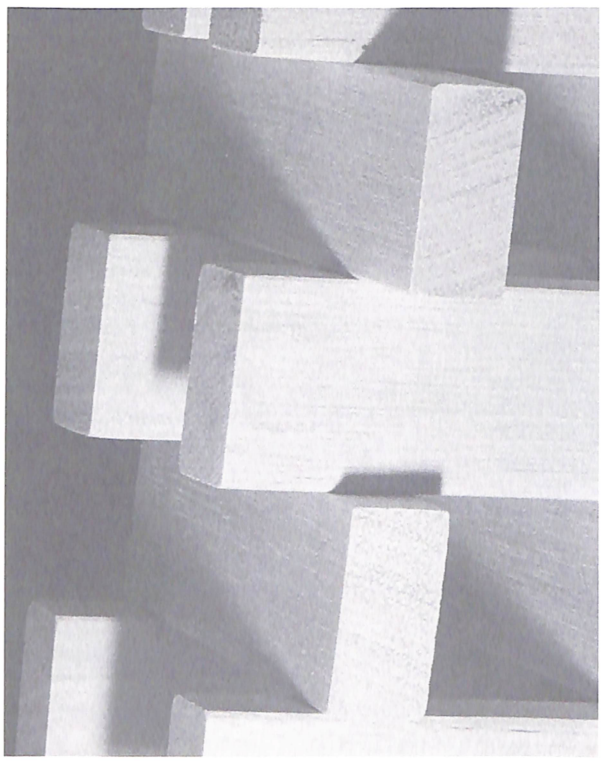
Diese Zahlen verdeutlichen, dass das Machtverhältnis von der Frage, ob Minarette oder Kirchtürme höher sein dürfen, unberührt bleibt – es handelt sich nämlich nicht um eine Frage nach zunehmender oder abnehmender Demokratie, sondern nur um eine interne Neuordnung der in den DUMI einfließenden Faktoren: Selbst wenn ein Minarett dem Ulmer Münster den zweiten Rang abläuft, wird das zu keinen größeren Unruhen führen. Mit Terroraktionen von christlicher oder nationalistischer Seite würde der Kapitalismus, wie oben gezeigt mit dem Index-Wert 54 gegenüber dem Indexwert aller Religionen (20), leicht fertig werden.

Wir sollten die demokratischen Institutionen in Deutschland dennoch nicht vernachlässigen – immerhin haben sie nach wie vor einige Bedeutung (Indexwert 24).

Erlaubtes und Erstrebenswertes – Grenzen der Anerkennung

Wir haben die Frage nach dem ›Dürfen‹ nun ausführlich behandelt. Warum befriedigt uns die einfache Antwort nicht? Haben wir die Frage zu eng betrachtet? Hatten wir nicht gehofft, im Verlauf der Untersuchung mehr zu erfahren über den emotionalen und soziokulturellen Wert von Islam und Christentum? Über die Möglichkeit zu freier und gleichberechtigter Ausübung von Religion in gegenseitiger Toleranz? Ob nicht vielleicht eine Ökumene von Christentum und Islam die zerstrittene Welt einen und zu einem friedlichen Miteinander anleiten könnte? Nein, diese Hoffnungen hegten wir nicht. Wir vermissen vielmehr die Untersuchung aufklärerischer und emanzipativer Repräsentanz in der Öffentlichkeit, die Ursachen von Religion sowie Vorschläge zur Gestaltung eines konstruktiven interkulturellen Dialogs.

Um, wie in der Ausschreibung gefordert, zu einer »Kultur der Anerkennung im interkulturellen Diskurs der Gegenwart« zu kommen, dient die Auseinandersetzung darum, wer oder was gesellschaftliche Anerkennung bekommt, als Indiz für das Ringen um kulturelle Orientierung. Hierbei ist nicht zu vergessen, dass Anerkennung zugleich immer die Ablehnung gegenläufiger Ansprüche impliziert. Wenn z. B. Antidiskriminierungsgesetze dazu beitragen, dass Lesben und Schwule eine vertraglich geregelte und mit Rechten ausgestattete Partnerschaft eingehen dürfen, so widerspricht dies dem Anspruch derjenigen, die die Ehe



zwischen Mann und Frau als einzig legitime Lebensform installieren möchten. In diesem Sinne wollen wir Anerkennung als ein gesellschaftliches Verhältnis, das von den gegebenen Moralvorstellungen und Kräfteverhältnissen beeinflusst wird, begreifen. Innerhalb dieses Verhältnisses streiten wir für die Anerkennung von aufklärerischen, den Menschen »aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit« (Immanuel Kant) befreienden Ansprüchen. Hinter dieses vor über 200 Jahren formulierte Diktum möchten wir nicht zurückfallen. Wir nehmen emphatisch Position für eine Anerkennung, die der Ausweitung der Freiheit des Individuums in aufklärerischer Tradition verpflichtet ist. Eine Kultur der Anerkennung im interkulturellen Diskurs der Gegenwart müsste also den Raum bieten, stetig neu in Aushandlungen zu treten (Herr Kant ist nicht als Vertreter der Frauenrechte bekannt und auch die Abschaffung der Sklaverei ist nicht so alt wie die Aufklärung – trotzdem halten wir an beiden fest). [...]

Wenn Menschen sich für religiöse Erklärungen entschieden haben, gibt es trotzdem gute Gründe, die Anerkennung für eben solche einzuschränken. Der Abschied von der bislang scheinbar gesicherten eigenen symbolischen Ordnung, die Infragestellung des durch sie konstruierten Sinnzusammenhanges ist selbstverständlich ein großer Schritt für die Subjekte. Er ermöglicht allerdings auch Einiges.

Mit diesem Blick auf die Dinge könnte es gelingen, endlich Migrant_innen und nicht-weiße Deutsche nicht mehr als ›Problem‹ zu betrachten, sondern als Individuen mit je nach Schicht- und Bildungshintergrund verschiedenen Ansprüchen und Interessen. Dann würden auch die Absurdität von Vorschlägen, wie z. B. Migrant_innen über religiöse Gruppen anzusprechen, um so deren Integration in die deutsche Gesellschaft zu erreichen, deutlicher erkennbar. Denn nicht selten werden Menschen von derart motivierten Gruppen zur Flucht aus ihrem Land gezwungen. Für unsere Forschungsgruppe, die an demokratischer Teilhabe aller Menschen in einer modernen und globalisierten Welt festhält, führt dieser Ansatz nicht weit genug – wenngleich er die Frage, ob eine Moschee oder eine Kirche größer sein dürfte, dann recht einfach beantworten würde: ›Hier‹ haben sich ›die‹ an ›uns‹ anzupassen, wenn ›wir‹ ›dort‹ sind, müssen ›wir‹ uns ›denen‹ anpassen. In Deutschland müsste also der Kirchturm das Minarett überragen und in Indonesien umgekehrt. In Deutschland dürfen Frauen einen Führerschein machen, in Saudi-Arabien eben nicht. So einfach ist die Sache und man kann sie ganz ohne Argumente regeln. Und es geht auch noch weiter: Da ›die‹ bei ›uns‹ immer noch ›die‹ sind, gelten für ›die‹ bestimmte Regeln: Da können ›wir‹ schon mal Nachsicht üben, wie es eine hessische Richterin tat, als ein Mann seine Frau verprügelte oder, wie es ein Berliner Kollege tat, mildernde Umstände walten lassen, wenn Brüder ihre Schwester ermorden, weil sie sich nicht so verhält, wie es sich in deren Augen gehört – so ist halt ›deren‹ Kultur. Auch hier wird kein weiteres Argument benötigt. Einen Dialog können wir hier nicht erkennen. Neben der klaren Trennung in ›wir‹ und ›die‹ werden gesellschaftliche Realitäten schlicht ignoriert: Dass ›die‹ nämlich ein Teil von ›uns‹ sind: 35 Prozent der in Deutschland lebenden Türk_innen sind hier geboren.

Es kann nicht angehen, dass im Namen von ›Meinungsfreiheit‹ und ›Religionsfreiheit‹ gerade diejenigen zurückstecken sollen, die diese Rechte erkämpft haben. Wie alle Freiheiten, so ist auch die Meinungsfreiheit bitter und blutig erkämpft worden und kein für alle Zeiten garantiertes Recht – die Wiedereinführung der Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland ist nicht einmal 70 Jahre her. Es geht, und zwar nicht ausschließlich symbolisch, ums Ganze: Menschen, denen ihre Freiheiten – seien sie politischer oder sexueller Art; betreffend der Ernährung, der Musikauswahl, der Kleidung, der Meinungsäußerung, der Ausübung des Berufs – wichtig sind, und auch Menschen, die ihre Neugier nicht verstecken möchten, die sich einen offenen Zugang zur Welt und den Menschen um sie herum erhalten möchten, die ins Theater gehen möchten oder Kino toll finden, sollten diesen Anspruch, dieses Begehren, diese Forderung nicht im Namen von beleidigten Religionsvertreter_innen aufgeben. Im Übrigen werden auch Überzeugungen von Atomkraftgegner_innen, Feminist_innen, Lokführer_innen und Globalisierungsgegner_innen regelmäßig

in Zeitungen, Werbung und sonstigen Medien lächerlich gemacht.

Fazit

Es bleibt festzuhalten, dass es unbedingt erforderlich ist, den DUM-Index in jeder Hinsicht auf möglichst niedrige Werte zu drücken, so dass vor allem das bessere Argument gewinnt und Kultur nicht von religiösen Vorstellungen dominiert wird. Aber nicht nur Religion, auch z. B. Nationalismus ist eine Gefahr für individuelle Freiheit.

Auch eine freie Assoziation freier Individuen muss sich drauf einigen, wie die für alle verbindlichen Vereinbarungen aussehen sollen und ist darauf angewiesen, Widersprüche und unterschiedliche Wünsche, Selbstbeschreibungen und Bedürfnisse auszuhalten. Diese Freiheit, entscheiden zu können, was gesellschaftliche Anerkennung bekommt und was nicht, stellt auf der analytischen Ebene eine andere Kategorie dar als die konkreten Inhalte. Deswegen gilt es, diese Freiheit zu verteidigen und nicht von autoritären, paternalistischen oder kulturrelativistischen Forderungen einschränken zu lassen. Sie bedürfen des ständigen Aushandlungsprozesses und eines nicht nur in Krisensituationen geführten Dialogs. Idealerweise wird den Menschen ein bestimmter Teil ihrer Arbeitszeit als ›Sozialzeit‹ zur Verfügung gestellt, in der sie sich gemeinsam mit ihren Nachbar_innen überlegen können, wie sie ihr Zusammenleben gestalten möchten. Die heute scheinbar gezähmte Religion sollte in ihrer Bedeutung für den Lebensalltag ihrer Mitglieder nicht unterschätzt werden. Wir möchten hier niemandem ihr Freizeitvergnügen madig machen – wer gerne adrett gekleidete junge Männer mit schwingenden Weihrauchbehältern zu morgendlicher oder gar abendlicher Stunde bewundert, soll dies selbstverständlich weiterhin tun dürfen.

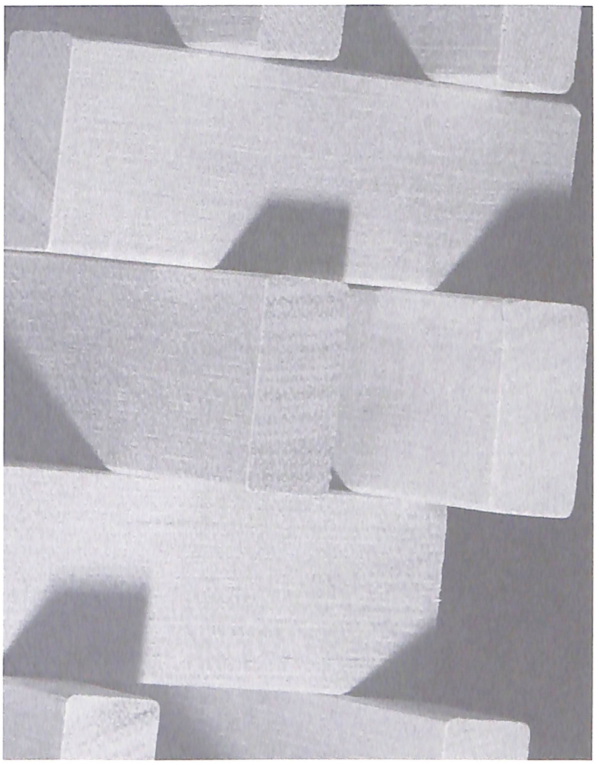
Das KWI als schlechte Verlierer_in

Das Kulturwissenschaftliche Institut Essen konnte sich jedoch leider nicht unserer Argumentation anschließen und sagte daraufhin den gesamten Wettbewerb kurzerhand ab, wie das folgende Schreiben dokumentiert. So formulierte Prof. Dr. Jürgen Straub: »Ich möchte Ihnen weiterhin mitteilen, dass die Entscheidung, keinen Preis zu vergeben, keineswegs bedeutet, dass nicht interessante Arbeiten eingegangen wären. Wir tragen uns auch mit dem Gedanken, ein kleines Symposium zu veranstalten, in dem wir ausgewählte Arbeiten in einem vielleicht etwas größeren Kreis zur Diskussion stellen. Allerdings ändert das nichts an der wohlbedachten Entscheidung, keine der eingegangenen Arbeiten zu prämieren. Diesbezüglich will ich gerne zugestehen, dass die Preisfrage vielleicht nicht optimal gestellt war und auch der verfügbare Platz zu knapp bemessen war. Die Jury hat sich mit diesen Aspekten durchaus selbstkritisch befasst. Wir werden unsere Erfahrungen bei der nächsten Ausschreibung einer Preisschrift berücksichtigen.«

Wir hätten die 6000 Euro Preisgeld ja gerne für die weitere Forschung unserer Forschungsgruppe verwendet (immerhin sind Spesen bei den Redaktionssitzungen bislang nicht gerade üppig gewesen). Da der Rechtsweg wie immer ausgeschlossen ist, bleibt uns nur, die Einladung zu bestätigen: Wir sehen uns beim Symposium!

Die Forschungsgruppe Integration
Frankfurt am Main sind:
Sarah Dellmann, Martin Hauptmann, Iris d'Orville

Die ungekürzt Fassung des Essays der Forschungsgruppe ist zu finden im Internet unter der Adresse:
http://www.diskus.copyriot.com/08-1/minarett_und_kirchturm.pdf



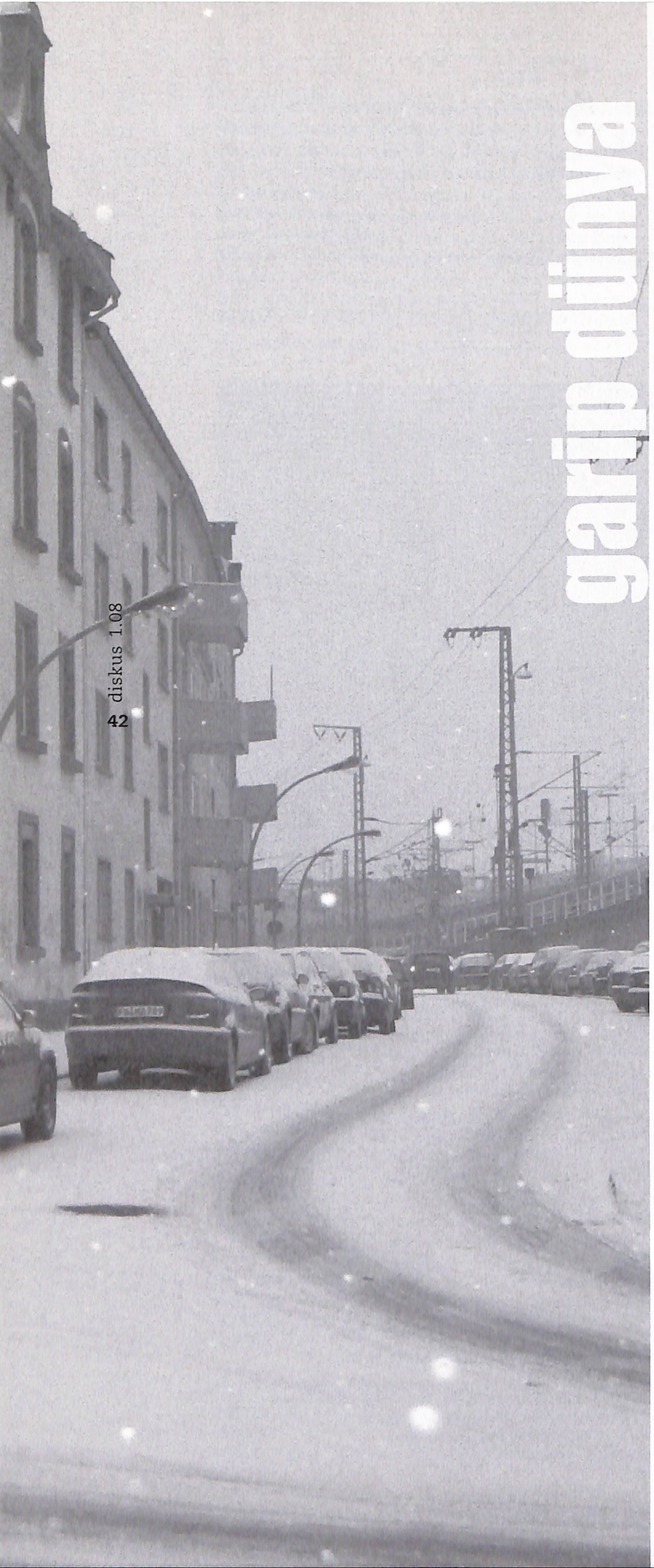
//_noten

#1 Der Architekt Ferdinand Kramer (1898–1985), der in der Nachkriegszeit mit dem Bau von Universitätsgebäuden der Universität Frankfurt am Main beauftragt wurde, machte dies zu seinem Programm, in dem er etwa den engen Eingang zum Hauptgebäude verbreitern und durch eine Glasfassade ersetzen ließ und das Direktorenzimmer im Erdgeschoss einrichtete.

#2 Allein der Frankfurter Fernsehturm überragt mit 337,5 Metern alle Bankgebäude der Stadt. Ob dies Ausdruck der Vormachtstellung der Medien und der Kommunikation in einer vernetzten Welt sind, darf jedoch bezweifelt werden, da hier nicht repräsentative Beweggründe die Höhe bestimmten sondern schlicht die Notwendigkeit zur Zweckerfüllung, somit kann hier nicht von Gestaltungsfreiheit die Rede sein. Auch befindet er sich nicht im repräsentativen Zentrum, sondern am nördlichen Stadtrand, in der Nähe eines Autobahnkreuzes.

#3 Ausführlich bei Prof. Michael R. Krätke: Neoklassik als Weltreligion? in: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Kritische Interventionen. Flugschrift Kritischer Wissenschaft, Bd. 3, Die Illusion der neuen Freiheit. Realitätsverleugnung durch Wissenschaft, Hannover 1999, 100–144.

#4 Zum DUM-Index vergleiche: Forschungsgruppe Integration Frankfurt am Main (Hg.): Gesellschaftliche Machtverhältnisse – Methoden zur Erfassung von Demokratiebewusstsein. Unveröffentl. Vortragsmanuskript, Frankfurt am Main 2006.



Vom Idealismus zu soliden Verhältnissen

Über die Ware hatte Marx geschrieben, dass sie ein »vertracktes Ding« sei, »voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken«. Dasselbe könnte man auch über das Recht sagen: Obschon es das Leben der meisten Menschen auf diesem Planeten in jeder Sekunde maßgeblich beeinflusst, ist alles andere als klar, was genau das Recht überhaupt ist, wie man seine metaphysischen Spitzfindigkeiten verstehen und seine theologischen Mucken austreiben kann. Sonja Buckel hat mit »Subjektivierung und Kohäsion« nun ein Buch vorgelegt, das diese Fragen zwar nicht endgültig klären, zu ihrer Beantwortung wohl aber einen wichtigen Teil beitragen dürfte.

Dabei stellt es bereits eine nicht zu unterschätzende Leistung dar, sich heute der »Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts« – so der Untertitel des Buches – überhaupt zu widmen. Für eine emanzipatorische Position in dem Streit darum, was das Recht eigentlich ist, schien nämlich über Jahrzehnte hinweg im unübersichtlichen Schlachtfeld der Diskurse überhaupt kein Platz zu sein. Zuerst hat die stalinistische Verfolgungspolitik jeder ernst zu nehmenden marxistischen Rechtstheorie ein jähes Ende bereitet. Das Schicksal des sowjetischen Juristen Eugen Paschukanis kann hier als emblematisch gelten: Paschukanis hatte in seinem Werk »Allgemeine Rechtslehre und Marxismus«, sich streng an Marx orientierend, noch die These von der prinzipiellen Inkompatibilität von Recht und Kommunismus verteidigt und ist damit in Widerspruch zu den Anforderungen der totalitären Tagespolitik Stalin'scher Prägung geraten, die nicht ein Absterben, sondern im Gegenteil eine Intensivierung rechtlicher und staatlicher Praktiken für opportun hielt. Die Folge: Paschukanis ist während der Zeit der Moskauer Prozesse verschwunden und wurde vermutlich erschossen, sein Werk wurde denunziert und unter Quarantäne gestellt (Sonja Buckel kommt nun insbesondere das Verdienst zu, diesen älteren marxistischen Rechtstheoretiker überhaupt erst einem größeren Publikum in der Bundesrepublik bekannt gemacht zu haben). War also die Entwicklung einer sich an Marx orientierenden Rechtstheorie durch die Vorherrschaft parteikommunistischer Doktrinen und realpolitischer Anforderungen blockiert, so hat die nicht-marxistische Neue Linke im Gegenzug allergisch auf die orthodoxen Versuche reagiert, das Recht als puren Reflex der ökonomischen Verhältnisse zu bestimmen oder als rein terroristische Klassenjustiz zu dämonisieren. Michel Foucault etwa hat im Rahmen seiner Neukonzeption des Machtbegriffs dem Recht gar keine wesentliche Stellung mehr eingeräumt; im Sinne seines genealogischen Programms ging es Foucault demgegenüber um das Aufsuchen der Macht in ihren lokalen Wirkungsweisen und Effektivitäten, die seiner historischen Analyse nach gerade immer weniger tatsächlich vom

Recht als dem einen zentralen Integrationsfaktor bestimmt sind. *Last but not least* hat eine dritte Fraktion aus der Erfahrung des Totalitarismus den Schluss gezogen, dass es zu dem Rechtsstaat historisch und logisch gar keine Alternative geben könne; das entscheidende theoriepolitische Ereignis dürfte hier das Erscheinen von Habermas' Werk »Faktizität und Geltung« gewesen sein. Die Nachteile dieser dritten Position liegen auf der Hand: Aus ihrer Perspektive lässt sich die Gewalt- und Zwangsförmigkeit des Rechts nicht konsequent kritisieren und überwinden.

Sonja Buckels Dissertation bricht diese festgefahrene und einigermaßen unproduktive Konstellation auf und ermöglicht so einen undogmatischen Neuanfang in der emanzipatorischen Rechtstheorie. Sinnvollerweise betont sie ganz zu Beginn ihrer Arbeit, dass sie das Label »materialistisch«, das im Untertitel auftaucht, nicht im Sinne einer Ableitung aus einer »ökonomischen Basis« verstanden wissen will. Das Recht bezieht seinen materiellen Charakter nicht aus einer dritten determinierenden Instanz, sondern aus sich selbst, aus den ihm eigenen Funktions- und Wirkungsweisen. Womit viele andere rechtstheoretische Abhandlungen schließen, damit setzt also diejenige von Sonja Buckel erst ein, mit der Erkenntnis nämlich, dass das Recht eine relativ autonome Struktur ist, die spezifische Unterdrückungsverhältnisse produziert, aber auch eigenständige Widerstands- und Emanzipationspotentiale bietet.

Von Adorno stammt das Wort, Aufgabe des Materialismus sei es, dem Idealismus zu seinem Recht zu verhelfen. Eine »materialistische« Herangehensweise zeichnet sich demzufolge nicht allein dadurch aus, die vorgefundenen Verhältnisse hinsichtlich ihrer manifesten sozialen »Materialität« zu untersuchen, sondern beinhaltet auch das normative Interesse an Veränderung: Das Schicksal der Menschen entspringt zwar nicht ihrem Bewusstsein und ihren Ideen, sollte es aber. Bezogen auf das Recht heißt das, sowohl die spezifischen systemischen Zwänge und Gewaltförmigkeiten zu analysieren, die es als Vergesellschaftungsform charakterisieren, als auch es als ein Medium für die Etablierung freier intersubjektiver Anerkennungsbeziehungen zumindest prinzipiell in Betracht zu ziehen. Aus einer emanzipatorischen Perspektive gehören beide Aspekte zusammen: Vernachlässigt oder beschönigt man den polizeilichen Zwangscharakter des Rechts, verfehlt man eine »materialistische« Rechtstheorie ebenso wie wenn man das Recht aufgrund seines historischen Ursprungs für immer und ewig auf diese Repressionsfunktion hin für festgelegt hält. Sonja Buckel lässt die deskriptive Dimension ihrer materialistischen Herangehensweise (etwas irritierenderweise) von der Systemtheorie Niklas Luhmanns, die normative Dimension von der Diskurstheorie Jürgen Habermas' repräsentieren und spannt so zunächst die Koordinaten auf, an denen sich ihre Abhandlung im weiteren Verlauf orientiert. Von Luhmann übernimmt sie dabei die analytische Perspektive auf die Eigenlogik des Rechts in seiner Totalität, von Habermas die Erkenntnis, dass sich die Rechtstheorie nicht auf die soziologische Beobachter_innenperspektive der dritten Person beschränken darf, in der alles nur »zum Gegenstand gefriert«. Ausgehend von den marxistischen Debatten der 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts zeichnet sie dann die linken Theoriestränge insbesondere in Deutschland, Frankreich und Italien bis in die Gegenwart nach und konsultiert dabei so unterschiedliche Quellen wie Neumann und Kirchheimer, Poulantzas und Foucault. In einem weiteren Schritt entwickelt sie in einer differenzierenden Abwägung ihre eigene Position, wobei sie die üblichen Fettnäpfchen – etwa »Klassenreduktionismus«, »Ökonomismus«, »Ausblendung der Strukturkategorie Geschlecht« – geflissentlich zu vermeiden sucht. Die »Rekonstruktion«, die Sonja Buckel treffend sowohl als Rekurs, als auch als Konstruktion versteht, ist dabei nicht nur die Herleitung ihres eigenen Beitrags zur Rechtsformanalyse, sondern bietet der Leserin gleichzeitig eine profunde Einführung in die beteiligten theoretischen Ansätze. Abschließend nimmt die Autorin die beschwerliche Aufgabe auf sich, diese rechtstheoretische Position anhand der sich real vollziehenden Transformationen des Rechts im Zuge der europäischen Einigung zu überprüfen und zu erden.

»Subjektivierung und Kohäsion«, so ja auch der Titel der Arbeit, macht Buckel letztlich als die beiden Hauptfunktionen des Rechts aus: Das Recht stratifiziert den sozialen Raum gleichzeitig auf trennende, als auch auf zusammenziehende Weise, indem es die Individuen einerseits in isolierte Parzellen verteilt, ihnen aber zugleich ein gemeinsames Gesetz oktroyiert. Eine demokratische und emanzipatorische Entscheidungsfindung und eine gewaltfreie Begegnung mit anderen ist im Recht, entgegen seines ursprünglichen Versprechens, nicht ermöglicht, sondern verstellt. Schade ist, dass sich die Autorin – trotz ihres sonstigen wohltuenden Pluralismus – mit dem akademischen Mainstream in der beharrlichen Nicht-Rezeption der rechtstheoretischen Studien Giorgio Agambens einig ist, hätte doch gerade Agamben Auskunft erteilen können sowohl über die potentiell katastrophale materielle Eigenkraft des Rechts wie auch über mögliche Auswege: Seine Kategorie der Profanierung bezeichnet eine kritische Operation, durch die das Recht von seinem Zwangscharakter gelöst und so den Menschen für ihren eigenen Gebrauch zurück gegeben werden könnte. Es ist stattdessen die Chiffre der »Selbstregierung«, der von der Autorin die anspruchsvolle Aufgabe zugemutet wird, eine Alternative sowohl zur individualisierenden und isolierenden, als auch zur bindenden, unterwerfenden Autorität des abstrakten Rechts zu markieren. Nur eine Demokratisierung der »Recht-Fertigungs«-Prozesse, so die Pointe des Buches, macht die Rechtsform für eine emanzipierte menschliche Gemeinschaft brauchbar, und es ist schon der Prozess dieser kollektiven Aneignung selbst, durch den eine solche Emanzipation antizipiert und vorbereitet wird. Die Definition von Adorno wird hier ganz wörtlich genommen: Aufgabe des Materialismus ist es, dem Idealismus zu seinem – und damit uns zu unserem – Recht zu verhelfen.

Daniel Loick

Sonja Buckel: Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts. Weilerswist 2007: Velbrück; 38,00 EUR

Faites votre jeu! Mehr als nur Besetzung sein

Seit dem 2. August 2008 gibt es neben dem Institut für vergleichende Irrelevanz ein weiteres besetztes Haus in Frankfurt. Das ehemalige Juz in der Varrentrappstraße 38 wurde von der Initiative »Faites votre jeu!« in Betrieb genommen.

Zuvor stand das Gebäude sieben Jahre leer und verfiel zusehends, was gerade angesichts der Mietpreise in Frankfurt mehr als unverständlich ist. Die Initiative selbst begründet die Besetzung wie folgt: »Die Besetzung des ehemaligen JUZ ist als eine Reaktion auf die immer weiter voranschreitende, repressive Umstrukturierung des städtischen Lebens zu verstehen. Dem Prozess der Normierung und Kontrolle des urbanen Raumes begegnen wir mit der Spontaneität eines selbstverwalteten Zentrums und bemühen uns so, Brüche in der gesellschaftlichen Totalität aufzuzeigen.«

Inwiefern es sich dabei um das Aufzeigen von Brüchen in der gesellschaftlichen Totalität handelt, mögen andere entscheiden, aber zumindest findet seither einiges im Haus statt. Neben regelmäßigen Terminen wie Barabend, Faites votre cuisine, Schüler_innen-Café und Filmabenden gibt es 14-tägig wechselnde Ausstellungen, Konzerte, Lesungen und Diskussionsveranstaltungen. Die zahlreichen Räume des Hauses bieten darüber hinaus Platz für unterschiedlichste Nutzung, z. B. für ein offenes Atelier, einen Medienraum mit Fotolabor, einen Trainings-, einen Probe- und einen Street Art-Raum.

Der Status des Hauses ist trotz allem nach wie vor prekär. Nach den letzten Verlautbarungen seitens der Stadt muss das Haus am 15. Januar 2009 geräumt sein. Im Zweifelsfall soll das wohl auch mit Gewalt durchgesetzt werden, denn die Strafanzeige gegen die Besetzer_innen ist bisher immer noch nicht zurückgenommen. Angeblich soll das Gebäude Mitte Januar saniert werden, um es der angrenzenden Schule für Mode und Bekleidung zur Verfügung zu stellen, die dort ihre Verwaltung unterbringen möchte. Bisher ist aber höchst unklar, ob es überhaupt schon Ausschreibungen für die geplanten Baumaßnahmen gibt und ob Gelder in ausreichender Höhe bewilligt wurden.

Die Solidarität mit dem Projekt wächst zwar stetig. Dennoch gilt: Äuglein und Öhrchen offen halten und die aktuellen Entwicklungen verfolgen.

Aktuelle Infos unter: http://faitesvotrejeu.blogsport.de/

queere (t)ex(t)perimente

»queer heißt: nein zu Dichotomie, ja zu Kreativität und künstlerischer Freiheit.«

Der Begriff queer steht nicht nur für Vielfalt und Diversität von geschlechtlichen und sexuellen (Lebens-)Entwürfen, die Heteronormativität entgegenstehen, sondern auch für Entgrenzung, Grenzverwischung und für einen Umgang mit Text, eine Lese- und Schreibstrategie; vielleicht lässt sich queer sogar als eine künstlerische Technik begreifen, die eingefahrenes, dichotomes Denken unterlaufen kann.

Der Sammelband »queere (t)ex(t)perimente« ist im wahrsten Sinne des Titels ein Textexperiment, denn er vereint nicht nur sehr diverse (deutsch- und englischsprachige) Textformate: Gedichte, Textfragmente, Comics, Bilder und akademische, literarische, politische Texte. Er regt darüber hinaus auch an, über Texte als Medium nachzudenken, die sich herkömmlichen Genres entziehen und damit im doppelten Sinne als queer zu bezeichnen sind.

Alle Beiträge kreisen um die Frage eines künstlerischen, intellektuellen oder politischen Aspekts von queer, wobei der Begriff immer wieder aus anderen Richtungen umkreist, man könnte fast sagen, umzingelt wird. Die immer wieder eingestreuten kurzen Annäherungen ist eine Art Fundus, der für Arbeiten an queer und seinen unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen durchstöbert werden kann. Die Texte, die sich dem Problem theoretisch nähern, verweigern sich zumeist der herkömmlichen Form akademischer Texte. Das ist einerseits wohltuend und bringt manchen interessanten Gedanken oder spannende Wortspiele hervor, bleibt jedoch auch unbefriedigend, denn eine konsequente Arbeit an diesen Ideen wird meist nicht geleistet.

Claudia Münzing beispielsweise kategorisiert ihren Text als »Denkanschubser«, als eine Ansammlung von Gedankenfragmenten, Erinnerungssplittern und Assoziationsschnipseln. Das bleibt er leider auch. Und so lassen sich tatsächlich interessante Anschubser finden, einzelne Sätze, die an spannende Diskussionen anknüpfen oder eben solche aufmachen. Doch der dahinter liegende Gedanke entwischt, wenn sich im nächsten Absatz schon wieder freie Assoziationsketten bilden. Konsequenter bleibt sie jedoch an der Frage, welchen Politikbegriff sich mit queer entwerfen lässt. Sie schlägt eine Politik des Einschlusses, aber auch der Störung vor: Mit Ent-Störung meint Münzing die Veränderung von dem, was stört, während queer als Störung der Heteronormativität beschreiben wird. Daran anknüpfend entwirft sie ein Fragment einer queeren Ethik, in dem sie empirische, theoretische, politische und künstlerische Ausrichtungen verknüpft.

Andere Texte wie der einer queer-feministischen »ANALyse geschlechts-differenzierter Körpergrenzen« von Franziska Bergmann oder über den Topos der männlichen Schwangerschaft in der Literatur von Nora Filipp bleiben am klassisch akademischen Stil angelehnt, sind aber wegen ihrer interessanten Fragestellungen spannend zu lesen und zu empfehlen.

Der Frage des Ausschlusses in queeren Zusammenhängen geht Jim Baker nach. Er beschreibt zunächst die alte Debatte um die Benennung von Differenzen innerhalb scheinbar homogener Gruppen wie Schwulen und Lesben und die Ausschlüsse, die eben solche Benennungen, aber auch die Nicht-Benennungen, hervorrufen kann. Stattdessen schlägt er schließlich vor, eher nach Gemeinsamkeiten statt nach Differenzen zu suchen und diese zur Grundlage für eine community zu machen. Das ist nicht neu, aber immer (noch) virulent als Frage von Zusammenhängen, die plural und divers unter dem queer-Label stehen.

Es lassen sich zahlreiche und vielfältige (Denk-)Anregungen und Ideen in der Aufsatzsammlung finden, die man nicht schon hundertmal irgendwo gelesen hat. Nett ist auch die Abkehr von einer akademischen Textform, die immer wieder viel Gleiches produziert und wenig Platz für Neues lässt. Dennoch kommt in den meisten Texten eine Arbeit an den spannenden Ideen zu kurz, ein Entfalten von Beispielen und Metaphern, so dass vieles lediglich nebeneinander stehen bleibt und teilweise der Gefahr anheimfällt, verloren zu gehen.

ao

Bergmann, Franziska; Moos, Jennifer; Münzing, Claudia (Hg.) (2008): queere (t)ex(t)perimente. fwpf, Freiburg im Breisgau.

Mit seiner Monographie knüpft John Kannankulam an eine Reihe neuerer Arbeiten an, in denen die Aktualität materialistischer Staatstheorie im Anschluss an Nicos Poulantzas aufzuzeigen versucht wird. Wie der Titel verrät, wendet sich Kannankulam dem Konzept des autoritären Etatismus zu, mit dem Poulantzas eine neue Staatsform beschrieben hat, die er Ende der siebziger Jahre als Reaktion auf eine politische Krise heraufziehen und durch einen Verfall demokratischer Institutionen und Einschränkungen formaler Freiheiten gekennzeichnet sah.

Doch auch in der Gegenwart lässt sich eine Vielzahl politischer Prozesse identifizieren, die den von Poulantzas beschriebenen Tendenzen in nichts nachstehen: Das Zustandekommen des Rettungspakets für das Finanzsystem bestätigt, genauso wie das neue BKA-Gesetz, eindrücklich seine Diagnose. So drängt sich die Ausgangsfrage des Buches, »ob Poulantzas' Konzept des autoritären Etatismus geeignet ist, aktuelle staatliche Transformationsprozesse zu erklären« (10), förmlich auf. Die Untersuchung ist entlang der daran anschließenden Frage strukturiert, »wo und wie dieses Konzept ggf. aktualisiert und erweitert werden muss, um es für aktuelle Analyse in Anschlag bringen zu können« (ebd.). Der zentrale Einsatzpunkt einer solchen Erweiterung besteht Kannankulam zufolge darin, dass Poulantzas nicht die Konsequenz aus seinem Verständnis des Staates als materieller Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse gezogen und nur unzureichend ana-

lysiert habe, welche sozialen Kräfte hinter der Durchsetzung des autoritären Etatismus standen. Diesen Mangel mittels einer »historisch-empirischen Rekonstruktion der Kräfteverhältnisse« (91) zu beheben, macht den Hauptteil der Arbeit aus.

Zunächst verhandelt der Autor jedoch einige grundlegende Probleme der Poulantzas'schen Staatstheorie. Sie wird mit der Marxschen Formanalyse vermittelt, um die bei Poulantzas vorausgesetzte Trennung von Staat und Ökonomie zu begründen und die strukturellen Grenzen staatlichen Handelns zu bestimmen. Die Idee, eine solche Vermittlung vorzunehmen und so das Verhältnis von sozialen Formen, Institutionen und konjunkturellen, sozialen Auseinandersetzungen genauer zu fassen, ist zwar nicht neu, wird hier jedoch in bisher nicht publizierter Ausführlichkeit behandelt und fruchtbar gemacht, um Poulantzas' doppeldeutige Bestimmung der relativen Autonomie des Staates und den theoretischen Status der Hegemonie zu klären.

Mit dem so entwickelten Begriffsapparat nimmt Kannankulam dann die historisch-empirische Analyse in Angriff. Zunächst wird mit einem Blick auf den Wandel der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit rekonstruiert, wie durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Internationalisierung der Produktion ausgehend von den USA eine finanzkapitalistische und am Neoliberalismus orientierte Kapitalfraktion heranwuchs, die es in der Krise des Fordismus schaffte, die »institutionellen Arrangements innerhalb des atlantischen Fordismus im Allgemeinen und der USA im Besonderen zu ihren Gunsten zu verschieben« (150). Diese Fraktion, so die These, habe – im Schulterschluss mit neokonservativen politischen Kräften – eine entscheidende Rolle in der Durchsetzung des autoritären Etatismus gespielt. Vor diesem Hintergrund sei dann auch Poulantzas' These »historisch plausibel« (107), dass es sich beim autoritären Etatismus um eine der damaligen Phase des Kapitalismus angemessene Staatsform und damit eine allgemeine Tendenz in allen Ländern des atlantischen Fordismus handelt. Im Anschluss daran wird die empirische Generalisierbarkeit der Poulantzas'schen Thesen anhand der wirtschaftsgeschichtlichen und politischen Entwicklungen in Großbritannien und in der BRD geprüft. Deutlich wird dabei zum einen, dass die – in Großbritannien mehr, in der Bundesrepublik weniger – militant kämpfenden Arbeiter_innen insofern eine zentrale Kraft bildeten, als dass sie durch ihre Militanz zur Krise des Fordismus beitrugen, auf die mit dem Umbau des staatsapparativen Gefüges in Richtung eines »neoliberalen autoritären Etatismus« (330) reagiert wurde. Zum anderen zeigt Kannankulam, dass dieser Umbau zwar von konservativen Regierungen begonnen, in beiden Ländern aber auch von den sozialdemokratischen Parteien fortgeführt wurde, nachdem sie die konservativen von der Regierung abgelöst hatten.

Der zentrale Mangel in Poulantzas' Zeitdiagnose wird also durch die Rekonstruktion der Kräfteverhältnisse einerseits im weltwirtschaftlichen, andererseits im länderspezifischen Kontext behoben. Allerdings rächt sich gerade im letzten Teil diese strikte Einteilung der Untersuchung. Die Frage, inwiefern die in den Ländern sich vollziehende Machtverschiebung hin zur Exekutive – ein zentrales Element des autoritären Etatismus – mit der zunehmenden Bedeutung politischer Prozesse und Entscheidungen auf der supra- und internationalen Ebene zusammenhängt, gerät dabei aus dem Blick und wird nicht systematisch verfolgt. Ein Zusammenhang wird am Schluss lediglich behauptet. Auch an dieser Stelle wäre Poulantzas' Konzept in Richtung der methodischen Frage zu erweitern gewesen, welcher Stellenwert heute der supra- und internationalen Ebene in der Erklärung nationalstaatlicher Transformationsprozesse zukommt. Methodisch bleibt zudem im Übergang vom theoretischen zum historisch-empirischen Teil der Arbeit unklar, worin die angekündigte »Operationalisierung der historisch-empirischen Rekonstruktion der Kräfteverhältnisse« (91) bestehen soll.

Am Ende erreicht das Buch aber dennoch das gesetzte Ziel, die Aktualität und das Erklärungspotential des Konzepts des autoritären Etatismus und damit der Staatstheorie von Poulantzas nachzuweisen. In den

einzelnen Teilen wird überzeugend dargelegt, wie die staatstheoretischen Begriffe zur Interpretation historischer Entwicklungen nutzbar gemacht werden können. Zwar wäre eine ausführlichere Diskussion methodologischer und methodischer Fragen wünschenswert gewesen, aber es werden diverse Anknüpfungspunkte für solche weitergehenden Diskussionen geliefert – und es wird deutlich, warum es sich lohnt, sie zu führen.

Robin Mohan

// text
John Kannankulam: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus – Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Hamburg: VSA-Verlag 2008.

Review zur Frankfurter Nachttanzdemo 2008

Am späten Abend des 2. Oktober 2008 sollte sie beginnen, die Nachttanzdemo 2008 »Deutschland den !Schlaf rauben – Die Verhältnisse zum Tanzen bringen!«. Sollte.

Zur Auftaktkundgebung am Südbahnhof waren mehrere hundert Teilnehmer_innen erschienen, die sich schließlich im einem spontanen Demozug zum nahegelegenen Schweizer Platz begaben, an dem die Demo auf über 1000 Teilnehmer_innen anwuchs. Über die Gutzkowstrasße sollte dieser Demozug auf die eigentliche Route stoßen, um – so das einvernehmliche Ziel – die Nachttanzdemo (NTD) wie geplant durchzuführen. Drei der geplanten acht Musikwägen hatten es bis hierher geschafft und die Demo begann.

Nach wenigen hundert Metern wurde die Demo durch eine Kette der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) der Polizei aufgehalten, da die angemeldete Route verlassen worden sei. Der Zugang zu dieser war aber nicht möglich, Verhandlungen wurden nicht zugelassen. So tanzten die Leute also erst einmal dort, wo sie waren. Schließlich wurde das Polizeikordon enger gezogen und die Demonstration für beendet erklärt, da es aus ihr heraus zu »unfriedlichen« Aktionen gekommen sei. Postwendend bahnte sich die Polizei den Weg zum ersten Wagen und zerschlug die Seitenscheibe. Dabei wurden durch den Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray mehrere Personen zum Teil schwer verletzt.

Aus der aufgelösten Demo formierten sich spontane Demozüge, die schließlich den Uni Campus erreichen konnten. Dort wurde bis früh morgens gefeiert.

Die NTD gibt es seit über zehn Jahren in Frankfurt, in den vergangenen Jahren konnten tausende Teilnehmer_innen mobilisiert werden. Als eine partypolitische Intervention in den Stadtraum ist sie eine Form, um Inhalte, Proteste gegen beispielsweise Studiengebühren, Innenstadtüberwachung, Gentrifizierungsprozesse und für nicht-profitorientierte politische und kulturelle Räume zu artikulieren. In diesem Jahr stand – passend zur ausgewählten Nacht vom 2. auf den 3. Oktober – im Besonderen die Kritik des erstarkenden deutschen Nationalismus auf der Agenda. Die gewählten Themen sprechen unterschiedlich viele Menschen an, jedoch bis zu 2500 Teilnehmer_innen kommen zu einer NTD. Vielleicht ist es die Aufmerksamkeit, die bestimmten Themen entgegengebraucht wird, die Betroffenheit, der Widerspruch gegen städtische Ordnungspolitiken. Vielleicht einfach auch nur die Erwartung einer guten Party.

Die NTD ist aber vor allem auch eine Aneignungspraxis, eine Politik der Sichtbarmachung anderer Formen des Feierns auf der Bühne der Stadt, für jede_n sicht- und wahrnehmbar, als Ausdruckfrom unterschiedlicher Begehren, als Einbruch in die visuelle Kultur des Immergleichen.

Das Forum, Inhalte und Anliegen durch eine politische Demonstration mitzuteilen, sollte 2008 den jungen Menschen verweigert werden. Bereits im Vorfeld wurde versucht, die Durchführung einer Demo in üblicher Form mit restriktiven Auflagen der Versammlungsbehörde zu verunmöglichen. So formulierte die Auflagenverfügung ein Innenstadtverbot und die namentliche Benennung einzelner Wagenverantwortlicher an die Einsatzleitung der Polizei, um bei etwaigen Verstößen gegen die peniblen Lärmschutzauflagen direkte Handhabung zu haben. Dagegen reichte das Vorbereitungsbündnis der NTD – ein Bündnis aus zahlreichen, heterogenen politischen Gruppen, Projekten und Initiativen – umgehend Klage vor dem Verwaltungsgericht ein. Dieses gab dem Bündnis in der Frage des Innenstadtverbots recht und genehmigte vollständig die angemeldete Route: Es sei nicht ersichtlich, warum einige Straßen lärmschutzwürdiger seien als andere. In der Frage der Verantwortlichkeit argumentierte das Gericht: Da es um Verstöße gegen die Lärmauflagen gehe, sei es nicht nötig Daten der Einsatzleitung mitzuteilen. Es reiche aus, sie der zuständigen Versammlungsehörde anzugeben, die im Falle vorgebrachter Anzeigen die Namen aber weitergeben könne. Das Gericht folgte damit zwar nicht der Argumentation des NTD-Bündnisses, dass dadurch das »Recht auf informationelle Selbstbestimmung« nicht gewahrt sei, stellte aber dennoch klar das es sich um eine Maßnahme der Lärmvermeidung handele, obgleich die Stoßrichtung die gleiche blieb. Dem widersprach in der Presse umgehend Frankfurts Ordnungsdezernent Volker Stein, der die Namen für den Fall möglicher »Ausschreitungen« - quasi präventiv – einsammeln wollte. Steins Lesart der Gerichtsentscheidung bestätigte die Befürchtung, dass es um die Sammlung von Daten politisch Unliebsamer geht. So bezeichnete er die NTD im Vorfeld als eine »Zumutung für die Gesellschaft« (*FR*, 30. 9. 2008), deren Teilnehmer_innen »alkoholisiert sein und zur Gewalt neigen« werden (ebd.). Das vorderste Ziel der NTD sei gewesen, so Stein im Nachhinein, den Tag der Deutschen Einheit »zu desavouieren« (*FR*, 7. 10. 2008). Die Rechte Dritter seien massiv beeinträchtigt. Und natürlich, wir kennen das: Die NTD sei keine Demonstration, die durch das Versammlungsrecht zu schützen sei.

Wie sehr es Stein um Rechte Dritter geht, zeigt der Umstand, dass er in den vergangenen Jahren vermehrt ganze Frankfurter Stadtteile militärisch abschirmen ließ, um Neonazis marschieren zu lassen.

Auch aber war bereits im Vorfeld klar, dass das Bündnis die Auflagen keinesfalls akzepieren würde, auch um einen Präzendenzfall zu vermeiden. Im Zuge der Gesetzesänderungen bezüglich des Versammlungsrechtes in Bayern und Baden-Würtemberg kann befürchtet werden, dass auch in Hessen derartiges spätestens seit den Aussichten auf eine weitere Amtszeit Roland Kochs (CDU) nach der Neuwahl des Landtages im Januar 2009 in Angriff genommen wird. Aus der Befürchtung bereits jetzt einen hessenweiten Präzedenzfall zu schaffen verzichtete das Vorbereitungsbündnis auf eine weitere Klage. Und so wurde der Dinge geharrt, die da kamen.

Wir sehen uns bei der Nachttanzdemo 2009!

Missy Violet

http://www.nachttanzdemo.tk

Vom Gespenstischen zu schreiben, wenn es um soziale Phänomene geht, ist nicht unbedingt neu. Es lässt sich fast schon sagen, dass es einen Hype dieser Metapher gibt, und möglicherweise sind die Gespenster der Gegenwart deshalb so beliebt, weil sie die Gespenster der jüngeren Vergangenheit rezitieren. Das berühmt-berüchtigtste Gespenst der Geschichte ist zweifellos das Gespenst des Kommunismus, das vor fast hundertsechzig Jahren den europäischen Kontinent heimsuchte und von Marx und Engels identifiziert wurde.

Nun hat sich inzwischen das Gespenst zwar von seinem teleologisch-historischen Träger, dem Proletariat und der kommunistischen Bewegung gelöst, das heißt aber noch nicht, dass die unheimlich-gespenstische Heimsuchung an ihrem Ende angelangt ist. Seitdem Jacques Derrida auf die unvorhersehbare Wiederkehr von Marx' Gespenstern in ihren rastlosen Gerechtigkeitsansprüchen hingewiesen hat, ist die Metapher der Gespenster wieder ein verbreitetes rhetorisches Mittel, um die vielfältigen schwer (be)greifbaren, nicht-identischen Phänomenen und Widersprüche der Gegenwart zu beschreiben. Mit den »Gespenstern der Migration« ist nun eine genealogischen Untersuchung der illegalen Migration in der Bundesrepublik Deutschland erschienen, die berechtigterweise mit der Metapher spielt, da der Migration tatsächlich etwas Gespenstisches anhaftet.

Die Untersuchung ist angelegt als Genealogie, also als Rekonstruktion des Macht-Wissens-Komplexes, welcher den Gegenstand Migration und ihre Entwicklungspfade konstituiert. Spezifisch an ihr ist die gelungene theoretische Erweiterung und Akzentuierung der Genealogie um die Pole Gouvernementalität und kritisch-materialistische Staatstheorie. Ersteres ist hauptsächlich den Vorlesungen von Michel Foucault vom Ende der 1970er Jahre entlehnt, letzteres den Arbeiten von Nicos Poulantzas.

Was die erweiterte Genealogie überzeugend und anschaulich aufzeigen kann, ist, dass bei Migration weit mehr auf dem Spiel steht als die bloß formale Regulierung des Zuzugs von Personen. Im Dispositiv der Migration verdichten sich die gesamtgesellschaftlich relevanten Widersprüche und Konfliktlinien, die für nationalstaatlich formierte Gesellschaften des Spätkapitalismus kennzeichnend sind. Migration destabilisiert generell die Konstruktion des Sozialen der kapitalistischen Moderne, weil diese nationalstaatlich verfasst ist und ideologisch auf der Sesshaftigkeit eines »Volks-als-Nation« aufbaut. Im Gegensatz zum Mainstream der Migrationsforschung wird damit einem ›naiven‹ Staatsverständnis vorgebeugt, welches dem Staat entweder die Rolle eines einheitlichen Subjekts oder eines Instruments zuweist. Beides ist aber defizitär, wenn die widersprüchlichen Handlungen von staatlichen Akteuren und Institutionen analysiert und erklärt werden sollen. Bezogen auf die Migration stehen die Mainstream-Positionen vor dem Problem das Paradox zu erklären, warum der staatliche Akteur einerseits illegale Migration verbietet, sie andererseits aber durch seine Kontrollpraxis und seine Macht zur Rechtsetzung erst schafft. Eine staatstheoretische Perspektive, welche wie hier ihren Gegenstand als materielle Verdichtung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses konzipiert, kann diese Widersprüchlichkeit erfassen und erklären.

Die Genealogie zeigt, dass die illegale Migration zunehmend zur omnipräsenten Figur das gesellschaftlich bestimmten Anderen wird. Da die Grundlage des Sozialen des Spätkapitalismus in der Territorialisierung und sozialstaatlichen Integration der Bevölkerung und des darin schlummernden produktiven Potenzials liegt, ist transnationale Mobilität per se problematisch für die soziale Ordnung und somit kontroll- und regulierungsbedürftig. Das Gespenst der Arbeiterklasse konnte dadurch eingebunden werden, dass im Laufe des 20. Jahrhunderts soziale Konflikte als Auseinandersetzungen um soziale Rechte kodifiziert wurden. Die länderüberschreitende Migration stellt die eh schon fragile Einbindung der Arbeiter_innen als Arbeiter-Bürger_innen aber in Frage. Die national-sozialstaatliche Integration der Arbeiter_innenklasse basiert auf der impliziten Akzeptanz der Exklusion aller Nicht-Staatbürger_innen. Die Gewährung sozialer Rechte auf nationaler Ebene für die einen, schließt die der anderen aus. Daher die gespenstische Grenzerscheinung der Migration: zwischen gesetzlichem Verbot und ökonomischem Bedarf, zivilgesellschaftlichen Unerwünschtem und Bereicherung.

Gastarbeiter, Asylbewerber, Illegaler – Figuren der Migration

Bereits in der Figur des Gastarbeiters, die die erste bundesdeutsche Migrationsära nach dem zweiten Weltkrieg bestimmte, sind diese zwiespältigen, widersprüchlichen Zuschreibungen artikuliert. Denn eingerichtet wurde die Gastarbeiteranwerbung Anfang der 1950er Jahre, um den gewachsenen ökonomischen Bedarf nach billigen Arbeitskräften zu decken. Sehr

bald zeigte sich aber, dass die Gastarbeiteranwerbung sich der politischen Kontrolle und Regulation in einem gewissen Maß entzog. Das Gastarbeiterregime wurde Mitte der 1970er Jahre abgelöst vom Asylregime. Dem Anwerbestopp 1973, der migrationspolitisch das Ende der Gastarbeiterära besiegelte, gingen aber bereits eine Reihe von widersprüchlichen Regulationsbemühungen voraus. Sie zeigten auf, dass das Ziel des temporären Zuzugs zur industriellen Nutzung der Arbeitskraft, die von den politischen Entscheidungsträgern mit der Anwerbung definiert waren, nicht der komplexen Realität der Gastarbeitermigration entsprach. Da eine Mischung disparater Techniken und Akteure zunehmend das Feld bestimmten, wies der Migrationsdiskurs, der bis dahin durch die Figur das Gastarbeiters orchestriert war, bereits deutliche Brüche auf.

Darauf folgend war das Migrationsregime zunächst bestimmt durch das Motiv des Asyls. Die ökonomischen Kontexte des Gastarbeiterregimes werden zwar übernommen und Arbeitsmigration fand nun in erster Linie vermittels des politischen Asyls statt. Gleichzeitig verschob sich das diskursive Terrain des nationalen Sozialstaats hin zu der Terminologie der Menschenrechte. Mit der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl durch die politische und gesellschaftliche Mitte im Jahr 1993, die bekanntermaßen begleitet war von einer Reihe von rassistischen Pogromen, Ausschreitungen und Übergriffen, wurde die illegale Migration zur zentralen Achse des Migrationsdiskurses. Seitdem ist auch das Bild der »Festung Europa« das zentrale Element, welches den Diskurs über das bundesdeutsche Migrationsregime, das nun zunehmend in die Europäisierung der Migration integriert ist, kennzeichnet. Es wird gleichermaßen geteilt von den politischen Entscheidungsträgern, die das europäische Kerngebiet von der als Bedrohung empfundenen Migration abschotten wollen, als auch von der antirassistischen Linken, die die Politik der Exklusion unter Bezug auf unveräußerliche Menschenrechte kritisiert.

Was der Fokus auf die Verhinderung von Migration in das europäische Kerngebiet allerdings übersieht, ist die tatsächlich facettenreiche Regierung und Kontrolle von Migrationsbewegungen, die die Migrationsregime in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik kennzeichnen. Foucaultianisch formuliert kann der ›klassischen‹ Perspektive vorgeworfen werden, dass ihr souveränistisches Machtkonzept den Blick auf die positive, generierende Seite des Migrationsregimes versperrt. Diese mit in den Blick zu nehmen und das eigenständige Gewicht migrantischer Praxis zu thematisieren, hebt die »Gespenster der Migration« von der politischen und der wissenschaftlichen Mitte deutlich ab.

Anders als Marx' Gespenster spuken die Gespenster der Migration politisch zwar intentionslos. Aber sie spuken. Oder wie es die Einleitung schön formuliert: »Gerade weil die Migration eine soziale Bewegung *ohne* politisches Programm ist, generiert sie beständig neue Formen des Sozialen«. Das darf nicht missverstanden werden als Plädoyer gegen die Politisierung der migrantischen Bewegung. Es spricht sich aber ausdrücklich gegen die projektive Hoffnung aus, ihr die Aufgabe oder Rolle eines emanzipatorischen politischen Subjekts zuzuschreiben. Gleichermaßen wie sie sich in letzter Instanz der politischen Kontrolle und Regulation der Herrschenden entzieht, lässt sich migrantische Praxis auch nicht von der Linken domestizieren.

Oliver Schupp

// _txt

Serhat Karakayali: Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland. transcript Verlag, Bielefeld 2008.

analyse & kritik

nachrichten aus dem prekären leben

Zeitung für linke Debatte und Praxis testen
3 Ausgaben für 5 Euro.
Infos und Bestellungen: www.akweb.de

SIE IST EIN TEIL VON MIR

spendenkampagne der buko
HTTP://BRAUCHE.BUKO.INFO

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.80 | Herbst 2008

Männlichkeit und Gewalt
Kernelemente rechter Identität

Kostenloses Probeexemplar.
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„...langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift ... Hauptorgan basisdemokratischer Akteure." (Wikipedia)

Schnupperabo*:
5 Euro (3 Ausg.)
* ... verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440/959-250; Fax: -351
abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

GWR Nr. 334, Dez. 08: Auch Obama bedeutet Krieg. Ein Fan der Todesstrafe als Hoffnung der Linken? ; Noam Chomsky zum Anarchismus ; Finanz-Crash & Weltwirtschaftskrise ; Der afrikanische Weltkrieg ; Klettern gefährdet den Atomstaat. Interview mit Cécile Lecomte ; Castor-Rückblick ; Die Münchner Räterepublik 1918/19 ; Das Elend der Universitäten ; Häuserkampf, u.v.m.

WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik
54

Energie und Klima

Neues Energieregime; Industrialisierung und CO_2; Agrotreibstoffe contra Ernährungssouveränität; Klima-Kapitalismus der EU; Solarzeitalter und Erneuerbare Energien; Mobilitätswahn; 2000-Watt-Gesellschaft; Grüne und ökologische Politik; Nachhaltige Natur- und Geschlechterverhältnisse

E. Altvater, P. Niggli, T. Goethe, A. Brunnengräber, K. Dietz, H. Scheer, H. Guggenbühl, B. Ringger, S. Wolf, B. Piller, A. Braunwalder, B. Glättli, B. Flieger, H. Klemisch, A. Biesecker, S. Hofmeister, T. Santarius

Diskussion

U. Brand: Sozial-ökologische Perspektiven
BUKO: Vergesst Kyoto! Die Katastrophe ist da
R. Schäfer: Afrika, Frauen, Nachhaltigkeit
B. Kern: Ökosozialismus oder Barbarei
P. Purtschert: Postkoloniale Diskurse in der Schweiz

224 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Solidarität ist unsere stärkste Waffe!

Rote Hilfe

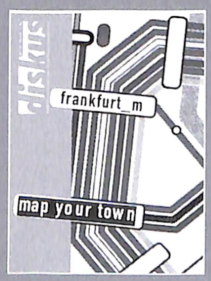
www.rote-hilfe.de

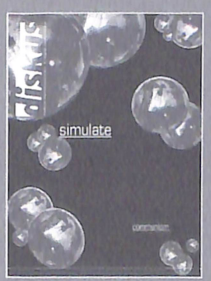
zentrales spendenkonto:
rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

kontakt:
rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

abo ? backissues ?

Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei: diskus · Mertonstraße 26 – 28 · 60325 Frankfurt / Main · *Rabatte auf Anfrage*





impressum

diskus · Frankfurter Student_innen Zeitschrift
Heft Nr. 1.08 · Dezember 2008 · 57. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt

Tel: (069) 79828912 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

Fax: (069) 702039

E-mail: diskus@copyriot.com

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

Herausgeber_innen: Mario Como · Julia König · Alek Ommert · Malaika Rödel · Oliver Schupp

Redaktion: Johannes Bellermann · Mario Como · Reinhard Föhrenbach · Andreas Folkers · Dascha Klingenberg · Julia König · Patrick Mohr · Alexandra Ommert · Franziska Reiche · Malaika Rödel · Oliver Schupp (V. i. S. d. P.) · Johannes Wilhelm

Satz & Layout: Oliver Schupp

Bilder: 36, 38, 40, 41: © All Rights Reserved by Markus Bahlmann; 1, 5 – 11, 22, 25 – 27, 32, 34: Flo Maak; 3, 12, 14 – 17, 19, 21, 42, 44 – 46, 49: Oliver Schupp

Belichtung & Druck: Caro Druck, Frankfurt / M.

Auflage: Achttausend

Preis: Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der Autor_innen.